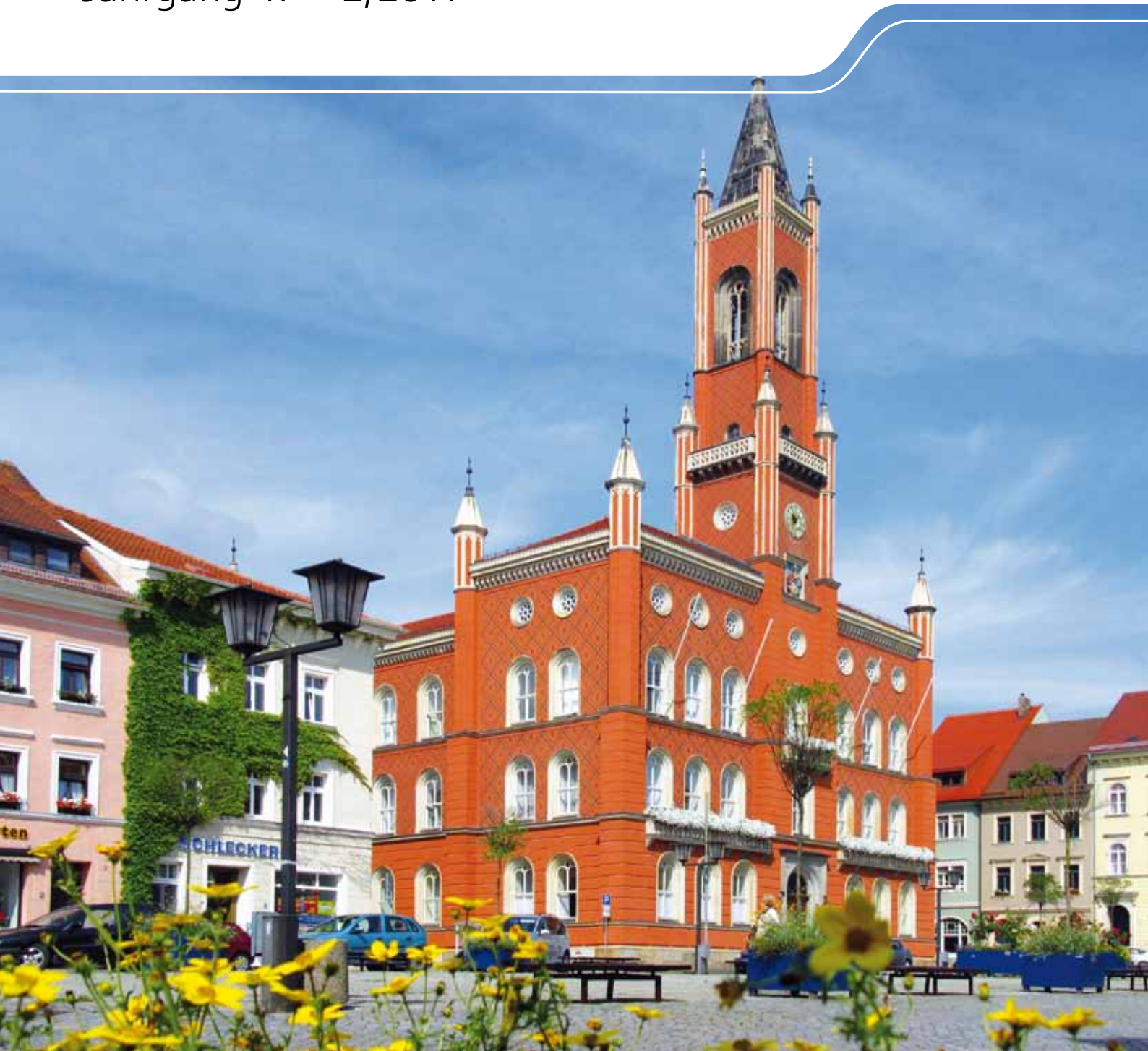




Statistik in Sachsen

Jahrgang 17 - 2/2011



Inhaltsverzeichnis

20. Tag der Sachsen – der Landkreis Bautzen und die Stadt Kamenz im Spiegel der Statistik Birgit Scheibe, Andreas Oettel	2
Das Baugewerbe im Jahr 2010 Andreas Oettel	10
Entwicklung der sächsischen Baupreise 2010 Franziska Hacker	18
Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens im Jahr 2009 Jürgen Stelzner	25
Gesundheitswirtschaft und Wertschöpfungsansatz nach WZ 2008 Britta Frie, Katharina Muno, Wolf-Dietmar Speich	30
Die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck Bernd Richter, Kristina Richter, Sabine Unger	42
Einnahmen und Ausgaben sächsischer Privathaushalte – ausgewählte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 Marcel Goldmann, Bettina Koreng	47
Umfang alkoholbezogener Störungen in Mitteldeutschland im Spiegel der amtlichen Statistik Gabriele Philipp	52
6. Kamenzer Dialog: Konjunktur – „Welche Güte haben gesamtwirtschaftliche Prognosen?“ Wolf-Dietmar Speich	60
Neues aus Sachsen	64
Sächsischer Zahlenspiegel	66

Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

diese zweite Ausgabe unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ im Jahr 2011 bietet Einblick in zahlreiche Gebiete der amtlichen Statistik.

Der „Tag der Sachsen“ ist das größte Volks- und Heimatfest, das in unserem Freistaat jedes Jahr am ersten Septemberwochenende gefeiert wird. 2011 findet es in Kamenz statt, wo sich auch der Sitz des Statistischen Landesamtes befindet. Aus diesem Anlass werden im ersten Beitrag der Zeitschrift ausgewählte statistische Ergebnisse zur Stadt Kamenz und zum umliegenden Landkreis Bautzen dargestellt. In einem zweiten Beitrag wird die jährlich erscheinende Betrachtung des sächsischen Baugewerbes für das Jahr 2010 fortgesetzt. Sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe waren die Zahl der tätigen Personen und der Gesamtumsatz höher als im Vorjahr. Aussagen zur Entwicklung der sächsischen Baupreise schließen sich hier an. Vor allem gestiegene Energie- und Materialkosten führten zu Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr sowohl beim Neubau von Wohngebäuden und gewerblichen Gebäuden als auch bei Instandhaltungsmaßnahmen. Mit einem Artikel über die Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens 2009 wird die Palette der wirtschaftsstatistischen Themen abgerundet. Dabei wird analysiert, dass infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 in Sachsen wesentlicher weniger investiert wurde als im Jahr zuvor.

Ein großer inhaltlicher Schwerpunkt in diesem Heft sind Ausführungen zum Gesundheits- und Sozialwesen im weiteren Sinn. Diesem Thema sind drei Beiträge gewidmet. Die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft als Querschnittsbereich der Wirtschaft auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 beinhaltet der erste Beitrag. Mit dieser Arbeit wurde die Voraussetzung für eine Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft als bedeutenden deutschen Wirtschaftssektor geschaffen. Die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck auf Länderebene stehen im Mittelpunkt einer weiteren Darstellung. Diese Beiträge entstanden im Rahmen der in Sachsen federführend für den statistischen Verbund durchgeführten Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnung. Schließlich wird anhand der Krankenhaus- und Todesursachenstatistik dargestellt, welche Folgen übermäßiger und missbräuchlicher Alkoholkonsum hat. Dabei werden die Ergebnisse in Sachsen mit denen der Bundesrepublik und mit den Nachbarländern Thüringen und Sachsen-Anhalt verglichen. Vervollständigt wird die Zeitschrift durch eine Analyse ausgewählter Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Die monatlichen Einnahmen und Ausgaben sowie die Ersparnisse der sächsischen Haushalte 2008 werden im Vergleich zu den Erhebungen 1998 und 2003 dargestellt.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Eine kurzweilige Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

20. Tag der Sachsen – der Landkreis Bautzen und die Stadt Kamenz im Spiegel der Statistik

Vorbemerkungen

Sachsens größtes Volks- und Heimatfest, der „Tag der Sachsen“, findet 2011 in der Stadt Kamenz im Landkreis Bautzen statt. Die Geburtsstadt Gotthold Ephraim Lessings (1729 – 1781) ist vom 2. bis 4. September 2011 unter dem Motto „Lessing, Lausitz, Lebensfreude“ Gastgeberin des 20. Tages der Sachsen. Seit 1992 wird dieses Volksfest alljährlich am ersten Septemberwochenende in einer anderen sächsischen Stadt gefeiert. Die sächsischen Vereine und Verbände sind an diesen Tagen die Hauptakteure. Sie präsentieren ihre Aktivitäten und informieren über heimatliches Brauchtum. [1] Der Veranstalter rechnet mit bis zu 400 000 Besuchern, eine echte Herausforderung für die Region. Zur Vorbereitung auf dieses Fest werden der Landkreis Bautzen und die Stadt Kamenz im Spiegel der amtlichen Statistik vorgestellt.

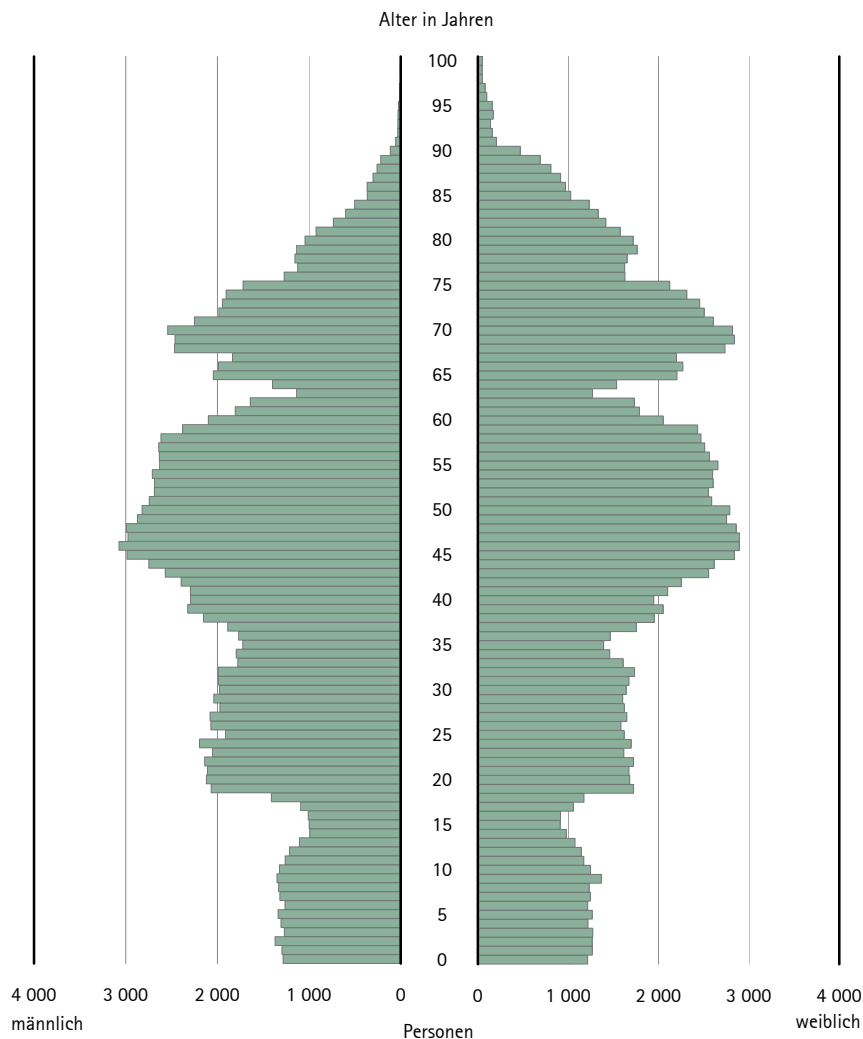
Lage und Geschichte

Der **Landkreis Bautzen** liegt in Ostsachsen und ist der flächenmäßig größte Landkreis im Freistaat Sachsen. Er grenzt im Norden an Brandenburg, im Osten an den Landkreis Görlitz, im Süden an die Tschechische Republik und den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie im Westen an die Kreisfreie Stadt Dresden und den Landkreis Meißen (vgl. Abb. 6). Der Landkreis Bautzen ist, wie auch der Landkreis Görlitz, Mitglied in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa. Im Zuge der umfangreichen Verwaltungs- und Funktionalreform im Freistaat Sachsen wurde zum 1. August 2008 aus den bisherigen Landkreisen Bautzen und Kamenz der Landkreis Bautzen in seinen jetzigen Grenzen gebildet. Die Stadt Hoyerswerda verlor den Status einer Kreisfreien Stadt und gehört seitdem zum Landkreis Bautzen. Der Sitz des Landkreises ist in der Stadt Bautzen, der größten Stadt des Landkreises mit rund 41 000 Einwohnern.

Eine von fünf Großen Kreisstädten im Landkreis Bautzen ist die **Stadt Kamenz**. 1225 wurde Kamenz erstmals urkundlich erwähnt, lag an der königlichen Handelsstraße „Via Regia“ und war, wie die Städte Bautzen, Löbau, Zittau, Görlitz und Lauban (heute: Polen) Mitglied im 1346 gegründeten Sechsstädtebund.

Kamenz ist auch bekannt als Lessingstadt, da hier 1729 der Dichter und Schriftsteller Gotthold Ephraim Lessing geboren wurde. Sein Vater war Pfarrer an der Marienkirche. Gegenüber der Kirche befand sich Lessings Geburtshaus. Fremde, die den Landkreis Bautzen oder das Gebiet der Lausitz besuchen, werden über

Abb. 1 Bevölkerung des Landkreises Bautzen am 31. Dezember 2009 nach Alter und Geschlecht



die zweisprachige Beschilderung von Orten oder öffentlichen Einrichtungen überrascht sein. In der Lausitz ist seit etwa anderthalb Jahrtausenden ein slawisches Volk beheimatet. Heute leben etwa 60 000 Sorben in den sächsischen Landkreisen Bautzen und Görlitz und im Süden Brandenburgs. Die Förderung der sorbischen Sprache, Kultur und des Brauchtums wird als staatliche Aufgabe mit Leben erfüllt. [2]

Fläche und Bevölkerung

Der Landkreis Bautzen umfasst eine Fläche von knapp 2 400 km², das sind 13 Prozent der Fläche des Freistaates Sachsen. Knapp acht Prozent der Einwohner in Sachsen leben im Landkreis Bautzen. Die 325 000 Einwohner verteilen sich auf 61 Gemeinden, darunter 15 Städte. Die Stadt Kamenz ist mit etwas über 17 000 Einwohnern die viertgrößte Stadt im Landkreis. Drei Viertel der Gemeinden haben weniger als 5 000 Einwohner, lediglich die Städte Bautzen und Hoyerswerda haben über 25 000 Einwohner. Während in Sachsen 2009 im Vergleich zu 2000 ein Rückgang der Bevölkerung um fast sechs Prozent zu verzeichnen war, fiel der Bevölkerungsverlust in der Stadt Kamenz und im Landkreis Bautzen wesentlich höher aus. Die Stadt schrumpfte um knapp zehn Prozent, der Landkreis sogar um über zehn Prozent. Besonders hoch sind die Rückgänge in der Altersgruppe der unter 15-Jährigen. Am Jahresende 2009 wohnten in Kamenz 28 Prozent weniger Kinder als Ende 2000, im Landkreis Bautzen waren es 24 Prozent weniger. Dagegen stieg die Zahl der über 64-Jährigen in Kamenz um 23 Prozent und im Landkreis Bautzen um 27 Prozent (vgl. Abb. 1). Während für den Rückgang der Bevölkerungszahlen für Sachsen überwiegend ein Überschuss an Gestorbenen die Ursache ist, kommt für Kamenz als auch den Landkreis Bautzen noch ein Überschuss an Fortzügen hinzu. Allein 2009 zogen aus Kamenz rund 930 Einwohner weg, während nur rund 760 zuzogen. Dem Landkreis Bautzen kehrten im gleichen Zeitraum etwa 8 460 Einwohner den Rücken und nur 5 880 kamen hinzu (vgl. Tab. 4).

Der **Bevölkerungsrückgang** wird sich, wie in allen Landkreisen des Freistaates, auch im Landkreis Bautzen und der Stadt Kamenz fortsetzen. Auch weiterhin wird sowohl in Kamenz als auch im Landkreis Bautzen der Rückgang stärker als im Sachsendurchschnitt ausfallen. Für Sachsen wird nach Berechnungen der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose 2025 im Vergleich zu 2009 mit einem Minus zwischen neun und knapp 13 Prozent gerechnet. Für die Stadt Kamenz werden zwischen 14 und knapp 17 Prozent

Tab. 1 Voraussichtliche Bevölkerung der Stadt Kamenz, des Landkreises Bautzen und des Freistaates Sachsen 2025¹⁾ nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Variante 1			Variante 2		
	Stadt Kamenz	Landkreis Bautzen	Freistaat Sachsen	Stadt Kamenz	Landkreis Bautzen	Freistaat Sachsen
1 000						
unter 15	1,5	29,4	440,0	1,4	27,6	405,2
15 - 65	8,4	153,8	2 186,1	8,0	148,3	2 084,9
65 und mehr	4,9	90,3	1 151,4	4,9	90,5	1 156,6
Insgesamt	14,8	273,5	3 777,5	14,3	266,4	3 646,7
Prozent						
unter 15	10,2	10,7	11,6	9,8	10,3	11,1
15 - 65	56,7	56,3	57,9	56,1	55,7	57,2
65 und mehr	33,1	33,0	30,5	34,1	34,0	31,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Veränderung 2025 gegenüber 2009 (in %)	-14,0	-15,9	-9,4	-16,5	-18,1	-12,5

1) Quelle: 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025

weniger Einwohner prognostiziert, für den Landkreis Bautzen liegen die Werte zwischen 16 Prozent und 18 Prozent. Der Rückgang der Einwohnerzahl geht mit einer fortgesetzten Alterung der Bevölkerung einher. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung des Landkreises Bautzen wird um etwa fünf Jahre von derzeit 46,2 Jahren auf 51,1 bzw. 51,7 Jahre steigen. 2025 wird nur noch etwa jeder zehnte Einwohner unter 15 Jahre alt sein, jedoch rund ein Drittel 65 Jahre und älter. Das trifft sowohl für Kamenz als auch für den Landkreis Bautzen zu (vgl. Tab. 1).

Bildung

Im Landkreis Bautzen wurden 2010 in 227 **Kindertageseinrichtungen**, darunter 13 in der Stadt Kamenz, und in der Kindertagespflege (Tagesmutter und -vater) über 20 000 Kinder versorgt. Somit wurden im Landkreis 45 Prozent der Kinder im Alter von unter 3 Jahren und 96 Prozent der Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren betreut. Im Schuljahr 2010/11 lernen an 136 **allgemeinbildenden Schulen** im Landkreis insgesamt über 25 300 Schülerinnen und Schüler. Das sind nur noch 56 Prozent der Schülerzahl

des Schuljahres 2000/01. Die Zahl der Schulen ging um 49, darunter 16 Grundschulen und 28 Mittelschulen, zurück. In der Stadt Kamenz reduzierte sich seit 2001/02 die Zahl der allgemeinbildenden Schulen um drei. Die Schülerzahl sank um 47 Prozent. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist insbesondere auch die Zahl der Absolventen/ Abgänger von allgemeinbildenden Schulen gesunken. Im Vergleich zu 2000 verließen im Landkreis Bautzen 2010 zwei Drittel weniger Schüler die allgemeinbildende Schule, in der Stadt Kamenz war der Rückgang mit 58 Prozent etwas geringer. 31,5 Prozent der Absolventen im Landkreis Bautzen beendeten die allgemeinbildende Schule mit allgemeiner Hochschulreife, das sind etwas mehr als in Sachsen insgesamt. In Kamenz liegt der Anteil sogar bei 45 Prozent.

Für die **berufliche Ausbildung** stehen im Landkreis Bautzen im laufenden Schuljahr 19 Schulen zur Verfügung, darunter zwei in Kamenz. An den berufsbildenden Schulen werden zurzeit 6 860 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Das sind 40 Prozent weniger als 2000/01 (vgl. Tab. 4).

In der Stadt Bautzen studieren gegenwärtig 638 Studenten an einer der sieben Staatli-

Tab. 2 Gesundheitliche Versorgung im Landkreis Bautzen und in Sachsen 2000 und 2009

Merkmal	Landkreis Bautzen		Sachsen	
	2000	2009	2000	2009
Krankenhäuser	7	7	92	82
Rehabilitationseinrichtungen	2	2	44	48
Ärzte je 100 000 Einwohner	237,0	272,6	312,4	354,1
Zahnärzte je 100 000 Einwohner	78,9	90,1	85,2	92,5
Öffentliche Apotheken je 100 000 Einwohner	17,6	20,6	21,2	24,0

chen Studienakademien der **Berufsakademie Sachsen** in den Studienbereichen Technik und Wirtschaft. Mit dem Diplom (BA) beendeten 204 Absolventen im Jahr 2010 ihr Studium. Das war die bisher höchste Zahl an Absolventen, doppelt so viel wie im Jahr 2000.

Gesundheit und Soziales

Die **gesundheitliche Versorgung** der Bevölkerung im Landkreis Bautzen hat sich 2009 im Vergleich zu 2000 verbessert (vgl. Tab. 2). Es stehen mehr Ärzte, Zahnärzte und auch Apotheken zur Verfügung. Im Vergleich zum Sachsenschnitt ist die Ausstattung mit Ärzten, Zahnärzten und Apotheken im

Hilfe in Anspruch nehmen. Die stationären Einrichtungen verfügten über rund 3 300 Plätze, das entspricht knapp sieben Prozent der in Sachsen insgesamt bestehenden Plätze. Bezogen auf die Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren war eine stationäre Pflegeversorgung im Landkreis Bautzen von 41 Plätzen auf 1 000 Personen dieser Altersgruppe gegeben. Diese Quote lag unter der für Sachsen, wo für 1 000 über 65-Jährige knapp 47 Plätze verfügbar waren.

Im Dezember 2009 erhielten im Landkreis Bautzen 35 800 Personen **Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV)**, darunter in der Stadt Kamenz 2 485. Bezogen auf die Einwohner im Alter von unter 65 Jahren entspricht das

im Alter und bei Erwerbsminderung.

Wirtschaftskraft

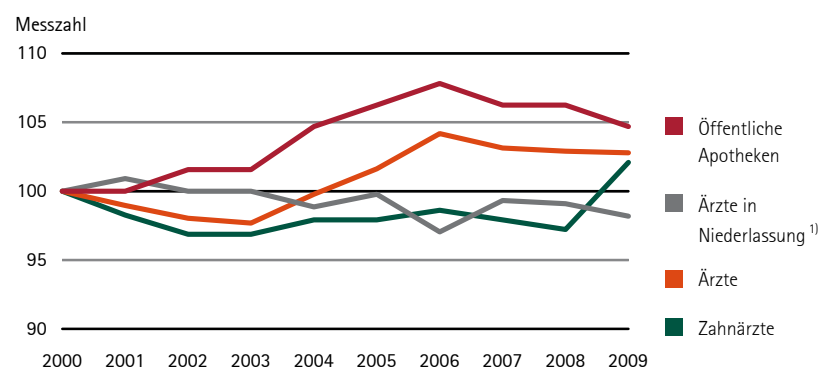
Im Landkreis Bautzen wurde 2008 ein **Bruttoinlandsprodukt** (in jeweiligen Preisen)¹⁾ von 6,6 Milliarden € erwirtschaftet. Das waren 7,0 Prozent des sächsischen Bruttoinlandsproduktes. Im Jahr 2000 hatte der Anteil noch bei 7,5 Prozent gelegen, seither ist er in der Tendenz leicht rückläufig. In den Jahren seit 2000 hat die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes für den Landkreis Bautzen außer 2005 und 2007 immer unter den Veränderungen für Sachsen insgesamt gelegen (vgl. Abb. 3).

Bezieht man diese Zahl auf die Erwerbstätigen, so zeigt sich, dass die Wirtschaftskraft des Kreises unterdurchschnittlich ist (vgl. Tab. 4). Mit 47 264 € lag das **Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen** um 2,7 Prozent unter dem sächsischen Durchschnittswert von 48 588 €. Auch im Vergleich der Landkreise untereinander zeigt sich Bautzen leicht um 2,5 Prozent unter dem Mittelwert von 48 697 € liegend.

Die **Wirtschaftsstruktur** des Landkreises Bautzen weicht von der Sachsens etwas ab.²⁾ Der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) trug 2008 mit 1,4 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei, in Sachsen insgesamt war es nur 1,0 Prozent. Überdurchschnittlich waren auch das Baugewerbe mit 8,4 Prozent (Sachsen 6,3 Prozent) und der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 17,2 Prozent (Sachsen 15,4 Prozent) vertreten. Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe), also das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie die Energie- und Wasserversorgung, hatte nur einen Anteil von 22,1 Prozent an der Bruttowertschöpfung, sachsenweit waren es 23,7 Prozent. Der Beitrag des Bereiches Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister lag mit 25,8 Prozent (Sachsen 27,5 Prozent) unter den jeweiligen Durchschnittsangaben (vgl. Abb. 4). Die Wirtschaftsstruktur des Landkreises Bautzen ist somit leicht zum Baugewerbe und Handel, Gastgewerbe und Verkehr hin verschoben. [3]

1) Alle Angaben des Bruttoinlandsproduktes bzw. der Bruttowertschöpfung für Kreise sind in jeweiligen Preisen. Preisbereinigte Daten werden dafür vom AK VGR dL nicht ermittelt. Alle Angaben auf Kreisebene fußen auf dem Berechnungsstand August 2009 (VGR des Bundes).
2) Hier Gliederung nach WZ 2003

Abb. 2 Entwicklung der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis Bautzen 2000 bis 2009 (2000 = 100)



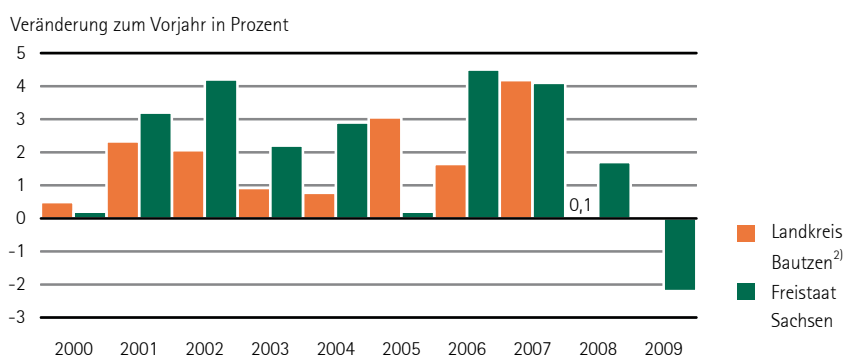
1) einschließlich Ärzte in Einrichtungen gemäß § 311 SGB V - Gesetzliche Krankenversicherung, ab 1999 noch einschließlich Angestellte, Teilzeitangestellte und Praxisassistenten

Landkreis Bautzen jedoch ungünstiger (vgl. Abb. 2).

In den sieben Krankenhäusern im Landkreis Bautzen standen 1 845 Betten und in den zwei Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 435 Betten für die medizinische Betreuung der Patienten zur Verfügung. Die pflegebedürftigen Personen im Landkreis Bautzen konnten 2009 in 63 ambulanten bzw. 51 stationären **Pflegeeinrichtungen**

für den Landkreis einer Quote von 14,6. Die Quote lag somit unter dem Sachsenschnitt von 15,6. Für die Stadt Kamenz fällt die Quote mit 19,1 Personen unter 65 Jahre je 1 000 Einwohner wesentlich ungünstiger aus (vgl. Tab. 4). Neben den Leistungen nach dem SGB II erhielten Ende 2009 im Landkreis Bautzen noch knapp 1 900 Personen Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe), darunter knapp 1 700 Empfänger von Grundsicherung

Abb. 3 Bruttoinlandsprodukt¹⁾ in jeweiligen Preisen 2000 bis 2009



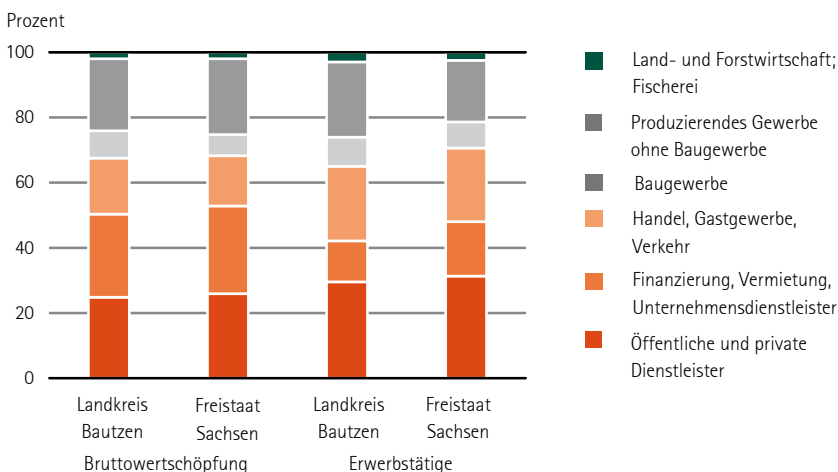
1) Datenquelle: AK VGR dL; August 2009; Sachsen 2009: Februar 2010
2) Daten für 2009 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Tab. 3 Industrie, Baugewerbe und Tourismus in der Stadt Kamenz und im Landkreis Bautzen

Merkmal	Jahr	Einheit	Stadt Kamenz	Landkreis Bautzen	Anteil an Sachsen in %	Landkreise	Freistaat Sachsen
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe¹⁾							
Betriebe	2010	Anzahl	14	286	9,7	.	2 934
tätige Personen	2010	Anzahl	768	21 598	9,0	.	240 194
Gesamtumsatz	2010	1 000 €	99 009	6 290 178	11,6	.	54 423 198
darunter Auslandsumsatz	2010	1 000 €	15 930	1 083 065	5,7	.	18 939 932
Bauhauptgewerbe							
Betriebe	Juni 2010	Anzahl	33	588	9,0	5 408	6 545
tätige Personen	Juni 2010	Anzahl	319	5 164	9,0	44 163	57 272
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz)	2009	1 000 €	59 993	552 154	9,8	4 009 889	5 616 371
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz) je tätiger Person	2010	€	188 066	106 924	x	90 797	98 065
Ausbaugewerbe²⁾							
Betriebe	Juni 2010	Anzahl	4	93	7,7	858	1 201
tätige Personen	Juni 2010	Anzahl	97	2 135	7,3	20 157	29 067
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz)	2009	1 000 €	14 413	195 235	6,9	1 853 080	2 811 680
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz) je tätiger Person	2010	€	148 588	91 445	x	91 932	96 731
Tourismus³⁾							
Betriebe	2010	Anzahl	11	172	8,0	1 831	2 160
angebotenen Gästebetten	2010	Anzahl	301	5 964	5,0	83 342	118 467
Ankünfte	2010	Anzahl	10 878	225 533	3,6	3 249 836	6 267 540
Übernachtungen	2010	Anzahl	22 391	646 890	4,0	10 342 821	16 317 139
durchschnittliche Aufenthaltsdauer ⁴⁾	2010	Tage	2,1	2,9	x	3,2	2,6
durchschnittliche Auslastung der angebotenen Gästebetten	2010	%	22,5	30,9	x	.	39,0

- 1) Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen
- 2) Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen
- 3) Beherbergungsbetriebe mit 9 und mehr Betten
- 4) rechnerischer Wert Übernachtungen / Ankünfte

Abb. 4 Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige 2008 nach Wirtschaftszweigen



Datenquelle: AK VGR dL; August 2009 (VGR des Bundes)

Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen) erwirtschaftete im **Landkreis Bautzen** 2010 einen Gesamtumsatz von 6 290 Millionen €. Insgesamt gab es 286 Betriebe mit

21 598 tätigen Personen (Ende September 2010). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Gesamtumsatz 2010 um 10,1 Prozent erhöht (vgl. Tab. 3). Die Industrie war 2009 durch die internationale Finanzkrise beeinträchtigt gewesen. Sachsen insgesamt war im Vergleich zu ande-

ren Bundesländern mit 15,2 Prozent Umsatzrückgang geringer betroffen. Der Landkreis Bautzen verzeichnete 2009 einen Umsatzrückgang von 11,0 Prozent und damit etwas weniger als im sächsischen Mittel von 12,4 Prozent. Der Gesamtumsatz des Landkreises Bautzen lag auch 2010 noch unter dem Wert von 2008.

Die größte Industriegemeinde im Landkreis Bautzen ist die Kreisstadt Bautzen selbst. [4]³⁾ Weitere größere Industriegemeinden befinden sich im Umlandbereich von Dresden: Radeberg, Ottendorf-Okrilla, Wachau. Die **Stadt Kamenz** ist als Industriegemeinde in ihrer Bedeutung vergleichbar mit Bernsdorf oder Sohland a. d. Spree. Die Bereichsstruktur der Industrie von Kamenz ist vielfältig: Lebensmittelindustrie, Textilindustrie, Holzindustrie, chemische Industrie, Glas- und Keramikindustrie, Metallbau, Maschinenbau, elektronische Industrie u. a. Bei dieser Aufzählung sind auch Kleinbetriebe berücksichtigt worden.

3) Die Karte [4] kann beim Statistischen Landesamt käuflich erworben werden.

Tab. 4 Eckdaten für die Stadt Kamenz und den Landkreis Bautzen

Merkmal	Jahr	Einheit	Stadt Kamenz	Landkreis Bautzen	Anteil an Sachsen in %	Landkreise	Freistaat Sachsen
Fläche	31.12.2009	km ²	53	2 391	13,0	17 573	18 420
Bevölkerungsdichte	2009	EW/km ²	323	136	x	164	226
Bevölkerung	2009	Anzahl	17 171	325 032	7,8	2 889 729	4 168 732
unter 15 Jahre	2009	Anzahl	1 862	37 194	8,0	321 488	464 584
15 bis unter 65 Jahre	2009	Anzahl	11 127	207 301	7,7	1 838 358	2 676 413
65 und mehr Jahre	2009	Anzahl	4 182	80 537	7,8	729 883	1 027 735
Überschuss Gestorbene	2009	Anzahl	84	1 381	x	15 108	16 272
Überschuss Fortzüge	2009	Anzahl	176	2 583	x	16 435	7 867
Bevölkerungsprognose Variante 1	2025	1 000	14,8	273,5	7,2	2 463,8	3 777,5
Variante 2	2025	1 000	14,3	266,4	7,3	2 397,9	3 646,7
Allgemeinbildende Schulen	2010/11	Anzahl	9	136	9,2	1 113	1 487
Berufsbildende Schulen	2010/11	Anzahl	2	19	6,5	167	293
Schüler/innen an allgemeinbildenden Schulen	2010/11	Anzahl	1 950	25 325	8,2	217 510	309 246
Schüler/innen an berufsbildenden Schulen	2010/11	Anzahl	827	6 857	5,5	62 912	123 737
Absolventen/Abgänger allgemeinbildende Schulen	2010	Anzahl	191	1 923	8,2	16 808	23 310
ohne Hauptschulabschluss	2010	Anzahl	25	182	7,8	1 606	2 341
Hauptschulabschluss	2010	Anzahl	15	190	8,4	1 633	2 248
Realschulabschluss	2010	Anzahl	64	945	8,0	8 893	11 805
allgemeine Hochschulreife	2010	Anzahl	87	606	8,8	4 676	6 916
Kindertageseinrichtungen	1.3.2010	Anzahl	13	227	8,3	1 999	2 734
Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahre ¹⁾	1.3.2010	je 100	33,5	44,9	x	43,1	42,8
von 3 bis unter 6 Jahren ¹⁾	1.3.2010	je 100	94,0	96,1	x	94,7	95,2
SGB-II-Quote ²⁾³⁾	2009	je 100	19,1	14,6	x	14,9	15,6
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ⁴⁾	2008	Mill. €	x	6 623	7,0	58 846	94 923
Veränderung zum Vorjahr	2007 - 2008	%	x	0,1	x	2,7	1,7
je Erwerbstätigen	2008	€	x	47 264	x	48 697	48 588
Erwerbstätige am Arbeitsort ⁵⁾	2008	1 000	x	140,1	7,2	1 208,4	1 953,6
je 1 000 Einwohner (Arbeitsplatzdichte)	2008	Anzahl	x	423	x	411	464
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ³⁾	2010	Anzahl	6 708	100 069	7,1	868 485	1 409 825
und zwar weiblich	2010	Anzahl	3 745	48 190	6,9	420 371	698 577
Vollzeit	2010	Anzahl	5 357	80 340	7,1	691 344	1 123 753
im Alter von 25 bis unter 55 Jahren	2010	Anzahl	4 851	73 282	7,2	624 179	1 019 492
Einpendler	2010	Anzahl	4 507	21 076	x	x	86 948
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort ³⁾	2010	Anzahl	5 510	115 903	8,0	1 020 486	1 453 504
und zwar weiblich	2010	Anzahl	2 681	54 830	7,8	487 281	704 714
Vollzeit	2010	Anzahl	4 519	94 672	8,1	822 703	1 169 695
im Alter von 25 bis unter 55 Jahren	2010	Anzahl	3 988	84 144	8,0	732 629	1 051 553
Auspendler	2010	Anzahl	3 309	36 910	x	x	130 627
Pendlersaldo	2010	Anzahl	1 198	-15 834	x	x	-43 679
Arbeitslose	Feb. 2011	Anzahl	1 080	21 887	8,3	182 745	264 250
Frauen	Feb. 2011	Anzahl	580	12 157	8,3	117 982	147 050
Männer	Feb. 2011	Anzahl	500	9 730	8,3	64 763	117 200
Arbeitslosenquote ⁶⁾	2009	%	x	12,1	x	x	12,9
Frauen	2009	%	x	12,1	x	x	12,6
Männer	2009	%	x	12,0	x	x	13,2
Arbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre)	2009	%	x	10,9	x	x	12,5
Arbeitslosenquote (55 Jahre und älter)	2009	%	x	16,5	x	x	15,7

1) Anzahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe

2) Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II bezogen auf die Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren

3) Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

4) AK VGR dL; August 2009 (VGR des Bundes)

5) AK ETR des Bundes und der Länder; August 2009 (Statistisches Bundesamt)

6) Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

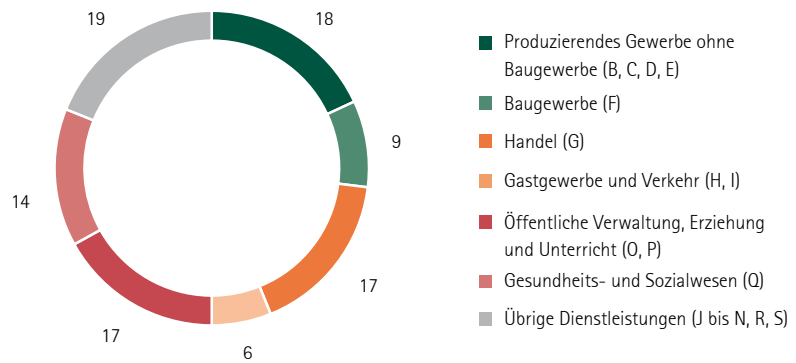
Im Jahr 2010 hatte die **Stadt Kamenz** 14 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 768 tätigen Personen. Im Vergleich zu den Jahren 2008 und 2009 zeigt die Beschäftigtenzahl eine steigende Tendenz. Der Gesamtumsatz lag 2008 bei 97,5 Millionen €, sank 2009 um 12,0 Prozent auf 85,8 Millionen € und stieg 2010 wieder um 15,4 Prozent auf 99,0 Millionen €. Das heißt, er war in diesem Jahr höher als vor der Wirtschaftskrise.

Die Industrie im Landkreis Bautzen ist weniger exportintensiv als in Sachsen im Durchschnitt. Lag die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) in Sachsen 2010 bei 34,8 Prozent, so erreichte sie im Landkreis Bautzen 17,2 Prozent. Je kleiner die betrachtete Region ist, umso stärker kann ein Indikator wie die Exportquote schwanken. Für die Stadt Kamenz betrug sie 2008 knapp zehn Prozent, 2009 knapp zwölf Prozent und 2010 gut 16 Prozent.

Baugewerbe

Im **Landkreis Bautzen** wurde von 5 164 tätigen Personen in 588 Betrieben des Bauhauptgewerbes (Juni 2010) für das Jahr 2009 ein Gesamtumsatz von 552,2 Millionen € erbracht (vgl. Tab. 3). Auf den Landkreis entfielen 2010 somit 9,0 Prozent der Betriebe, 9,0 Prozent der

Abb. 5 Wirtschaftsstruktur¹⁾ der Stadt Kamenz (Stand: 2009)
Angaben in Prozent



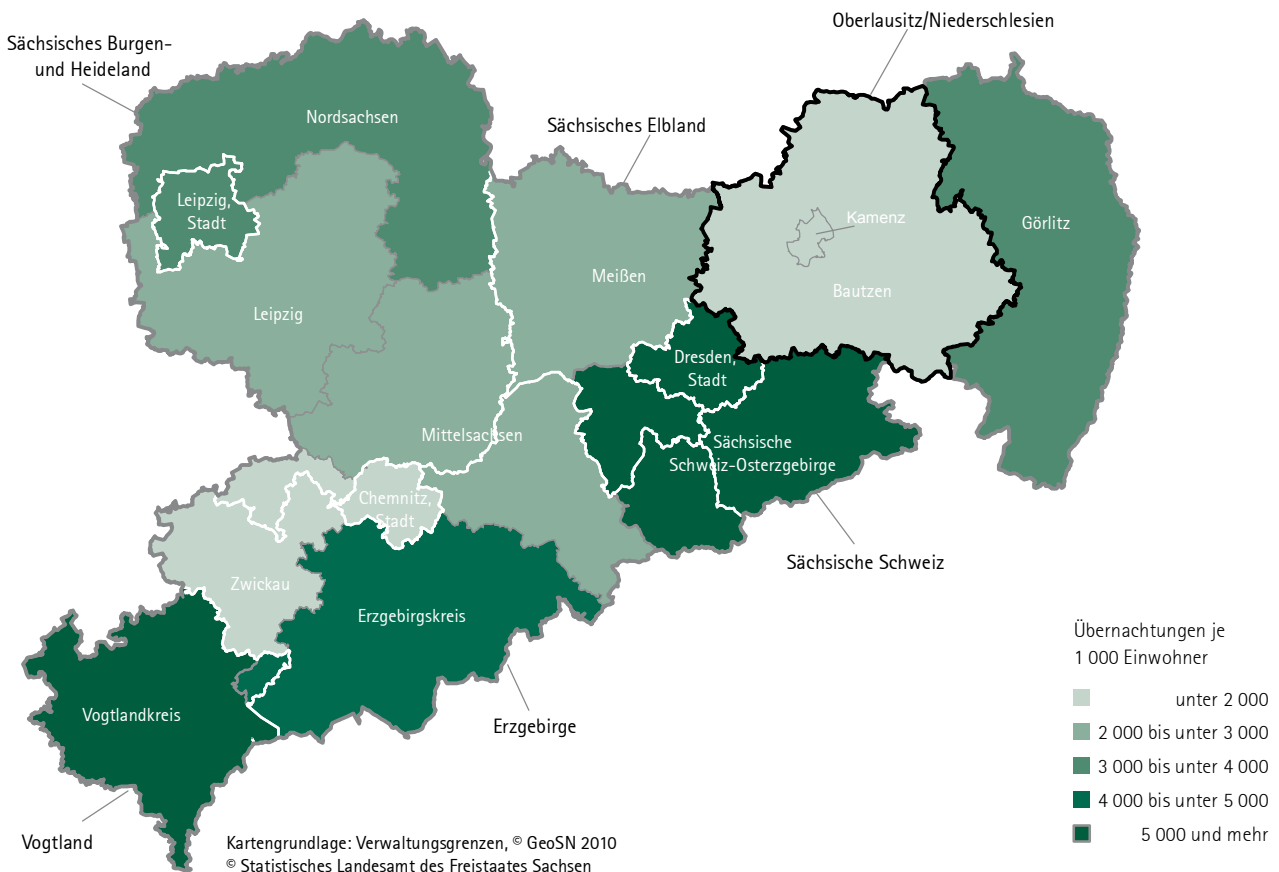
¹⁾ ohne Land- und Forstwirtschaft; Fischerei
Datenquelle: Unternehmensregistersystem URS 95; sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zuzüglich einer Schätzung der Selbstständigen; Wirtschaftsabschnitte mit weniger als 5 Prozent Anteil wurden nicht gesondert ausgewiesen; WZ 2008.

tätigen Personen und 9,8 Prozent des Gesamtumsatzes (Vorjahresumsatz). Der Gesamtumsatz je tätiger Person lag mit fast 107 000 € um knapp ein Zehntel über dem Landesmittel von rund 98 000 €. Das heißt, die Umsatzproduktivität des Bauhauptgewerbes im Landkreis Bautzen ist überdurchschnittlich hoch.

Im Juni 2010 hatten in der **Stadt Kamenz** 33 bauhauptgewerbliche Betriebe ihren Sitz. Sie hatten gut 300 tätige Personen und erbrachten einen Gesamtumsatz von 60,0 Millionen € (2009). Der Gesamtumsatz je tätiger Person er-

reichte einen Wert von 188 000 €, lag also noch einmal deutlich über dem Durchschnittswert für den Landkreis. Der Anteil des Bauhauptgewerbes der Stadt Kamenz am Landkreis Bautzen lag 2010 bei den Betrieben bei 5,6 Prozent, bei den tätigen Personen bei 6,2 Prozent und beim Gesamtumsatz (2009) bei 10,9 Prozent. Zum Vergleich: sachsenweit erbrachten die in Kamenz ansässigen Betriebe des Bauhauptgewerbes reichlich ein Prozent des Umsatzes. Während die Aufteilung des baugewerblichen Umsatzes auf Hochbau und Tiefbau im Land-

Abb. 6 Fremdenverkehrsintensität in Sachsen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen
Gebietsstand: 1. Januar 2011



kreis Bautzen in den letzten Jahren ungefähr ausgeglichen war, erbrachten die bauhauptgewerblichen Betriebe der Stadt Kamenz mehr als zwei Drittel ihres Umsatzes im Hochbau, zuletzt waren es sogar 77 Prozent.

Im Ausbaugewerbe hatte der **Landkreis Bautzen** Ende Juni 2010 noch 93 Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen. Gegenüber dem Jahr 2000 mit 188 Betrieben hat sich ihre Zahl fast halbiert. Auch die Zahl der darin tätigen Personen verringerte sich um mehr als die Hälfte auf zuletzt 2 135 Personen. Der Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz) lag bei 195 Millionen €. Das waren 6,9 Prozent des sächsischen Wertes. Die entsprechenden Anteile bei den Betrieben und tätigen Personen lagen bei 7,7 Prozent bzw. 7,3 Prozent.

In der **Stadt Kamenz** gab es Ende Juni 2010 gerade mal noch vier ausbaugewerbliche Betriebe (mit 10 und mehr tätigen Personen) mit knapp 100 Beschäftigten. Der Vorjahresumsatz lag bei 14,4 Millionen €. Der Gesamtumsatz je tätiger Person betrug fast 150 000 €. Er war damit um die Hälfte höher als im Durchschnitt Sachsens.

Erwerbstätigkeit

Im Jahr 2008 gab es im Landkreis Bautzen rund 140 100 **Erwerbstätige**. Das heißt, für so viele Personen bot der Landkreis im Jahresmittel einen Arbeitsplatz an. Im Jahr 2000 waren es noch rund 149 000 Erwerbstätige gewesen. Seither ist ihre Zahl im mittelfristigen Trend zurückgegangen. Seit 2007 waren es wieder über 140 000 Erwerbstätige. Für den Freistaat Sachsen war die Erwerbstätigenzahl 2009 leicht zurückgegangen. Das war im Landkreis Bautzen gleichermaßen der Fall.⁴⁾ Bezieht man die Zahl der Erwerbstätigen auf die Einwohnerzahl, so zeigt sich, dass die Arbeitsplatzdichte im Landkreis Bautzen mit 423 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner sowohl unter dem sächsischen Wert von 465 liegt als auch unter dem Durchschnittswert der Landkreise von 463. Der Landkreis Bautzen hat somit eine um rund zehn Prozent niedrigere Arbeitsplatzdichte als Sachsen insgesamt. [5]

Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** mit Arbeitsort im **Landkreis Bautzen** lag 2009 bei 98 120 Personen.⁵⁾ Im Jahr 2010 waren es 100 069 Personen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Landkreis Bautzen lag im gleichen Jahr bei 115 903. Das heißt, der Landkreis Bautzen ist ein Kreis mit Auspendlerüberschuss.

Im Jahr 2010 pendelten 21 076 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Landkreis Bautzen ein, 4,0 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten von ihnen (29 Prozent) hatten als

Wohnort die Stadt Dresden. Ein nur wenig geringerer Anteil von 28 Prozent kam aus dem östlichen Nachbarkreis Görlitz. Aus dem Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge kamen elf Prozent und aus dem Landkreis Meißen acht Prozent der Einpendler. In allen anderen Kreisen und Kreisfreien Städten hatten jeweils ein oder weniger als ein Prozent der Einpendler in den Landkreis Bautzen ihren Wohnsitz. Weitere knapp 20 Prozent der Einpendler in den Landkreis Bautzen hatten ihren Wohnsitz außerhalb des Freistaates Sachsen. Die Nachbarschaft zu Brandenburg bringt es mit sich, dass ein größerer Teil von ihnen von dort kommt.

Die Zahl der Personen mit Wohnsitz im Landkreis Bautzen und Arbeitsort außerhalb lag 2010 bei 36 910. Für den größten Teil, nämlich 39 Prozent war die Stadt Dresden das Ziel. Es folgten mit zwölf Prozent der Landkreis Görlitz, mit sechs Prozent der Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und fünf Prozent der Landkreis Meißen. In die Stadt Leipzig pendelten immerhin zwei Prozent der Auspendler. Alle anderen Landkreise und die Kreisfreie Stadt Chemnitz haben Anteile von einem oder weniger als ein Prozent. Rund ein Drittel der Auspendler hat einen Arbeitsort außerhalb des Freistaates Sachsen.

Innerhalb des Landkreises Bautzen ist die **Stadt Kamenz** eine Gemeinde mit einem Einpendlerüberschuss. 2010 wohnten 5 510 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Kamenz, 3 309 von ihnen bzw. 60 Prozent pendelten zu einem anderen Arbeitsort. Das heißt, nur 40 Prozent der in Kamenz wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatten hier auch ihren Arbeitsplatz. Im Jahr 2010 bot Kamenz 6 708 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Arbeitsplatz. 4 507 Personen pendelten nach Kamenz ein. Davon war der größte Teil aus dem Landkreis Bautzen selbst (84 Prozent), 13 Prozent kamen aus anderen Kreisen Sachsens und immerhin gut drei Prozent aus dem übrigen Bundesgebiet.

Sowohl die Ein- als auch die Auspendler der Stadt Kamenz verteilen sich auf eine Vielzahl von Wirtschaftsbereichen. Eine Konzentration ist in zwei Bereichen zu beobachten: zum ersten die öffentlichen Dienstleister (Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen) und zum zweiten der Handel. Auf die öffentlichen Dienstleister entfallen über 30 Prozent der Einpendler und nicht ganz ein Viertel der Auspendler. Auf den Handel entfallen etwa 14 Prozent der Auspendler und gut zehn Prozent der Einpendler. Diese Pendlerbeziehungen sind ein Beleg dafür, dass sowohl der Landkreis Bautzen als auch die Stadt Kamenz im Hinblick auf die Sozialstruktur in vielfältiger Weise mit anderen Gebieten verbunden sind.

Arbeitsmarkt⁶⁾

Im Jahresdurchschnitt 2010 entfielen 19 060 Arbeitslose bzw. 7,5 Prozent aller Arbeitslosen auf den Landkreis Bautzen. Der Anteil ging in den letzten Jahren zurück, eine Entwicklung, die in den meisten Landkreisen zu beobachten war. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – lag 2010 in Sachsen bei 11,9 Prozent, im Landkreis Bautzen bei 11,3 Prozent. Im Vorjahr hatte die Arbeitslosenquote für Sachsen noch bei 12,9 Prozent und für den Landkreis Bautzen bei 12,1 Prozent gelegen (vgl. Tab. 4).

Setzt man den Anteil der Arbeitslosen im Landkreis von 7,8 Prozent an Sachsen mit dem Anteil der Erwerbstätigen von 7,2 Prozent in Beziehung (2008), so zeigt sich, dass der Landkreis Bautzen einen geringeren Anteil am Arbeitsplatzpotenzial Sachsens, aber einen höheren Anteil an der Arbeitslosigkeit hat.

Zum Vergleich innerhalb des Kreises muss auf die Monatsergebnisse zurückgegriffen werden. Im Februar 2011 wurden im Landkreis Bautzen 21 887 Arbeitslose gezählt. Das waren 8,3 Prozent aller Arbeitslosen in Sachsen. Auf die Stadt Kamenz entfielen davon 1 080 Arbeitslose bzw. 4,9 Prozent der Arbeitslosen des Landkreises. Das bedeutet, die Lage auf dem Arbeitsmarkt stellt sich für die Bewohner von Kamenz günstiger dar als für den Landkreis insgesamt.

Das Verhältnis von Frauen zu Männern unter den Arbeitslosen im Landkreis Bautzen gestaltete sich seit dem Jahr 2000 so, dass der Frauenanteil meist größer war als der Männeranteil. Im Jahr 2000 hat er bei 53,1 Prozent gelegen. 2002 war das Verhältnis nahezu ausgeglichen und 2005 sank der Frauenanteil erstmals deutlich unter die 50-Prozent-Marke. Danach stieg er wieder an, um 2009 mit 47,2 Prozent den niedrigsten Anteil seit 2000 zu erreichen. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ging von 2000 bis 2009 stetig zurück. 2009 stieg die absolute Zahl der männlichen Arbeitslosen wieder an. [6] Das ist ein Beleg für die Wirtschaftskrise in diesem Jahr.

Tourismus

Der **Landkreis Bautzen** bildet gemeinsam mit dem Landkreis Görlitz das Reisegebiet Oberlausitz/Niederschlesien (vgl. Abb. 6)

Der Landkreis Bautzen vereint unterschiedli-

4) Kreisergebnisse für 2009 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Sie werden im Mai 2011 veröffentlicht.

5) Die Differenz zu den Erwerbstätigen bilden einerseits die Selbstständigen und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, Beamte sowie andererseits die geringfügig Entlohten sowie Personen in Beschäftigungsmöglichkeiten (Ein-Euro-Jobs).

6) Datenquelle aller Daten zum Arbeitsmarkt: Bundesagentur für Arbeit (BA). Jahresdurchschnittsangaben lagen bei Redaktionsschluss für die Kreise bis 2009 vor, für Gemeinden musste für den aktuellen Rand grundsätzlich auf Monatsangaben ausgewichen werden.

che Landschaften, das Heide- und Teichland im Norden mit großem Wald- und Wasseranteil (einschließlich der Tagebaurestseen), das stärker landwirtschaftlich geprägte Lößgebiet in der Mitte und das Bergland im Süden bis hin zur tschechischen Grenze. Nach Westen schließt sich das Westlausitzer Hügelland mit seiner nördlichsten Erhebung, dem Hutberg bei Kamenz, an. Dadurch können unterschiedliche Bedürfnisse von Touristen bedient werden. Neben den natürlichen Verhältnissen bilden aber auch kulturell-historische Gegebenheiten Anziehungspunkte. Erinnert sei an die Via regia, die von Westen kommend über Königsbrück, Kamenz und Bautzen weiter nach Görlitz zog. An diesem alten Straßenzug hat sich eine Reihe von Siedlungen entwickelt.

Im Landkreis Bautzen zählte die Statistik im letzten Jahr 172 Beherbergungsbetriebe (mit neun und mehr Betten), darunter 46 Hotels. In diesen Beherbergungsstätten wurden knapp 6 000 Betten angeboten. 2010 waren sie im Jahresmittel zu einem knappen Drittel ausgelastet. Die Bettenauslastung lag deutlich unter dem sächsischen Durchschnittswert von 39 Prozent. Im benachbarten Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge betrug sie zum Vergleich 42,5 Prozent. 2010 wurden im Landkreis Bautzen reichlich 225 000 Gäste mit rund 647 000 Übernachtungen registriert. Das heißt, der statistische Durchschnittsgast blieb 2,9 Tage. Das war etwas weniger als für die Landkreise insgesamt mit 3,2 Tagen, aber mehr als in Sachsen insgesamt mit 2,6 Tagen. In Landkreisen mit einem größeren Anteil an Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer meist etwas höher als in anderen Kreisen.

Die **Stadt Kamenz** verfügte 2010 über elf Beherbergungsbetriebe (mit neun und mehr Betten) und 301 angebotenen Gästebetten. Es übernachteten 10 878 Gäste in Kamenz (vgl. Tab. 4). Mit 22 391 Übernachtungen ergab sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2,1 Tagen. Das war eine deutlich kürzere Zeit als im Mittel des Kreises insgesamt. Erklärbar ist das vermutlich mit der Gästestruktur. Es fehlen in Kamenz entsprechende Einrichtungen, die eine längere Verweildauer bedingen würden, z. B. Rehabilitationseinrichtungen oder längere kulturelle „Events“. Zum Hauptevent beispielsweise, dem jährlichen Forstfest, kommen zwar jede Menge Gäste nach Kamenz. Die meisten Übernachtungsgäste von Ihnen sind jedoch „Familie“ und dürften deshalb in der Beherbergungsstatistik nicht auftauchen.

Vergleicht man den Landkreis Bautzen hinsichtlich der Fremdenverkehrsintensität, das heißt die Zahl der Übernachtungen je 1 000 Einwohner, mit den anderen Landesteilen

Sachsens, so zeigt sich, dass sie 2010 im Landkreis Bautzen unter dem der anderen Kreise und Kreisfreien Städte lag (vgl. Abb. 6).

Einkommen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte des Landkreises Bautzen betrug 2008 insgesamt 5,2 Milliarden €. Das waren 7,9 Prozent des verfügbaren Einkommens von Sachsen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist dasjenige Einkommen, das den Haushalten zu Konsum- und Sparzwecken zur Verfügung steht. Sein Anteil ist etwas höher als der beim Bruttoinlandsprodukt von 7,0 Prozent. Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag im gleichen Jahr bei 15 731 €. Im Verhältnis zu Sachsen insgesamt mit 15 708 € lag der Wert des Landkreises Bautzen leicht über dem Durchschnitt. Verglichen mit den anderen Landkreisen war das verfügbare Einkommen je Einwohner in Bautzen niedriger als in den meisten Landkreisen.

Den weitaus größten Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hat das Primäreinkommen.⁷⁾ Im Landkreis Bautzen waren das 2008 gut 5,1 Milliarden €. Dieses wiederum wird zu einem großen Teil aus den Arbeitnehmerentgelten gebildet. Die Arbeitnehmerentgelte (Arbeitnehmer am Arbeitsort) lagen im Landkreis Bautzen 2008 bei 3,3 Milliarden €.

Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer lag 2008 im Landkreis Bautzen bei 26 629 € und damit um knapp fünf Prozent unter dem Landesmittel von 27 883 €. Es umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den Arbeitnehmern zugeflossen sind, hauptsächlich die Bruttolöhne und -gehälter aber auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind im Landkreis Bautzen von 19 479 € im Jahr 2000 auf 21 717 € gestiegen. Das entspricht einem Anstieg um 11,5 Prozent. Im Freistaat Sachsen ist dieser Wert durchschnittlich um 13,3 Prozent gestiegen. Das heißt, der Abstand zwischen dem Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer in Sachsen insgesamt und im Landkreis Bautzen hat sich von 2000 bis 2008 sogar noch leicht vergrößert. [3]

Zusammenfassung

Die Geburtsstadt Lessings ist mit 17 000 Einwohnern die viertgrößte Stadt von insgesamt 15 Städten im Landkreis Bautzen. Auch die Stadt Kamenz, der Austragungsort des 20. Tages der Sachsen, muss, wie der Freistaat Sachsen insgesamt und der Landkreis Bautzen, zukünftig mit den Folgen einer schrumpfenden Bevölkerung leben. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird bis 2025 um fünf Jahre auf

rund 51 Jahre steigen. Im Landkreis Bautzen steht eine Vielzahl von Bildungsangeboten in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen von allgemeinbildenden Schulen bis zur Staatlichen Studienakademie zur Verfügung. Hochschuleinrichtungen befinden sich in Dresden, Görlitz als auch in Zittau und damit in erreichbarer Nähe. Hinsichtlich einer Reihe sozialer und wirtschaftlicher Indikatoren liegt der Landkreis Bautzen unter den jeweiligen sächsischen Durchschnittswerten, bei anderen Merkmalen steht er dagegen besser da. Der Landkreis Bautzen in Ostsachsen zwischen Brandenburg im Norden und der Tschechischen Republik im Süden lässt sich zusammenfassend als „durchschnittlicher Landkreis“ innerhalb des Freistaates Sachsen beschreiben.

Die Wirtschaftsstruktur des Landkreises weicht zwar etwas vom sächsischen Mittel ab, aber nicht gravierend. Die Industrie spielt eine etwas geringere Rolle, dafür das Baugewerbe und der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr eine etwas größere.

Die Betreiber der zahlreichen Beherbergungsbetriebe im Landkreis mit rund 6 000 Betten werden vielen Besuchern des 20. Tages der Sachsen Unterkunft gewähren.

Birgit Scheibe, Dipl.-Ökonomin Referatsleiterin Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] vgl. www.tds.sachsen.de
- [2] vgl. www.landkreis-bautzen.de
- [3] AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGR dL); www.vgrdl.de [Nächste Aktualisierung der Kreisergebnisse Juli/August 2011]
- [4] Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009. Karte 1 : 400 000, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Kamenz 2010. Vgl. auch: Oettel, A., E. Hahn: Zur Karte „Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009“ im Maßstab 1 : 400 000. In: Statistik in Sachsen, 1/2011, S. 52 - 55.
- [5] AK Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR); www.aket.de [Nächste Aktualisierung der Kreisergebnisse Mai 2011]
- [6] Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA); Stand: Februar 2011.

7) Die Differenz bilden monetäre Sozialleistungen und sonstige laufende Transfers abzüglich der Einkommen- und Vermögensteuern und sonstiger laufender Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind.

Das Baugewerbe im Jahr 2010

Vorbemerkungen

Im Jahr 2010 hat das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen einen Branchenreport Baugewerbe herausgebracht, der den Zeitraum von 1991 bis 2009 umfasst. [1] Der Tabellenteil dieser Veröffentlichung wird im Jahr 2011 als Statistischer Bericht mit Angaben für in der Regel 2010 fortgeschrieben. [2] Im Hinblick auf weitere Informationen zur Bauwirtschaft Sachsens sei auch auf diesen Bericht verwiesen.

Zur gesamtwirtschaftlichen Stellung des Baugewerbes in Sachsen

Im Jahr 2005 lag der Anteil der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) des Baugewerbes in Sachsen mit 5,9 Prozent auf dem tiefsten Wert seit 1991. Seither ist dieser Anteil wieder gestiegen und erreichte 2010 einen Wert von 6,4 Prozent. In den neuen Ländern (ohne Berlin) erreichte der Anteil des Baugewerbes dabei 5,9 Prozent, im deutschen Mittel 4,1 Prozent.

Im Jahr 2009 war das Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Sachsen gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent zurückgegangen, während sich die Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) im Baugewerbe um 0,2 Prozent erhöht hatte. Im Jahr 2010 ist das Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) wieder um 1,9 Prozent gestiegen, die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe (preisbereinigt, verkettet) allerdings um 0,8 Prozent gesunken.¹⁾

Bei den Erwerbstätigen hatte der Anteil des Baugewerbes an der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen insgesamt seinen tiefsten Stand 2008 mit 8,0 Prozent. 2010 erreichte er 8,2 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe Sachsens betrug 2010 rund 159 600 Personen. Das waren rund 3 500 Personen bzw. 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr.²⁾

Bauhauptgewerbe

Betriebe und Beschäftigte

In der **Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe** waren im Juni 2010 insgesamt 6 654 Betriebe erfasst, 92 Betriebe oder 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr (vgl. Tab. 1). Ein statistischer Zufall ergab für 2010 die gleiche Betriebszahl wie schon für 2007. Über 92 Prozent der Betriebe waren bereits 2009 in diese Erhebung einbezogen. Unter den Zugängen waren elf Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen. Das heißt, der größte Teil der Zugänge waren Kleinbetriebe, allein reichlich drei Viertel hatten weniger als fünf tätige Personen.

Längerfristig besteht ein Trend im sächsischen Bauhauptgewerbe, dass die Zahl der Abgänge (das heißt der erloschenen Betriebe) rückläufig ist. In den Jahren 2008 und 2009 war diese Entwicklung unterbrochen gewesen. Dadurch war auch die Betriebszahl insgesamt gesunken. 2010 hat sich die längerfristige Entwicklung jedoch wieder durchgesetzt.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Bauhauptgewerbe ist 2010 deutlich gesunken. Mit 136 Fällen lag die Zahl um 51 Fälle unter dem Vorjahreswert von 187 Unternehmensinsolvenzen. Seit 2007 ist das die niedrigste Zahl an Insolvenzen.³⁾

Die Größenstruktur der Betriebe im Bauhauptgewerbe hat sich 2010 gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Der Anteil der Kleinstbetriebe mit weniger als 10 tätigen Personen lag bei reichlich 80 Prozent und damit nur geringfügig unter dem Vorjahreswert. Der Anteil der Betriebe mit 10 bis 19 tätigen Personen ist geringfügig auf 11,5 Prozent gestiegen, der der Betriebe mit 20 bis 49 tätigen Personen auf 5,1 Prozent. Der Anteil der größeren Betriebe blieb unverändert (vgl. Tab. 2). Die Zahl der tätigen Personen lag am 30. Juni 2010 bei 57 272 und damit um 2,7 Prozent

höher als im Vorjahr. Längerfristig ist die Beschäftigtenzahl im sächsischen Bauhauptgewerbe seit 1996 rückläufig. Lediglich 2006 war sie einmal leicht angestiegen (vgl. [3, Tab. 1]). Es wird abzuwarten bleiben, ob es sich um einen kurzfristigen Anstieg handelt, oder ob sich hier die „Talsole“ der Beschäftigtenkurve im sächsischen Bauhauptgewerbe andeutet.

Die drei Gruppierungen der tätigen Personen (gewerbliche Arbeitskräfte; Angestellte; Inhaber und Mitinhaber) zeigten alle eine positive Entwicklung, jedoch in unterschiedlichem Maße. Mit der steigenden Zahl der Betriebe hat sich auch die Zahl der tätigen Inhaber, Mitinhaber und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen leicht um 0,5 Prozent erhöht. Die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten stieg um 1,6 Prozent. Am stärksten wuchs die Zahl der gewerblichen Arbeitskräfte (Arbeiter) mit 3,3 Prozent. Innerhalb der Gruppierung der Arbeiter hatten die Fachwerker, Maschinisten, Kraftfahrer und Werker – also die am wenigsten qualifizierten – mit 13,2 Prozent einen überdurchschnittlichen Anstieg zu verzeichnen. Beachtenswert ist, dass die Zahl der gewerblich Auszubildenden (einschließlich Umschüler, Anlernlinge und Praktikanten) zurückging, und zwar mit 11,5 Prozent auch ziemlich deutlich. In den kleineren Betrieben war der Rückgang stärker als in den größeren. Lediglich die Betriebe mit 100 und mehr tätigen Personen verzeichneten noch einen geringen Zuwachs bei den Auszubildenden.

Die Struktur der tätigen Personen nach ihrer Stellung im Betrieb hat sich 2010 gegenüber dem Vorjahr durch die unterschiedlichen Ent-

1) Datenquelle: AK VGR der Länder; Berechnungsstand: August 2010/Februar 2011 (VGR des Bundes)

2) Datenquelle: AK ETR des Bundes und der Länder, Berechnungsstand August 2010/Februar 2011.

3) Seit 2007 liegen die Ergebnisse der Insolvenzstatistik nach WZ 2008 vor. Vergleiche mit Ergebnissen der Vorjahre nach WZ 2003 sind nur bedingt möglich.

Tab. 1 Eckdaten zum Bauhauptgewerbe 2005 und 2008 bis 2010

Merkmal	2005	2008	2009	2010	Veränderung 2010 zu 2009 in %
alle Betriebe					
Betriebe am 30. Juni	6 254	6 584	6 562	6 654	1,4
Tätige Personen am 30. Juni	57 526	56 019	55 765	57 272	2,7
Bruttoentgeltsumme im Juni in 1 000 €	103 107	101 919	107 140	110 104	2,8
Vorjahresumsatz in 1 000 €	5 663 412	5 649 172	6 025 534	5 616 371	-6,8
Gesamtumsatz im Juni in 1 000 €	481 352	500 414	514 453	537 604	4,5
Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen					
Betriebe	618	534	515	515	-
Tätige Personen	31 224	29 179	29 132	30 027	3,1
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	769 077	761 180	783 643	802 011	2,3
Gesamtumsatz in 1 000 €	3 464 107	3 650 506	3 554 689	3 704 265	4,2
Baugewerblicher Umsatz in 1 000 €	3 420 237	3 609 286	3 521 095	3 658 621	3,9
davon Hochbau	1 358 271	1 618 187	1 506 417	1 554 275	3,2
Tiefbau	2 061 966	1 991 099	2 014 678	2 104 346	4,5
Umsatz ¹⁾ Volumenindex 2005 = 100	100	95,7	92,7	95,4	2,9
davon Hochbau	100	108,5	101,2	103,4	2,2
Tiefbau	100	87,2	87,1	90,1	3,5
Auftragseingang Wertindex 2005 = 100	100	102,7	101,3	103,2	1,9
davon Hochbau	100	99,9	94,1	98,0	4,1
Tiefbau	100	104,6	106,2	106,7	0,5
Auftragseingang ¹⁾ Volumenindex 2005 = 100	100	93,3	91,1	92,1	1,1
davon Hochbau	100	91,3	85,9	88,9	3,5
Tiefbau	100	94,6	94,7	94,4	-0,3
Auftragsbestand am Jahresende in 1 000 €	1 039 447	1 234 084	1 247 008	1 320 456	5,9
davon Hochbau	461 665	527 563	528 552	521 012	-1,4
Tiefbau	577 782	706 527	718 456	799 444	11,3
Auftragsbestand Wertindex 2005 = 100	100	119,7	116,7	133,0	14,0
davon Hochbau	100	129,3	110,0	127,7	16,1
Tiefbau	100	113,0	121,3	136,7	12,7
Auftragsbestand ^{1) 2)} Volumenindex 2005 = 100	100	109,1	105,1	119,0	13,2
davon Hochbau	100	118,4	100,2	115,6	15,4
Tiefbau	100	102,6	108,5	121,4	11,9

1) gewichtetes Jahresmittel der vier Quartalswerte
2) 2010 vorläufig

wicklungen leicht verändert. Auf die Arbeiter entfielen 71,8 Prozent aller tätigen Personen (2009: 71,3 Prozent), auf die Angestellten 19,0 Prozent (2009: 19,2 Prozent) und auf die Selbstständigen 9,3 Prozent (2009: 9,5 Prozent). Der Anteil der Facharbeiter und Meister erreichte 52,9 Prozent aller im Bauhauptgewerbe tätigen Personen. Das war ein halber Prozentpunkt weniger als im Vorjahr. Die statistische mittlere Betriebsgröße lag 2010 bei 8,6 tätigen Personen je Betrieb und damit nahezu auf dem Vorjahresstand von 8,5 tätigen Personen je Betrieb. Die Veränderung der Zahl der tätigen Personen am 30. Juni eines Jahres zum entsprechenden Vorjahr ist immer ein Saldo. Er speist sich aus drei Quellen: der Zahl der tätigen Personen in den neu hinzugekommenen Betrie-

ben abzüglich der Zahl der tätigen Personen in den Betrieben, die im Berichtsjahr nicht mehr existieren, sowie der Veränderung der Zahl der tätigen Personen in den Betrieben, die am 30. Juni eines Berichtsjahres als auch bereits im Vorjahr existiert haben. Die ersten beiden Quellen sind Ausdruck der Fluktuation der Betriebe im Bauhauptgewerbe, die dritte Quelle beschreibt die Veränderung innerhalb des Berichtskreises, der sowohl im Berichtsjahr als auch Vorjahr in diese Erhebung einbezogen gewesen war.⁴⁾ 2010 entfielen von der Zunahme der tätigen Personen von 2,7 Prozent Wachstumsbeiträge (Veränderungsbeiträge) von 2,4 Prozentpunkten auf die Veränderungen im Bestand der Betriebe und von 0,3 Prozentpunkten auf die Zunahme aus dem Betriebswechsel (vgl. auch [2, Tab. 2.4]).

Tab. 2 Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe 2005, 2009 und 2010 nach Beschäftigtengrößenklassen (in Prozent)

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	2005	2009	2010
Betriebe			
1 - 9	78,8	81,1	80,8
10 - 19	12,4	11,3	11,5
20 - 49	6,1	5,0	5,1
50 - 99	1,7	1,6	1,5
100 und mehr	1,0	1,0	1,0
Tätige Personen			
1 - 9	27,8	28,3	27,9
10 - 19	18,0	17,8	18,2
20 - 49	19,8	17,6	17,9
50 - 99	12,3	12,5	11,9
100 und mehr	22,1	23,8	24,0

Datenbasis: Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe

Umsatz

Im Bauhauptgewerbe wurde 2009 (als Ergebnis der Ergänzungserhebung 2010) ein Gesamtumsatz von 5 616 Millionen € erwirtschaftet. Die Hochrechnung der Umsätze des Monatsberichts auf alle Betriebe erbrachte für 2009 einen Wert von 5 453 Millionen €. Beide Werte zeigen methodisch bedingt immer eine gewisse Abweichung, für das Berichtsjahr 2009 um drei Prozent. Der Gesamtumsatz 2009 aus der Ergänzungserhebung 2010 lag um 6,8 Prozent unter dem Wert für 2008 und der Gesamtumsatz hochgerechnet auf alle Betriebe war im gleichen Zeitraum um 3,4 Prozent zurückgegangen. Die Interpretation beider Veränderungsdaten ist schwierig, es lässt sich jedoch annehmen, dass die kleineren Betriebe mit weniger als 20 tätigen Personen im Jahr 2009 etwas stärker von der Wirtschaftskrise betroffen waren als die größeren.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den **Monatsberichts-kreis** – Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen. Das ermöglicht auch den Vergleich des Umsatzes mit dem Auftragseingang und Auftragsbestand. Der Gesamtumsatz lag hier im Jahr 2010 bei 3 704 Millionen €, 4,2 Prozent über dem Vorjahreswert, nachdem der Gesamtumsatz 2009 gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig gewesen war. 2010 lag der nominale

4) Diese Berechnung fußt auf der maschinellen Tabelle H2 aus der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe. Da andere Statistiken eine solche standardisierte Auswertung nicht aufweisen, ist diese Berechnung für andere Wirtschaftszweige nicht oder nur schwieriger möglich. Soweit bekannt, wurde eine solche Auswertung bundesweit erstmals in [1] vorgenommen.

Umsatz höher als in den drei vorangegangenen Jahren. Den Verlauf der monatlichen Umsatzwerte zeigt Abbildung 1.

Innerhalb des Bauhauptgewerbes wiesen sowohl der Hochbau als auch der Tiefbau gestiegene Umsätze auf. Im Hochbau lag der baugewerbliche Umsatz bei 1 554 Millionen € und damit um 3,2 Prozent höher als 2009, im Tiefbau bei 2 104 Millionen €, 4,5 Prozent höher.

Die Umsatzsteigerung im Hochbau wurde allein vom Wirtschaftshochbau getragen. Dessen baugewerblicher Umsatz stieg um 7,1 Prozent, während im Wohnungsbau der Umsatz um 1,8 Prozent und im öffentlichen Hochbau um 3,1 Prozent zurückging. Da der Wirtschaftshochbau ein höheres Gewicht hat (61 Prozent des baugewerblichen Umsatzes im Hochbau), konnten dadurch die Umsatzrückgänge in den anderen Sparten des Hochbaus deutlich überkompensiert werden. Im Tiefbau verzeichnete der Wirtschaftstiefbau ein Umsatzplus von 17,4 Prozent und der öffentliche Tiefbau von 1,3 Prozent. Im Straßenbau war der Umsatz dagegen um 7,0 Prozent zurückgegangen.

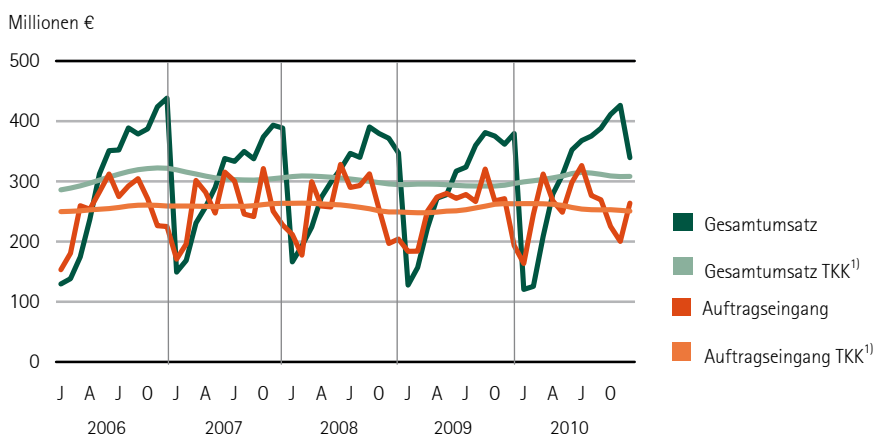
Betrachtet man die Umsatzentwicklung nach den drei Auftraggebergruppen, so ist 2010 im Vergleich zum Vorjahr lediglich im Wirtschaftsbau der Umsatz gestiegen, und zwar um 11,9 Prozent. Im öffentlichen und Straßenbau ist er dagegen um 3,4 Prozent und im Wohnungsbau um 1,8 Prozent gesunken.

Bei diesen Veränderungsraten handelt es sich um **nominale Angaben**, ohne Berücksichtigung der Preisveränderungen. 2010 haben sich die (Netto-)Baupreisindizes in Hoch- und Tiefbau unterschiedlich entwickelt, auch im Vergleich zur Entwicklung von 2009 gegenüber 2008. Dadurch wirkt sich die Preisentwicklung auch unterschiedlich aus.

Im Jahr 2009 haben die durchschnittlichen Baupreise für den Hochbau faktisch auf Vorjahresniveau verharrt. 2010 lagen der Baupreisindex für Wohngebäude um 0,6 Prozent und der Baupreisindex für Büro- und Betriebsgebäude um 0,7 Prozent über dem jeweiligen Vorjahresniveau. Dadurch lagen der reale Umsatz im Wohnungsbau um etwas mehr als zweieinhalb Prozent unter dem Vorjahreswert und der Umsatz im sonstigen Hochbau um reichlich drei Prozent höher. Für den Hochbau zusammen ergab das ein reales Umsatzplus von reichlich zwei Prozent.

Im Tiefbau ging der Baupreisindex 2010 im Straßenbau gegenüber 2009 um 0,4 Prozent zurück, während er für den sonstigen Tiefbau um 1,4 Prozent stieg. Im Straßenbau waren bereits 2008 und 2009 die Baupreise deutlich angestiegen. Für den realen Umsatz

Abb. 1 Gesamtumsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 2006 bis 2010



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

im Straßenbau bedeutet das eine geringe Dämpfung des nominalen Rückganges auf etwas unter sieben Prozent. Im sonstigen Tiefbau stieg der Umsatz real um neun Prozent. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der reale Umsatz im Bauhauptgewerbe 2010 um knapp drei Prozent über dem Vorjahreswert lag.⁵⁾

Auftragseingang

Die **Summe der Auftragseingänge** (bzw. der Wertindex des Auftragseinganges) lag 2010 nominal um 1,9 Prozent über dem Vorjahreswert. Hochbau und Tiefbau zeigten eine gleichlaufende Entwicklung. Im Hochbau lag der Auftragseingang 4,1 Prozent über dem Vorjahreswert, im Tiefbau waren es nur 0,5 Prozent. Der Wertindex des Auftragseinganges (nominale Angaben) im Bauhauptgewerbe insgesamt lag im Jahresmittel 2010 bei 103,2. Der Wert über 100 signalisiert, dass das Ergebnis „besser“ ist als im Basisjahr 2005. Im Tiefbau lag der Wertindex des Auftragseinganges bei 106,7, im Hochbau bei 98,0. (Die Veränderungsraten zum Vorjahr entsprechen denen der Absolutwerte w.o.)

Der **Volumenindex des Auftragseinganges** (reale Angaben) im Bauhauptgewerbe lag 2010 bei 92,1 und damit um 1,1 Prozent über dem Vorjahreswert. Im Hochbau erreichte er einen Betrag von 88,9, 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Tiefbau lag der reale Auftragseingangsindex 2010 bei 94,4 und damit 0,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die gestiegenen Tiefbaupreise kehrten die leicht negative nominale Entwicklung in eine leicht negative reale Entwicklung um.

Innerhalb des Hochbaus verzeichneten 2010 sowohl der Wohnungsbau als auch der Wirtschaftshochbau und öffentliche Hochbau gestiegene Auftragseingänge (nominal und real). Innerhalb des Tiefbaus meldeten der Wirtschaftstiefbau und der Straßenbau gestiegene Auftragseingänge (nominal und

real). Im öffentlichen Tiefbau lag der Auftragseingang (nominal) um 10,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Bei diesem starken Rückgang spielt der Basiseffekt eine gewisse Rolle – 2009 hatte es in dieser Sparte Großaufträge gegeben –, aber auch großauftragsbereinigt war hier der Auftragseingang 2010 stark zurückgegangen.

Auftragsbestand

Ende 2010 betrug der nominale **Auftragsbestand** im Bauhauptgewerbe 1 320 Millionen €. Damit schloss das Jahr mit einem Plus von 5,9 Prozent im Vergleich zu Ende 2009. Auch die jeweiligen Quartalsstände lagen 2010 höher als die entsprechenden Werte im Vorjahr. Im Hochbau konnte der Auftragsbestand Ende 2010 die Höhe des Vorjahres nicht ganz erreichen (1,4 Prozent weniger). Im Tiefbau lag der Auftragsbestand dagegen um 11,3 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Der **Volumenindex des Auftragsbestandes** im Bauhauptgewerbe (gewichtetes Jahresmittel aus den vier Quartalswerten) lag mit 119,0 im **Jahresdurchschnitt** 2010 um 13,2 Prozent über dem Vorjahreswert. Im Hochbau erreichte er einen Betrag von 115,6 und damit 15,4 Prozent über dem Jahresmittel von 2009. Im Tiefbau kletterte er auf einen Wert von 121,4. Das waren 11,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Jahresmittelwerte beschreiben die Auftragsituation im Jahresverlauf. Im Auftragsbestand fließen die Entwicklungen neuer Order (Auftragseingang) und des Umsatzes zusammen. Höhere Jahresmittelwerte bedeuten, dass sich die Auftragsituation, also die Reichweite der Aufträge, 2010 für die Betriebe des

5) Die Preisbereinigung beim Umsatz erfolgt analog dem Vorgehen beim Auftragseingang und Auftragsbestand. Die genauen Veränderungsraten werden auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Bauhauptgewerbes günstiger dargestellt hat als noch 2009.

Für den Ausblick auf das Jahr 2011 sind die Auftragsbestände am Jahresende 2010 maßgeblich. Die nominalen Auftragsbestände sind bereits w. o. erörtert worden. Der Volumenindex des Auftragsbestandes im Bauhauptgewerbe lag Ende 2010 bei 102,0, 4,4 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert von 97,7. Das heißt, der reale Auftragsbestand lag um viereinhalb Prozent über dem Vorjahresstand. Im Hochbau erreichte der Volumenindex einen Wert von 99,5. Das waren 2,1 Prozent weniger als Ende 2009. Gegenüber der nominalen Entwicklung wirken sich hier die gestiegenen Baupreise dahingehend aus, dass der reale Auftragsbestand im Hochbau um drei Prozent unter dem Vorjahreswert lag. Im Tiefbau lag der Volumenindex des Auftragsbestandes Ende 2010 bei 103,8, 10,2 Prozent über dem Wert von 94,2 des Jahres 2009. Während sich die Reichweite des Auftragsbestandes im Hochbau nur marginal verringert hat, startet der Tiefbau mit einer deutlich längeren Reichweite seiner Aufträge ins Jahr 2011. Es sollte aber auch beachtet werden, dass es sich vor allem beim Tiefbau zum Teil um aufgeschobene Aufträge handeln dürfte. Im gesamten Dezember 2010 war die Witterung in Sachsen durch anhaltenden Frost und beträchtliche Schneefälle gekennzeichnet. Dadurch ist das Tiefbaugeschehen weitgehend zum Erliegen gekommen sein. Das bestätigt auch die Zahl der im Dezember geleisteten Arbeitsstunden. Sie lag 2010 arbeitstäglich bereinigt um ein Drittel niedriger als 2009 und sogar um fast die Hälfte niedriger als 2008.

Bruttoentgelte

Für die Betriebe des Monatsberichts im Bauhauptgewerbe lag die Bruttoentgeltsumme im Jahr 2010 bei 802,0 Millionen € und damit um 2,3 Prozent über dem Vorjahreswert (vgl. Abb. 2). Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der tätigen Personen um 3,1 Prozent. Dadurch ging das durchschnittliche monatliche Bruttoentgelt je tätiger Person um 0,7 Prozent auf 2 226 € zurück (vgl. Abb. 3). Im Juni 2010 wurde den 57 272 im Bauhauptgewerbe tätigen Personen eine Bruttoentgeltsumme von 110,1 Millionen € gezahlt. Das Bruttoentgelt je tätiger Person betrug dementsprechend 1 904 €. Im Juni 2009 waren es zum Vergleich 1 921 € gewesen. Betrachtet man die durchschnittlichen Bruttoentgelte je tätiger Person nach Betriebsgrößenklassen, so zeigt sich, dass sie mit der Betriebsgröße ansteigt. In der Größenklasse 1 bis 9 tätige Personen betrug das Bruttoentgelt je tätiger Person 1 199 €⁶⁾ und in der Größenklasse von 100 und mehr tätigen Personen 2 528 €. In

Abb. 2 Tätige Personen und Bruttoentgeltsumme im Bauhauptgewerbe 2006 bis 2010

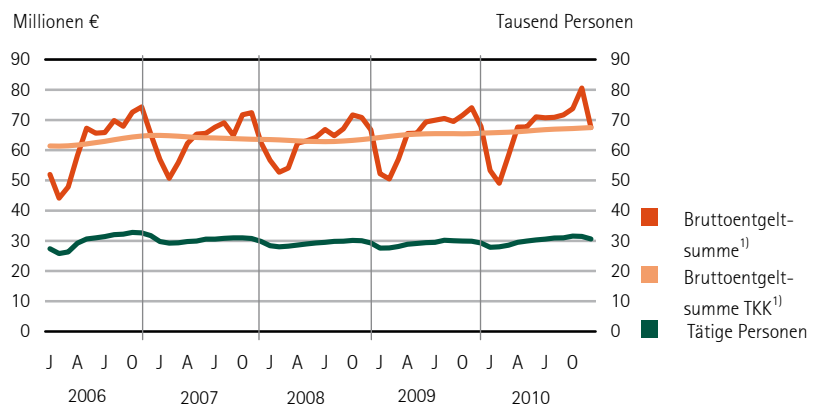
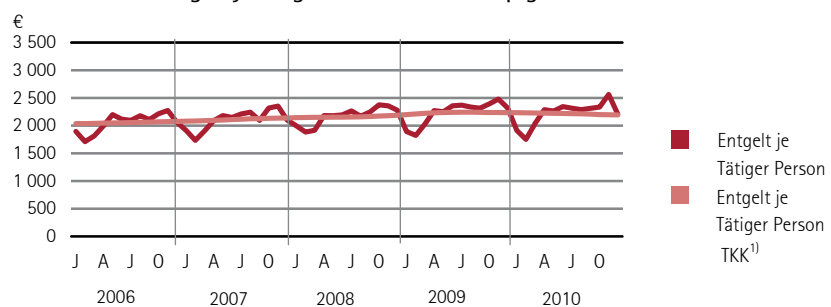


Abb. 3 Bruttoentgelt je tätiger Person im Bauhauptgewerbe 2006 bis 2010



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

den Kleinbetrieben bis 19 tätige Personen liegt das Bruttoentgelt je tätiger Person unter dem Durchschnitt und in den Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen über dem Durchschnitt.

Ausbaugewerbe

Betriebe und Beschäftigte

Ende des zweiten Quartals 2010 waren 1 201 Betriebe des Ausbaugewerbes in die **Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauräger** einbezogen. Im Vergleich zu 2009 ist die Betriebszahl per Saldo um 58 Betriebe oder 5,1 Prozent gestiegen. Die seit 2007 bestehende positive Tendenz setzte sich damit im vierten Jahr in Folge fort (vgl. auch Tab. 3). Die Struktur der Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen zeigte 2010 einige kleinere und eine größere Verschiebung (vgl. Tab. 4). Die Anteile schwanken in der Größenordnung von wenigen Zehntel-Prozentpunkten, lediglich der Anteil der Betriebe mit 10 bis 19 tätigen Personen stieg um über ein Prozent. Die Größenklasse mit 100 und mehr tätigen Personen war 2010 mit 19 Betrieben besetzt, zwei mehr als im Vorjahr; die Größenklasse mit 50 bis 99 tätigen Personen mit 79 Betrieben, drei weniger

als im Vorjahr. Das heißt, die Veränderungen in der Betriebsgrößenstruktur bei den beiden oberen Größenklassen dürften auf Kohorteneffekte zurückzuführen sein. Die Zugänge von Betrieben betreffen mehrheitlich die beiden unteren Größenklassen. Der Anteil der Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen mit weniger als 10 tätigen Personen ist 2010 leicht gesunken (6 Betriebe weniger).

Ende Juni 2010 wurden in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauräger in den ausbaugewerblichen Betrieben 29 067 Personen erfasst, 4,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit ist auch dieses Merkmal das vierte Jahr in Folge gestiegen. Von 2006 bis 2010 waren das zusammen 11,8 Prozent bzw. 3 079 Personen mehr.

Der Zuwachs an tätigen Personen betrifft die gleichen Größenklassen, wie bei den Betrieben (s. w. o.). Die Größenklassen von 10 bis 19 und 20 bis 49 tätigen Personen waren 2010 mit je rund 500 Personen mehr besetzt als im Vorjahr. Die Größenklasse der Betriebe

6) Dieser rechnerische Wert liegt durch die Art und Weise der Berichterstattung begründet unter den wirklichen Verhältnissen. Bei Betrieben bis einschließlich vier tätigen Personen werden in der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe fehlende Bruttoentgelte nicht als „Fehler“ bei der Plausibilitätsprüfung angezeigt (Bagatellregelung).

Tab. 3 Eckdaten zum Ausbaugewerbe 2005 und 2008 bis 2010

Merkmal	2005	2008	2009	2010	Veränderung 2010 zu 2009 in %
Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen					
Betriebe am 30. Juni	1 176	1 127	1 143	1 201	5,1
Tätige Personen am 30. Juni	26 723	27 204	27 756	29 067	4,7
Bruttoentgeltsumme im Juni in 1 000 €	134 595	146 051	149 386	160 873	7,7
Vorjahresumsatz in 1 000 €	2 259 260	2 492 876	2 689 893	2 811 680	4,5
Gesamtumsatz im Juni in 1 000 €	500 097	627 522	647 405	670 069	3,5
Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen					
Betriebe (Jahresdurchschnitt)	494	457	471	478	1,5
Tätige Personen (Jahresdurchschnitt)	17 708	17 808	18 463	18 990	2,9
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	374 725	408 224	424 109	448 345	5,7
Gesamtumsatz in 1 000 €	1 519 252	1 861 241	1 984 098	2 018 200	1,7

mit 100 und mehr tätigen Personen hat einen Zuwachs von rund 300 Personen, was gut mit dem Kohorteneffekt harmoniert (zwei Betriebe mit über 100 Beschäftigten mehr als 2009).

Lässt man den einmal außer Betracht, so erfasste der Beschäftigtenzuwachs im Ausbaugewerbe Sachsens faktisch alle Betriebsgrößenklassen, außer die Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen mit weniger als 10 tätigen Personen.

Die Beziehungszahl „tätige Personen je Betrieb“ in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger erfassten ausbaugewerblichen Betriebe“ lag 2010 bei 24,2, im Vorjahr waren es 24,3 tätige Personen je Betrieb.

Umsatz

Die 1 201 im Rahmen der **Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger** im Jahr 2010 auskunftspflichtigen ausbaugewerblichen Betriebe meldeten für 2009 einen Gesamtumsatz von 2 812 Millionen €. Gegenüber 2008 mit 2 690 Millionen € ist das ein Anstieg um 4,5 Prozent.

Der nominale Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe ist somit im vierten Jahr in Folge gestiegen und er erreichte einen Wert, der über den Umsätzen der letzten acht davorliegenden Jahre liegt. Die Beurteilung der Veränderungsraten dieser Umsatzwerte aus der Jährlichen Erhebung ist insofern schwierig, als die jeweils dahinter stehende Zahl der meldepflichtigen Betriebe zu sehen ist.

Der Gesamtumsatz der Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen erreichte 2010 einen Betrag von 2 018 Millionen €, 1,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Erstmals seit zehn Jahren wurde die Zwei-Millionen-Marke überschritten. Das Jahr

2010 war auch das fünfte Jahr in Folge, in dem der Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe nominal gestiegen ist (vgl. Abb. 4).

Die Baupreisindizes für Ausbauarbeiten sind 2010 gegenüber 2009 gestiegen: beim Neubau von Wohngebäuden um 1,6 Prozent, von Bürogebäuden um 1,9 Prozent und von gewerblichen Betriebsgebäuden um 2,1 Prozent. Auch der Baupreisindex für die Instandhaltung von Wohngebäuden lag rund zwei Prozent höher. Unter Berücksichtigung dieser Preissteigerungen ist davon auszugehen, dass die nominale Umsatzsteigerung von 1,7 Prozent von der Preissteigerung aufgezehrt worden ist. Zusammenfassend kann man von einer „roten Null“ sprechen. Die Entwicklung des Umsatzes aber auch der Beschäftigten zeigt, dass sich das Ausbaugewerbe auch in den Jahren 2009 und 2010 in einer konjunkturellen Phase des Aufschwungs befunden hat. Hier dürfte sich auch das Konjunkturpaket II ausgewirkt haben. Die Umsatzentwicklung deutet aber an, dass sich der konjunkturelle Aufschwung im Ausbaugewerbe in Sachsen 2010 möglicherweise etwas abgeflacht hat.

Tab. 4 Betriebe und tätige Personen im Ausbaugewerbe 2005, 2009 und 2010 nach Beschäftigtengrößenklassen (in Prozent)

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	2005	2009	2010
Betriebe			
1 - 9 ¹⁾	4,3	2,5	1,8
10 - 19	59,9	58,1	59,5
20 - 49	27,7	30,7	30,5
50 - 99	7,1	7,2	6,6
100 und mehr	1,5	1,5	1,6
Tätige Personen			
1 - 9 ¹⁾	1,3	0,7	0,5
10 - 19	35,6	32,6	33,2
20 - 49	35,8	37,0	37,2
50 - 99	20,8	20,3	18,7
100 und mehr	6,5	9,3	10,4

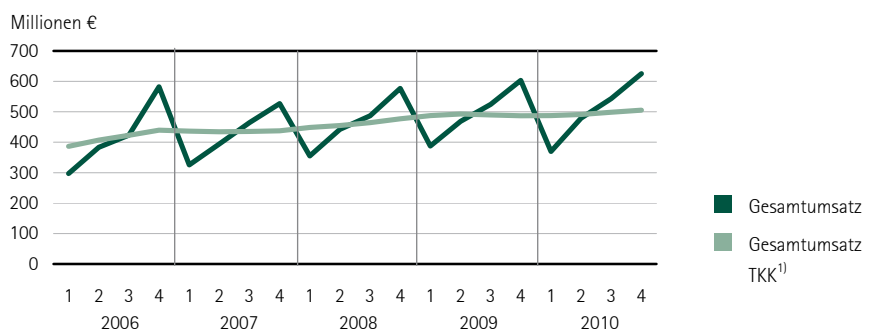
Datenbasis: Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger
 1) nur Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen

Bruttoentgelte

Für die Betriebe des Vierteljährlichen Berichtskreises im Ausbaugewerbe lag die Bruttoentgeltsumme im Jahr 2010 bei 448,3 Millionen €, 5,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit ist dieses Merkmal das vierte Jahr in Folge gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der tätigen Personen um 2,9 Prozent gestiegen. Dadurch hat sich das durchschnittliche Bruttoentgelt je tätiger Person um 2,8 Prozent erhöht. Der durchschnittliche Monatsbetrag lag bei 1 967 €. Im Vergleich zum Bauhauptgewerbe mit 2 226 €, sind das im Ausbaugewerbe 11,6 Prozent weniger. Der Abstand hat sich 2010 gegenüber dem Vorjahr leicht verringert.

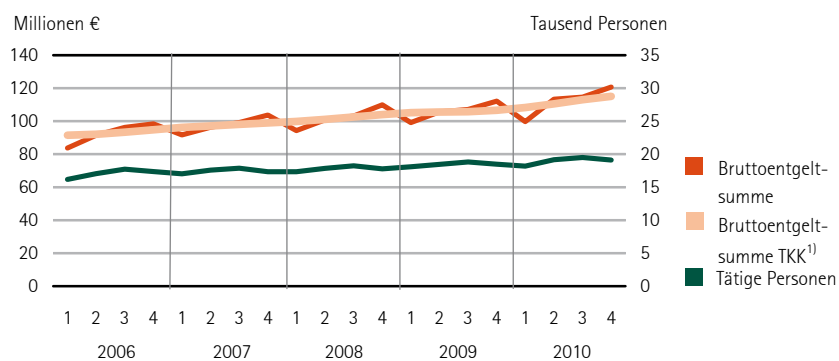
Für den Monat Juni 2010 lag das rechnerisch ermittelte Bruttoentgelt je tätiger Person in Betrieben mit 10 und mehr tätigen Personen bei 1 804 €, 0,6 Prozent über dem Vorjahreswert von 1 794 €. Das heißt,

Abb. 4 Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe 2006 bis 2010



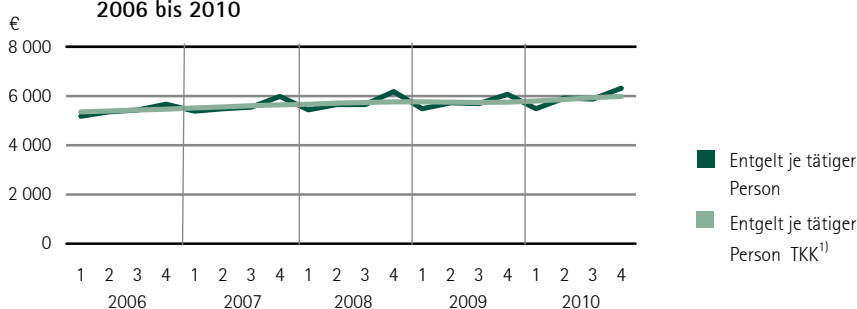
Datenbasis: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen
 1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

Abb. 5 Tätige Personen und Bruttoentgeltsumme im Ausbaugewerbe 2006 bis 2010



Personen 1 878 € im Ausbaugewerbe und 2 096 € im Bauhauptgewerbe; Differenz: 218 €; für die Betriebsgrößenklasse mit 50 bis 99 tätigen Personen 1 974 € im Ausbaugewerbe und 2 162 € im Bauhauptgewerbe; Differenz: 188 € und für die Betriebsgrößenklasse mit 100 und mehr tätigen Personen 2 234 € im Ausbaugewerbe und 2 528 € im Bauhauptgewerbe – Differenz: 294 €. In der Tendenz gilt, je größer der Betrieb, umso größer die Differenz zwischen Ausbaugewerbe und Bauhauptgewerbe.

Abb. 6 Vierteljährliches Bruttoentgelt je tätiger Person im Ausbaugewerbe 2006 bis 2010



Wirtschaftszweigliche Gliederung

Im Berichtsjahr 2008 fand bei den Struktur-erhebungen erstmals die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) im Baugewerbe Anwendung. Zwischen den Ergebnissen von 2008 und 2009 hatte sich eine Reihe von Verschiebungen vom Hochbau (Bau von Gebäuden) zum Tiefbau gezeigt. Dies war sowohl Ausdruck der gewachsenen Bedeutung des Tiefbaus im Vergleich zum Hochbau als auch die methodisch bedingte Folge der WZ-Umstellung.

Datenbasis: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen
1) TKK: Trend-Konjunktur-Komponente nach BV 4.1

2010 ist die Zahl der Betriebe (alle Betriebe) mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im WZ 41.2 (Bau von Gebäuden) zurückgegangen, in den WZ 42 (Tiefbau) und 43.1/43.9 (Vorbereitende Baustellenarbeiten und sonstige spezialisierte Bautätigkeiten) dagegen gestiegen. Da die Beschäftigtenzahlen in allen drei Wirtschaftszweigen jedoch gestiegen sind, dürfte der Rückgang der Betriebszahlen im Hochbau in erster Linie Ausdruck der weiteren Konsolidierung bei der Bestimmung der hauptsächlichen wirtschaftlichen Tätigkeit und damit des Wirt-

faktisch ist dieser Wert nahezu unverändert geblieben. Betrachtet man das Bruttoentgelt je tätiger Person nach den Betriebsgrößenklassen, so gilt auch im Ausbaugewerbe, je größer der Betrieb, umso höher das Bruttoentgelt. In den Betrieben mit 10 bis 19 tätigen Personen betrug das monatliche Bruttoentgelt je tätiger Person 1 615 €, in den Betrieben mit 100 und mehr tätigen Personen dagegen 2 234 €. Vergleicht man

die Bruttoentgelte für Juni 2010 im Ausbaugewerbe (1 804 €) mit dem Bauhauptgewerbe (1 904 €), so liegen die Verdienste im Bauhauptgewerbe höher. Dass es genau 100 € sind, ist ein statistischer Zufall. Für die Betriebsgrößenklasse mit 10 bis 19 tätigen Personen ergab sich ein Wert von 1 615 € im Ausbaugewerbe und 1 796 € im Bauhauptgewerbe – Differenz: 181 €; für die Betriebsgrößenklasse mit 20 bis 49 tätigen

Tab. 5 Betriebe, tätige Personen und Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe 2009 und 2010 nach Wirtschaftszweigen

WZ-Nr.	Wirtschaftszweig WZ 2008	Betriebe			Tätige Personen			Gesamtumsatz		
		2009	2010	Veränderung 2010 zu 2009 %	2009	2010	Veränderung 2010 zu 2009 %	2009	2010	Veränderung 2010 zu 2009 %
	Bauhauptgewerbe	515	515	-	29 132	30 362	4,2	3 554 689	3 658 621	2,9
41.2	Bau von Gebäuden	164	166	1,2	8 102	8 537	5,4	1 184 272	1 233 503	4,2
42	Tiefbau	181	181	-	12 205	13 018	6,7	1 483 007	1 549 144	4,5
42.1	Bau von Straßen, Bahnverkehrsstrecken	103	100	-2,9	7 779	8 278	6,4	1 042 614	1 068 975	2,5
42.2	Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	56	57	1,8	2 595	2 820	8,7	297 534	316 330	6,3
42.9	Sonstiger Tiefbau	22	24	9,1	1 831	1 920	4,9	142 859	163 838	14,7
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten und sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	170	169	-0,6	8 825	8 808	-0,2	887 411	875 973	-1,3
43.1	Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten	21	22	4,8	1 980	2 170	9,6	162 525	176 174	8,4
43.9	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	150	147	-2,0	6 845	6 638	-3,0	724 886	699 799	-3,5

Datenquelle: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen

Tab. 6 Betriebe, tätige Personen und Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe 2009 und 2010 nach Wirtschaftszweigen

WZ-Nr.	Wirtschaftszweig WZ 2008	Betriebe			Tätige Personen			Gesamtumsatz		
		2009	2010	Veränderung	2009	2010	Veränderung	2009	2010	Veränderung
				2010 zu 2009			2010 zu 2009			
			in %				%			
	Ausbaugewerbe	471	478	1,5	18 463	18 890	2,3	1 984 098	2 018 200	1,7
43.2	Bauinstallation	345	343	-0,6	14 030	14 428	2,8	1 620 641	1 644 105	1,4
43.21	Elektroinstallation	159	154	-3,1	7 202	7 357	2,2	729 933	720 433	-1,3
43.22	Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimaanlageinstallation	138	140	1,4	5 031	5 381	7,0	632 601	689 827	9,0
43.29	Sonstige Bauinstallation	48	49	2,1	1 796	1 689	-6,0	258 108	224 844	-12,9
43.3	Sonstiger Ausbau	126	135	7,1	4 434	4 562	2,9	363 457	374 096	2,9
43.31	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei, Verputzerei	12	12	-	478	489	2,3	28 347	32 075	13,2
43.32	Bautischlerei und Bauschlosserei	25	30	20,0	757	906	19,7	70 159	78 875	12,4
43.33	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	22	29	31,8	868	899	3,6	79 362	82 929	4,5
43.34	Maler- und Glaseri	58	55	-5,2	1 940	1 906	-1,8	142 699	141 201	-1,0
43.39	Sonstiger Ausbau a. n. g.	10	10	-	391	363	-7,2	42 891	39 016	-9,0

Datenquelle: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen

schaftszweiges durch die Betriebe selbst sein. Gestützt wird diese Vermutung durch das Merkmal geleistete Arbeitsstunden. Hier lag der Zuwachs 2010 gegenüber 2009 im Hochbau (WZ 41.2) mit 8,0 Prozent durchaus auf dem Niveau des Tiefbaus (WZ 42) von 8,2 Prozent (vgl. [3, Tab. 29]). Der monatliche Berichtskreis, das heißt Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen, zeigt im Hinblick auf die wirtschaftszweigliche Gliederung zum Teil abweichende Entwicklungen (vgl. Tab. 5).

Im Ausbaugewerbe zeigten sowohl der WZ 43.2 (Bauinstallation) als auch der WZ 43.3 (Sonstiger Ausbau) bei den Hauptmerkmalen vergleichbar positive Entwicklungen (Betriebe mit in der Regel 10 und mehr tätigen Personen). Der Gesamtumsatz lag im zweiten Quartal 2010 in der Bauinstallation um 6,3 Prozent über dem Vorjahreswert, im Sonstigen Ausbau um 6,7 Prozent, zusammen um 6,4 Prozent. Innerhalb des Wirtschaftszweiges Bauinstallation verlief die Umsatzentwicklung unterschiedlich. Die Elektroinstallation verzeichnete mit 11,6 Prozent ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum und die Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimaanlageinstallation mit 4,8 Prozent ein unterdurchschnittliches. In der Sonstigen Bauinstallation ging der Gesamtumsatz sogar um 4,3 Prozent zurück. Im Sonstigen Ausbau stieg der Umsatz in allen WZ-4-Stellern (vgl. auch [4, Tab. 26/27]). Die Entwicklungen für die Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen (vierteljährlicher Berichtskreis) zeigt Tabelle 6. Sie weichen

teilweise von denen der Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen (jährlicher Berichtskreis) ab.

Bauhandwerk

Die Mehrheit der Baubetriebe sind Handwerksbetriebe. Ende Juni 2010 waren im Bauhauptgewerbe 75,4 Prozent der Betriebe Handwerksbetriebe. Sie vereinten 70,3 Prozent der tätigen Personen auf sich und erbrachten im Juni 63,9 Prozent des Gesamtumsatzes. Vom Gesamtumsatz des Vorjahres (2009) entfielen 61,8 Prozent auf die Handwerksbetriebe. Bei der Zählung im Jahr 2009 hatte dieser Anteil (für 2008) bei 59,4 Prozent gelegen. Der Anteil ist somit um 2,4 Prozentpunkte höher.

Von den in der „Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger“ 2010 erfassten 1 201 Betrieben waren genau 1 001 Betriebe bzw. 83,3 Prozent Handwerksbetriebe. Auf sie entfielen 84,1 Prozent der tätigen Personen

und 82,9 Prozent des Gesamtumsatzes des Vorjahres.

Im Allgemeinen nehmen die Handwerksbetriebe eine ähnliche Entwicklung wie die Baubetriebe insgesamt. Auf eine Abweichung sei explizit verwiesen. Es ist auffällig, dass in den Handwerksbetrieben der Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimaanlageinstallation der Umsatz im zweiten Quartal 2010 mit 13,4 Prozent überdurchschnittlich angestiegen ist, während der gesamte Wirtschaftszweig ein unterdurchschnittliches Wachstum aufwies (vgl. [4, Tab. 27 und 31]). Für diese Entwicklung dürfte wiederum das Konjunkturpaket II von Einfluss gewesen sein.

Erschließung von Grundstücken; Bauträger

Dieser Wirtschaftszweig (WZ 41.1) setzt sich aus drei WZ-5-Stellern zusammen: Erschließung von Grundstücken (WZ 41.10.1), Bauträger für Nichtwohngebäude (WZ 41.10.2) und Bauträger für Wohngebäude (WZ 41.10.3).

Tab. 7 Eckdaten zu Erschließung von Grundstücken und Bauträgern 2009 und 2010¹⁾

Jahr	Betriebe	Tätige Personen	Bruttoentgeltsumme	Gesamtumsatz im 2. Quartal	Gesamtumsatz im Vorjahr	Gesamtumsatz je tätiger Person
	am 30. Juni		1 000 €			€
2009	21	424	3 059	42 504	200 007	63 383
2010	19	359	2 926	17 335	164 351	56 169

Datenquelle: Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger
1) WZ 2008

Die Betriebsstruktur dieses Wirtschaftszweiges ist ganz vorherrschend kleinbetrieblich. Das heißt, die Betriebe verfügen nur über wenige Beschäftigte. In der Regel bilden die Inhaber bzw. Geschäftsführer (einer GmbH) und einige wenige Beschäftigte das gesamte Betriebspersonal. Laut Unternehmensregistersystem URS 95 sind in Sachsen etwa je 60 Betriebe der Erschließung von unbebauten Grundstücken sowie Bauträger für Nichtwohngebäude und rund 400 Betriebe Bauträger für Wohngebäude wirtschaftlich aktiv. Da in der **Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger** nur Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen auskunftspflichtig sind, werden hier nur die wenigen größeren Betriebe befragt. 2010 waren das 18 Bauträger für Wohngebäude und ein Betrieb der Erschließung von unbebauten Grundstücken. Sie hatten zusammen 359 tätige Personen und erbrachten im zweiten Quartal 2010 einen Gesamtumsatz von 17,3 Millionen €. Der Vorjahresumsatz lag bei 164 Millionen €. Auf der Basis des URS 95 kann grob geschätzt werden, dass die reichlich 500 Betriebe dieses Wirtschaftszweiges in Sachsen reichlich 1 000 tätige Personen hatten (Stand: 2009) sowie einen Umsatz in der Größenordnung von 500 Millionen € (Stand: 2009). Das heißt, in der Baugewerbestatistik wird dieser Wirtschaftszweig nur bedingt abgebildet. Insbesondere spiegeln die jährlichen Veränderungsraten aus der Statistik nicht die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung wider.

Dr. Andreas Oettel, Referent
Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Branchenreport Baugewerbe in Sachsen 1990 bis 2009. Sonderheft 2/2010, Kamenz 2010.
- [2] Branchenreport Baugewerbe 2010. Tabellenband. Statistischer Bericht E II x – j/2010, Kamenz 2011 (in Vorbereitung).
- [3] Baugewerbe im Freistaat Sachsen (Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe), Juni 2010. Statistischer Bericht E II 2 – j/10, Kamenz 2011.
- [4] Baugewerbe im Freistaat Sachsen (Ergebnisse der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger), 2. Quartal 2010. Statistischer Bericht E III 2 – j/10, Kamenz 2011.

Entwicklung der sächsischen Baupreise 2010

Datengrundlage

Für die repräsentative Primärstatistik der Bauleistungspreise werden vierteljährlich (jeweils zum Stand: Februar, Mai, August, November) die Preise für 189 Bauleistungsarten gemäß der Beschreibung in der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) ermittelt. Auskunftspflichtig sind gegenwärtig ca. 400 sächsische Unternehmen des Baugewerbes. Sie erhalten vom Statistischen Landesamt einen Erhebungsbogen, der eine Grobdefinition der für sie relevanten Bauleistung vorgibt. Diese ist dann durch den jeweiligen Berichtspflichtigen entsprechend seines Leistungsumfanges (verwendete Bauteile, Materialien) zu spezifizieren. Auf dieser Beschreibung basiert die anschließende Preismeldung, die sämtliche Kosten sowohl für das Material als auch den Einbau sowie den kalkulierten Unternehmerlohn beinhaltet. Es handelt sich folglich um Marktpreise ohne Mehrwertsteuer, d. h. Preise, die im Berichtsmonat tatsächlich zu einem Ver-

tragsabschluss geführt haben bzw. hätten. Um unechte Preisänderungen bei der Indexermittlung auszuschließen, müssen Änderungen in den Konditionen entsprechend vermerkt werden.

Baupreisindizes messen die Preisentwicklung für Bauleistungen gleicher Art und Güte. Als Erzeuger-Verkaufspreisindizes spiegeln sie die Preisdynamik für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaus (vgl. Abb. 1) sowie der Instandhaltungsmaßnahmen an Gebäuden wider. Sie geben jedoch keine Auskunft über die tatsächlichen Baukosten. Vielmehr dienen sie der Konjunkturbeobachtung im Hinblick auf die Preisentwicklung im Baugewerbe. Des Weiteren werden Baupreisindizes bei der Schätzung aktueller oder historischer Verkehrs- bzw. Anschaffungs-/ Wiederbeschaffungswerte sowie zur Anpassung vertraglich vereinbarter Zahlungen (Wertsicherungsklauseln) genutzt. Darüber hinaus finden sie Verwendung bei der Deflationierung anderer wirtschaftsstatisti-

scher Größen, z. B. der Auftragseingänge/-bestände im Bauhauptgewerbe.

Wie sich nun diese wichtige Größe des preisstatistischen Systems im vergangenen Jahr entwickelt hat, versucht dieser Beitrag zu analysieren.

Das Jahr 2010 im Überblick

Das zurückliegende Jahr prägten, wie bereits die Jahre zuvor, Preiserhöhungen. Vor allem gestiegene Energie- und Materialkosten (vgl. Abb. 2) wirkten sich negativ auf die Preisbildung aus. So verteuerten sich 2010 in Deutschland, stellvertretend genannt, die Erzeugerpreise für „Kupfer und deren Halbzeug“ um fast 44 Prozent und von „Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen“ um rund elf Prozent. „Strom“ wurde zu vier Prozent höheren Preisen an gewerbliche Kunden abgegeben. Für „Kraftstoffe“ (11,2 Prozent) speziell „Diesel“ zahlte man an sächsischen Tankstellen rund 13 Prozent mehr als noch 2009.

Abb. 1 System der Baupreisindizes

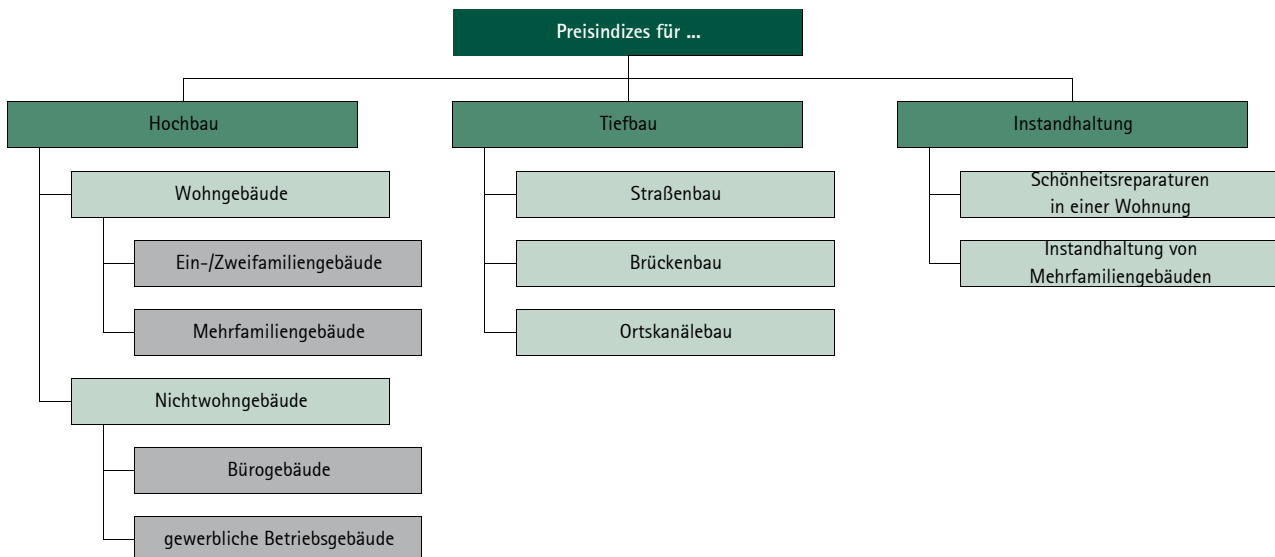
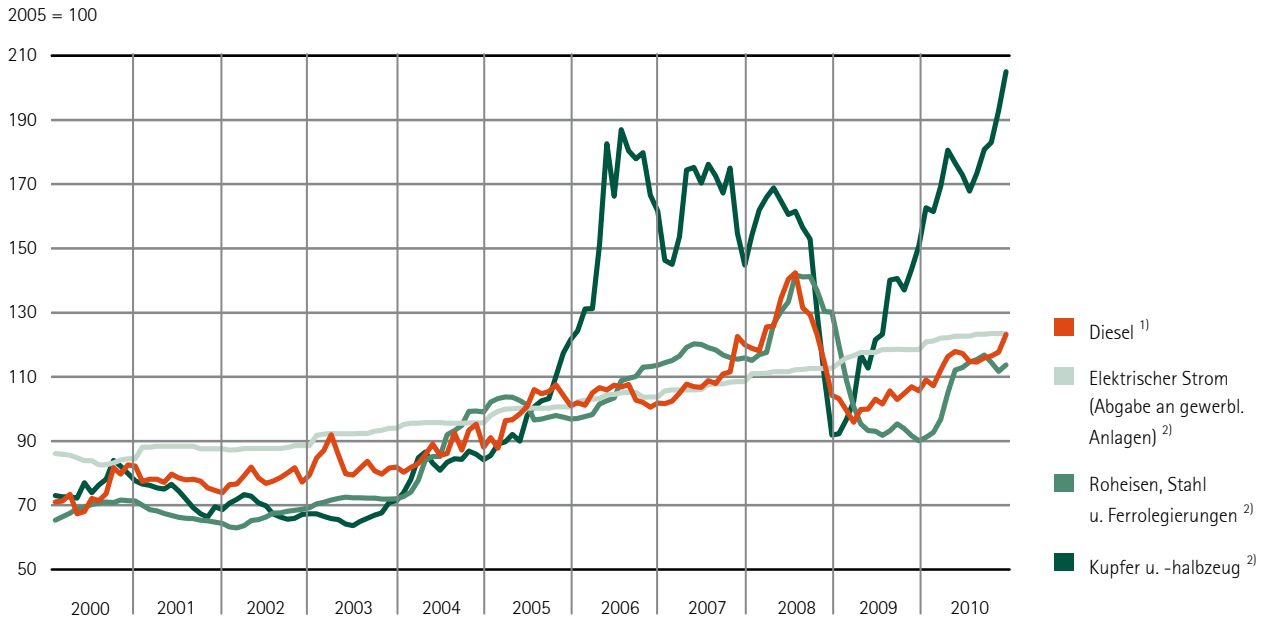


Abb. 2 Ausgewählte Erzeuger- und Verbraucherpreisindizes



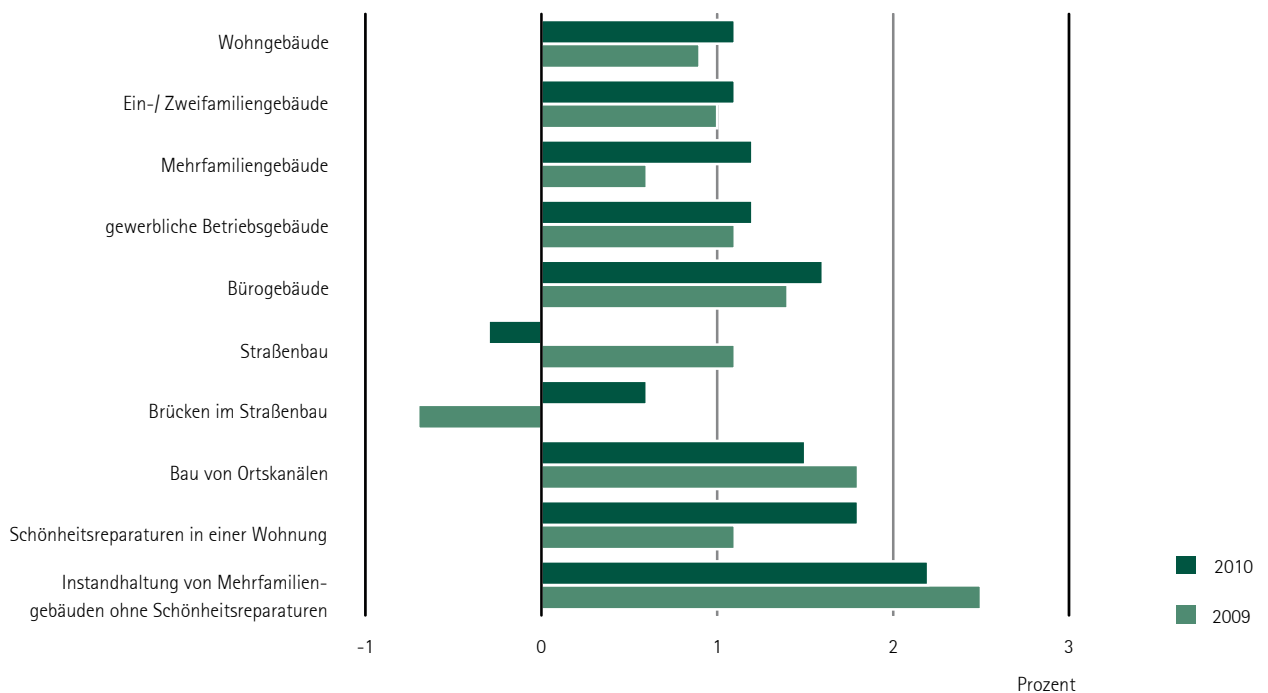
1) Verbraucherpreisindex Sachsen
2) Erzeugerpreisindex Deutschland

In der Konsequenz musste für den Neubau eines „Wohngebäudes“ im Schnitt 1,1 Prozent mehr an finanziellen Mitteln eingeplant werden. Dies entsprach einem Plus von 0,2 Prozentpunkten gegenüber der Teuerung im Jahr 2009 (vgl. Abb. 3). Bei den Nichtwohngebäuden gab es ebenso keine Entspannung. Hier erhöhte sich die Teuerung um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte bei „Büro-“ sowie „gewerblichen Betriebsgebäuden“ auf 1,6 und

1,2 Prozent. Eine Trendwende fand dagegen im Bereich des Tiefbaus statt. „Straßen“ konnten im Schnitt 0,3 Prozent günstiger als noch 2009 in Auftrag gegeben werden. Zudem verlangsamte sich der Preisanstieg bei der Verlegung neuer „Ortskanäle“ von 1,8 Prozent (2009) auf 1,5 Prozent (2010). Im „Brückenbau“ zeigte sich das Gegenteil. Nachdem sich 2009 (-0,7 Prozent) erstmals seit 2001 (-0,5 Prozent) wieder eine für den

Auftraggeber günstige Entwicklung zeigte, kam es im letzten Jahr zu einer 0,6-prozentigen Verteuerung. Hier spiegelte sich der große Einfluss der „Beton-“ (1,2 Prozent) sowie „Gerüstarbeiten“ (2,5 Prozent) wider, die rund die Hälfte der Gewichtung im Index ausmachen. Noch im Vorjahr prägten Preisrückgänge von gut drei bzw. einem Prozent diese beiden Bauleistungen.

Abb. 3 Durchschnittliche Jahresteuering 2009 und 2010 im Vergleich



Tab. 1 Jahresteuerraten 2010 für Wohngebäude

Bauleistung	Wohngebäude insgesamt		Ein-/Zwei-familiengebäude		Mehr-familiengebäude	
	Wägung in Promille	Teuerung in Prozent	Wägung in Promille	Teuerung in Prozent	Wägung in Promille	Teuerung in Prozent
Bauleistungen am Bauwerk	1.000	+1,1	1.000	+1,1	1.000	+1,2
Rohbauarbeiten	461,68	+0,7	465,38	+0,5	446,97	+0,8
Erdarbeiten	36,66	-3,1	35,91	-3,2	39,70	-3,1
Verbauarbeiten	0,41	-1,8	-	-	2,04	-1,8
Entwässerungskanalarbeiten	8,79	+2,2	9,40	+2,0	6,36	+2,9
Mauerarbeiten	117,35	-0,3	126,82	-0,3	79,52	-0,1
Betonarbeiten	140,30	+0,9	126,92	+0,9	193,87	+0,9
Zimmer-/Holzbauarbeiten	63,89	+0,4	70,64	+0,4	36,87	+1,2
Stahlbauarbeiten	4,11	-3,4	1,91	-4,9	12,92	-2,7
Abdichtungsarbeiten	10,12	+2,3	10,78	+2,4	7,47	+2,5
Dachdeckungs-/abdichtungsarbeiten	57,10	+3,0	62,90	+3,1	33,94	+2,8
Klempnerarbeiten	13,09	+3,2	9,80	+2,1	26,20	+4,5
Gerüstarbeiten	9,86	+2,5	10,30	+2,5	8,08	+2,5
Ausbauarbeiten	538,32	+1,6	534,62	+1,6	553,03	+1,6
Naturwerksteinarbeiten	10,73	-0,6	11,10	-0,7	9,23	-0,3
Betonwerksteinarbeiten	0,52	+1,7	-	-	2,61	+1,6
Putz-/Stuckarbeiten	45,21	+2,0	49,59	+2,1	27,69	+2,0
Wärmedämm-Verbundsysteme	25,75	+2,0	24,86	+2,0	29,31	+2,0
Trockenbauarbeiten	31,15	-0,4	28,93	-0,3	40,01	-0,5
Vorgehängte hinterlüftete Fassaden	0,58	-0,4	-	-	2,92	-0,4
Fliesen-/Plattenarbeiten	32,63	+0,1	34,78	+0,1	24,06	-
Estricharbeiten	19,99	-0,1	20,73	-0,1	17,06	-0,1
Tischlerarbeiten	99,19	+1,3	105,04	+1,3	75,80	+1,2
Parkettarbeiten	17,27	-0,6	18,93	-0,6	10,64	-0,6
Rollladenarbeiten	14,47	+0,5	13,63	+0,4	17,85	+0,5
Metallbauarbeiten	37,14	-0,7	31,88	-0,7	58,15	-0,7
Verglasungsarbeiten	0,56	+6,3	0,69	+6,3	0,04	+6,3
Maler-/Lackierarbeiten	16,12	+0,1	14,45	-0,1	22,78	+0,5
Bodenbelagsarbeiten	8,88	+0,8	8,94	+0,8	8,62	+1,0
Tapezierarbeiten	12,62	+0,6	13,17	+0,6	10,40	+0,6
Raumlufttechnische Anlagen	2,38	+2,1	1,79	+2,1	4,73	+2,2
Heiz-/zentr. Wassererwärmungsanlagen	70,01	+3,3	72,23	+3,1	61,12	+4,0
Gas-/Wasser-/Entwässerungsanlagen	48,04	+4,2	44,84	+4,4	60,84	+3,8
Nieder-/Mittelspannungsanlagen	36,20	+3,2	33,98	+3,0	45,08	+3,3
Gebäudeautomation	1,30	+2,9	1,44	+2,9	0,70	+3,0
Blitzschutzanlagen	1,58	+1,6	1,56	+1,6	1,64	+1,6
Dämmarbeiten an technischen Anlagen	2,81	+1,5	2,06	+1,5	5,80	+1,5
Förder-/Aufzugsanlagen, Fahrtreppen	3,19	+2,2	-	-	15,95	+2,2

Wohngebäude

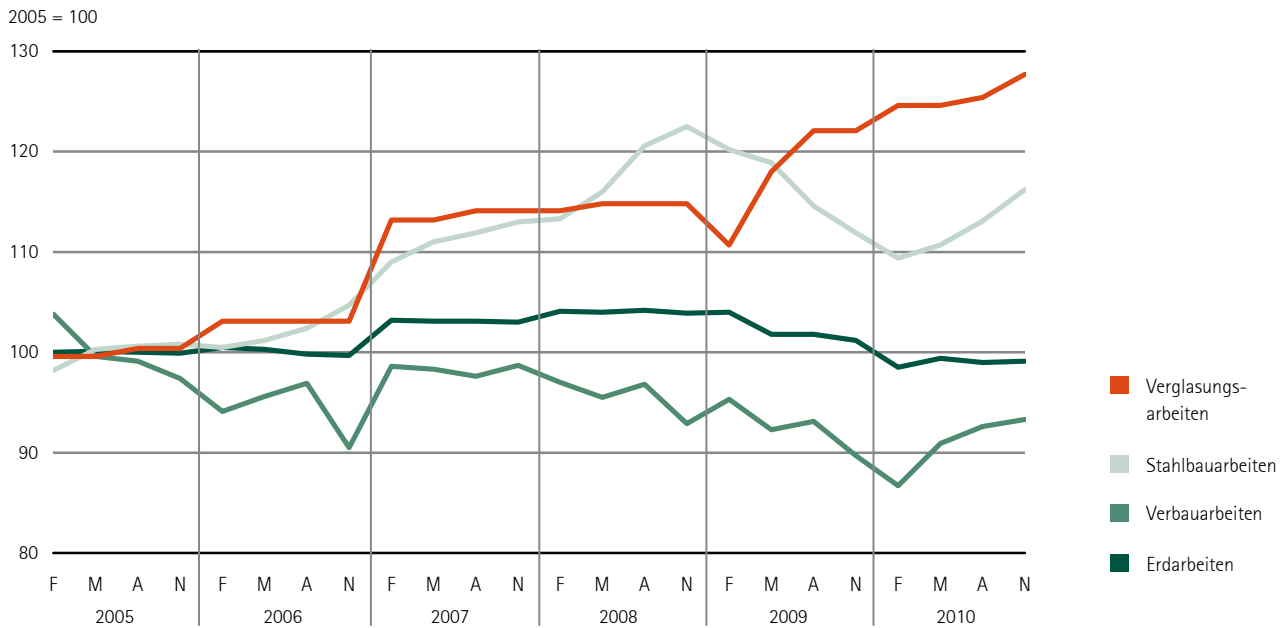
Welche Gewerke sorgten speziell für den rund einprozentigen Preisanstieg bei der Errichtung eines Wohnhauses? Unterschiede zwischen „Ein- und Zweifamilien-“ (1,1 Prozent) sowie „Mehrfamiliengebäuden“ (1,2 Prozent) ließen sich besonders im Bereich der Rohbauarbeiten (0,5 versus 0,8 Prozent) erkennen (siehe Tab. 1).

Die Preise für „Stahlbauarbeiten“ (-4,9 Prozent) gingen bei kleineren Gebäuden

aufgrund der jeweiligen Spezifika stärker zurück als bei Mehrparteienhäusern (-2,7 Prozent). Ähnlich verhielt es sich bei „Zimmer- und Holzbauarbeiten“ sowie „Klempnerarbeiten“, die im Vergleich der Teuerung beider Bauwerksarten eine Differenz von 0,8 bzw. 2,4 Prozentpunkten aufwiesen. Der fast zweiprozentige Rückgang bei „Verbauarbeiten“ kam zudem nur bei „Mehrfamiliengebäuden zum Tragen. Obwohl sich „Ausbauarbeiten“ gebäudeunabhängig im

Jahresschnitt um 1,6 Prozent verteuerten, zeigten sich im Detail sehr wohl Ungleichheiten. „Betonwerksteinarbeiten“, die Anbringung von „vorgehängten hinterlüfteten Fassaden“ sowie der Einbau von „Aufzugsanlagen“ waren beim Bau von „Ein- und Zweifamilienhäusern“ nicht relevant. Diese Arbeiten leisteten jedoch mit einer preislichen Änderung von 1,6 bzw. -0,4 und 2,2 Prozent einen Beitrag zur Teuerungsrate des anderen Gebäudetyps. Deutliche Ab-

Abb. 4 Preisentwicklung bei Bauleistungen (Wohngebäude)



Tab. 2 Jahresteuerung für Bauleistungen an Nichtwohngebäuden (in Prozent)

Bauleistung	2010				
	Feb.	Mai	Aug.	Nov.	Jahresdurchschnitt
Bürogebäude					
Naturwerksteinarbeiten	-0,1	-0,7	-0,7	-0,6	-0,5
Trockenbauarbeiten	-0,5	-0,5	-0,1	-0,2	-0,3
Gussasphaltarbeiten	-1,5	-1,3	-1,3	-1,9	-1,5
Parkettarbeiten	-0,2	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6
gewerbliche Betriebsgebäude					
Naturwerksteinarbeiten	+0,3	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1
Trockenbauarbeiten	-0,7	-0,8	-0,4	-0,4	-0,6
Gussasphaltarbeiten	-1,5	-1,3	-1,3	-1,9	-1,5
Parkettarbeiten	-0,2	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6

Preise gegenüber Februar 2009 beobachten. Nennenswert waren bei:

- „Bürogebäuden“:
 - „Verbauarbeiten“ -9,0 Prozent
 - „Erdarbeiten“ -5,2 Prozent
 - „Stahlbauarbeiten“ -5,0 Prozent
 - „Betonarbeiten“ -2,1 Prozent
- „gewerblichen Betriebsgebäuden“:
 - „Stahlbauarbeiten“ -5,7 Prozent
 - „Erdarbeiten“ -5,2 Prozent
 - „Betonarbeiten“ -1,5 Prozent

Dies wandelte sich jedoch im Laufe des letzten Jahres, so dass die jährlichen Teuerungsraten der Bauleistungen am Rohbau, abgesehen von „Erdarbeiten“, im November alle positive Vorzeichen besaßen. Auf die zuvor genannten Beispiele bezogen:

- „Bürogebäuden“ (2,1 Prozent):
 - „Verbauarbeiten“ 4,0 Prozent
 - „Erdarbeiten“ -2,0 Prozent
 - „Stahlbauarbeiten“ 3,8 Prozent
 - „Betonarbeiten“ 2,2 Prozent
- „gewerblichen Betriebsgebäuden“ (2,6 Prozent):
 - „Stahlbauarbeiten“ 3,8 Prozent
 - „Erdarbeiten“ -2,2 Prozent
 - „Betonarbeiten“ 1,7 Prozent

Insgesamt ergab sich 2010 somit eine Verteuerung der „Rohbauarbeiten“ um 0,9 (Bürogebäude) bzw. 0,5 Prozent (gewerbliche Betriebsgebäude). Die Abweichung zwischen den beiden Veränderungsdaten ergab sich aus

weichungen im Wirkungsgrad des Preisanstiegs existierten bei „Maler- und Lackierarbeiten“ ebenso wie bei der Montage von „Heiz- und zentralen Wassererwärmungsanlagen“ sowie „Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen“.

Bei einer zusammengefassten Betrachtung der Preisentwicklung für „Wohngebäude“ im Allgemeinen erkannte man im Februar noch geringfügig günstigere Konditionen als ein Jahr zuvor. 13 der 35 relevanten Bauleistungen wiesen Preisrückgänge auf. Am Augenscheinlichsten waren diese mit neun Prozent bei „Verbau-“ und „Stahlbauarbeiten“ (Abb. 4). Auch „Erdarbeiten“ (-5,3 Prozent) fielen in diese Gruppe. Im November lagen die Preise am Bau bereits 1,9 Prozent über denen des Vorjahres. Zu diesem Zeitpunkt verzeichneten nur noch

sechs Leistungen rückläufige Preise, darunter weiterhin „Erdarbeiten“ mit gut zwei Prozent. Für die anderen zuvor genannten zahlte man indes rund vier Prozent mehr. Obwohl mit 0,56 Promille der Einfluss von „Verglasungsarbeiten“ im Gesamtindex sehr gering war, verbuchte diese Bauleistung den höchsten Anstieg (6,3 Prozent) von 2009 zu 2010 und leistet somit auch ihren Beitrag.

Nichtwohngebäude

Abbildung 1 veranschaulicht, dass Nichtwohngebäude in der Baupreisstatistik nach „Bürogebäuden“ und „gewerblichen Betriebsgebäuden“ unterschieden werden. Auch hier ließen sich zu Jahresbeginn – vornehmlich im Bereich der „Rohbauarbeiten“ (-1,3 bzw. -1,7 Prozent) – zum Teil noch eindeutig sinkende

Abb. 5 Preisentwicklung bei Bauleistungen (Nichtwohngebäude)

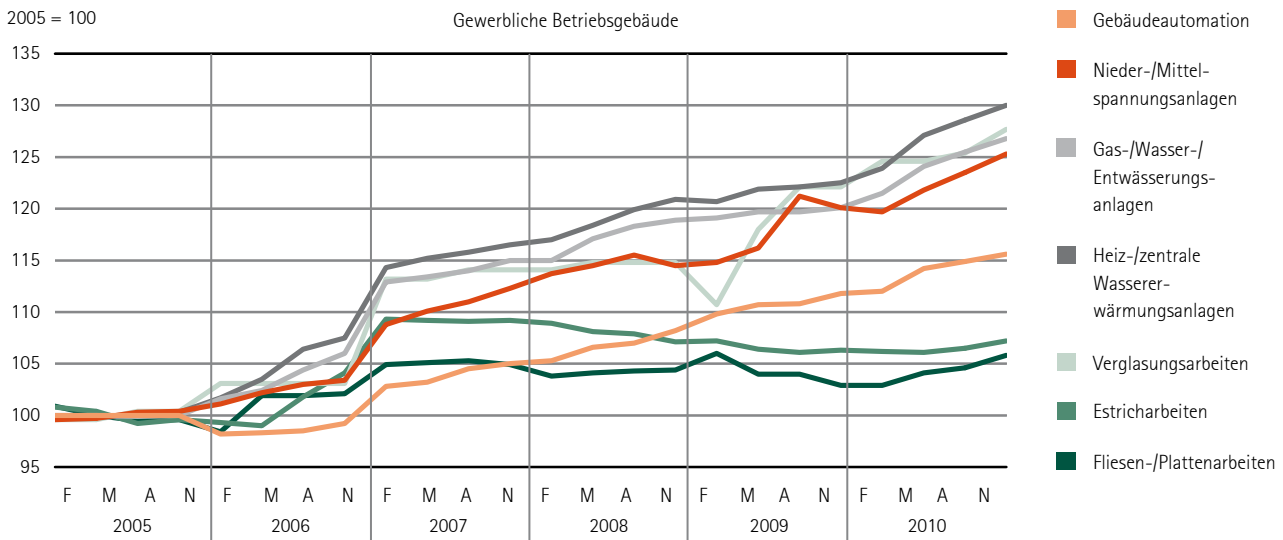
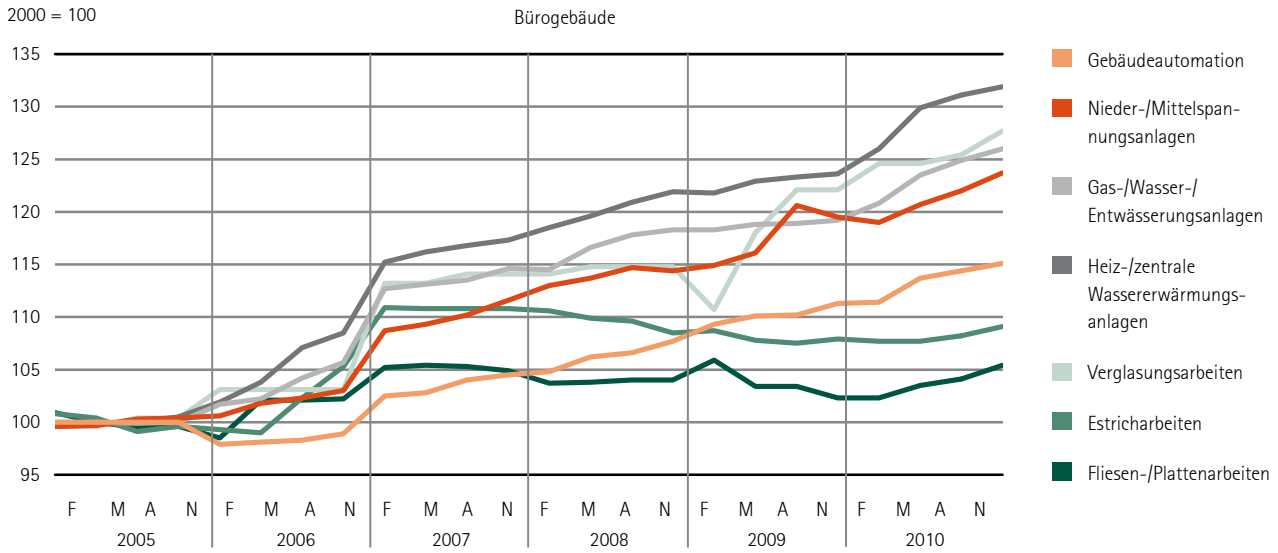


Abb. 6 Preisentwicklung im Tiefbau

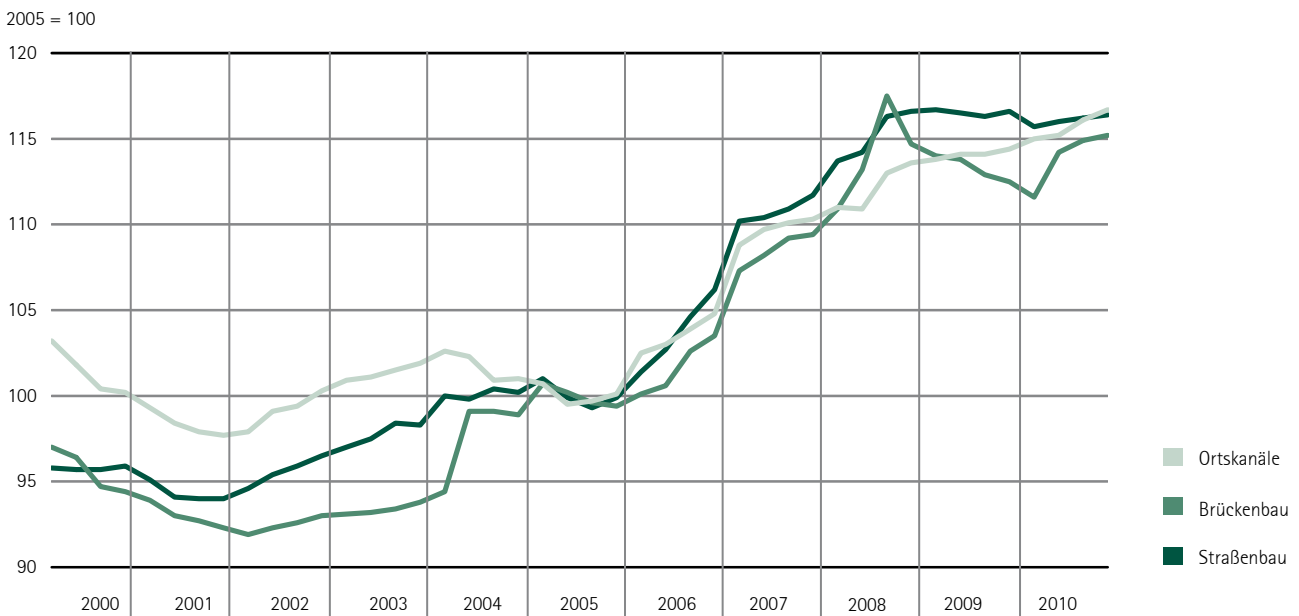
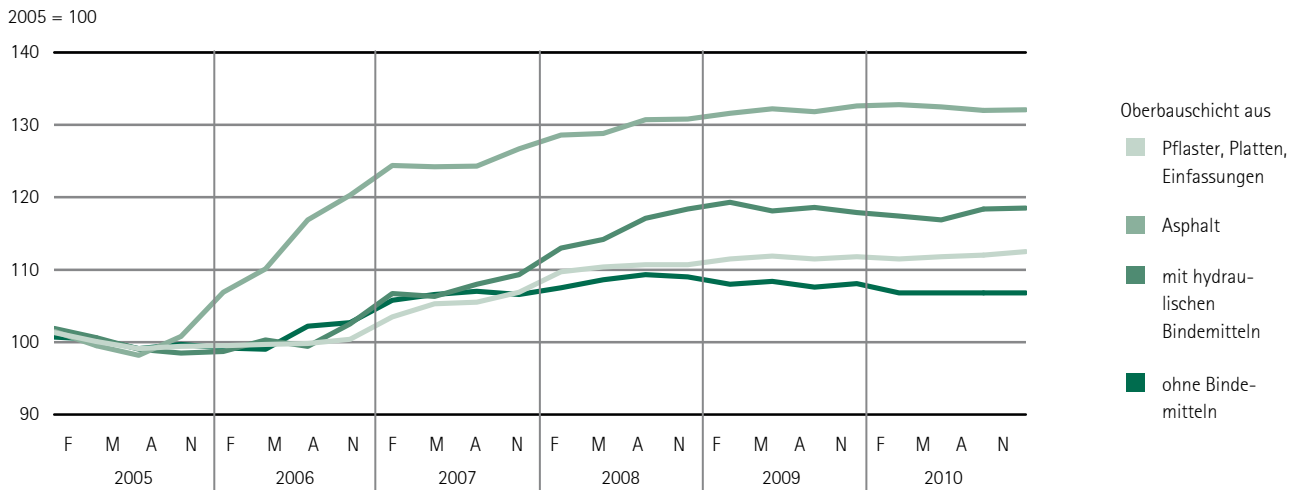
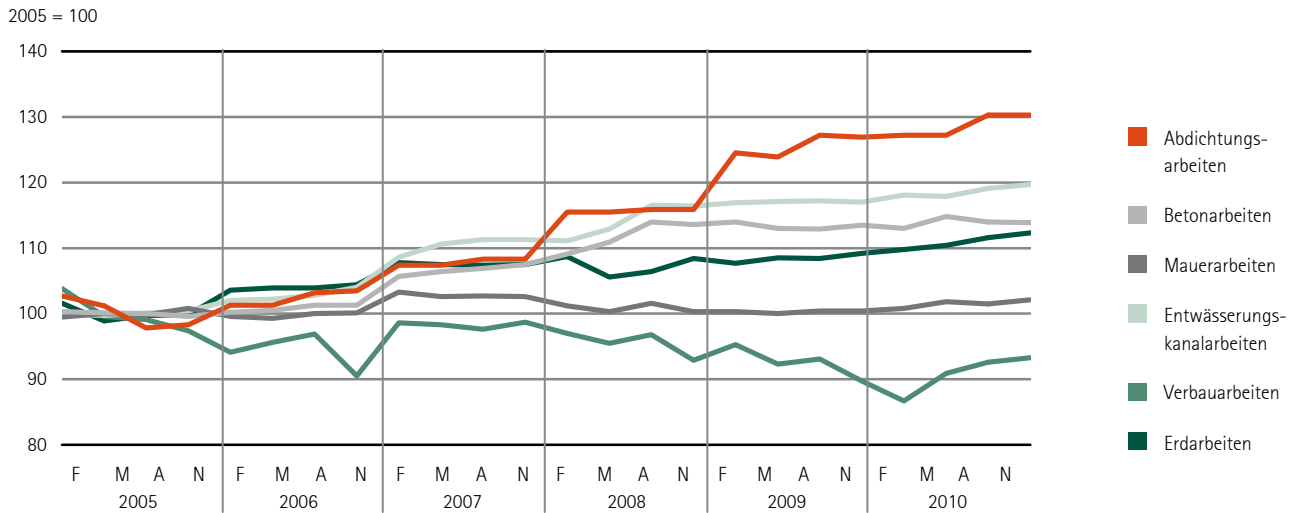


Abb. 7 Preisentwicklung bei Bauleistungen für den Neubau von Ortskanälen



den unterschiedlichen Gewichtungsschwerpunkten. So wirkte sich der im Jahresmittel rund dreiprozentige Rückgang bei „Erdarbeiten“ fast doppelt so stark im Index „gewerbliche Betriebsgebäude“ aus. „Verbauarbeiten“ (-1,8 Prozent) wurden daneben nur für „Bürogebäude“ berücksichtigt. Hauptauschlaggebend dürften jedoch „Stahlbauarbeiten“ (-2,0 Prozent) sein. Sie dämpften den Preisauftrieb bei „gewerblichen Betriebsgebäuden“ infolge der deutlich höheren Gewichtung (60 versus 7 Promille).

Im „Ausbaugewerke“ entwickelten sich die Preise lediglich für vier der 25 befragten Leistungen zum Vorteil der Bauherren. Sie lagen bei „Naturwerkstein-“, „Trockenbau-“, „Gussasphalt-“ und „Parkettarbeiten“ für beide Gebäudearten das gesamte Jahr unter denen von 2009 (vgl. Tab. 2).

Unbeeindruckt von den unterjährigen Schwankungen blieben „Fliesen- und Plattenarbeiten“ (zwischen -3,4 und 3,0 Prozent) in

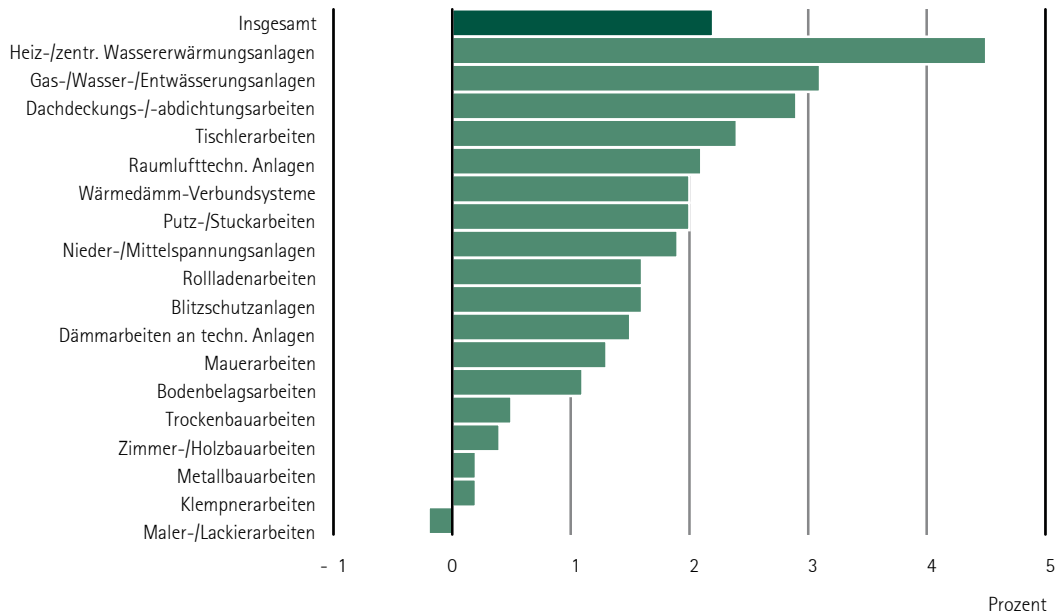
„Bürogebäuden“ sowie „Estricharbeiten“ (von -0,9 bis 0,8 Prozent) bei „gewerblichen Betriebsgebäuden“ im Jahresvergleich preisstabil. Demgegenüber standen jedoch deutliche Preiserhöhungen bei „Verglasungsarbeiten“ (jeweils 6,3 Prozent), Aufträgen für den Bau von Anlagen der „Heiz- und zentralen Wasserverwärmung“ (5,5¹⁾ bzw. 4,6 Prozent) sowie der „Nieder- und Mittelspannung“ (3,1 und 3,8 Prozent) ebenso wie Bauleistungen im Zusammenhang mit der „Gebäudeautomation“ (3,2 und 3,1 Prozent). Abbildung 5 stellt die Zahlen noch einmal grafisch zur besseren Veranschaulichung dar. Somit verteuerte sich der Ausbau eines „Bürogebäudes“ im letzten Jahr um fast zwei, der eines „gewerblichen Betriebsgebäudes“ um gut zwei Prozent. Unter Einbeziehung der Preisentwicklung für „Rohbauarbeiten“ kostete der komplette Neubau folglich 1,6 bzw. 1,2 Prozent mehr als noch 2009.

Tiefbau

Für die öffentliche Hand aus finanzieller Sicht günstig gestalteten sich die Preise für die Errichtung einer neuen „Straße“ (-0,3 Prozent). Erstmals seit fünf Jahren lagen sie wieder unter denen des Vorjahres, obwohl seit Mai 2010 ein leichter Aufwärtstrend zu verzeichnen war (vgl. Abb. 6). Der Indexhöchststand vom Februar 2009 (116,7) wurde jedoch im November 2010 (116,4) nicht mehr erreicht. Auf der Ebene der Bauleistungen wiesen bereits das zweite Jahr in Folge die Rechnungen für „Erdarbeiten“ rückläufige Preise auf. Aufgrund des sehr hohen Wägungsanteils (ein Viertel des Index) überdeckte die 2,5-prozentige Senkung die Teuerungen bei „Abdichtungs-“ (2,5 Prozent), „Landschaftsbau-“ (2,3 Prozent), „Entwässerungskanal-“ (1,9 Prozent) sowie „Maler- und Lackierarbeiten“ (1,8 Prozent). In die Indexbe-

1) Der erste Wert gibt jeweils die durchschnittliche Jahresteuerrate für „Bürogebäude“, der zweite für „gewerbliche Betriebsgebäude“ an.

Abb. 8 Durchschnittliche Jahreststeuerung 2010 für Instandhaltungsmaßnahmen



rechnung gingen diese Positionen lediglich mit rund zehn Prozent ein. Entscheidend für die Kosten einer neuen Straße war zudem die Wahl des Materials der Oberbauschicht:

- In knapp der Hälfte der Fälle verwendet man „Asphalt“ und zahlte im Jahres-schnitt 0,5 Prozent mehr.
- Fast ein Prozent günstiger kam indes, wer sich auf eine Schicht unter „Ausschluss von Bindemitteln“ einigte.
- Auch bei Verwendung von „hydraulischen Bindemitteln“ lagen die Preise noch 0,3 Prozent unter denen von 2009, stiegen jedoch über das Jahr gesehen kontinuierlich um 0,7 Prozent an. Letztendlich überschritten sie im November 2010 (0,3 Prozent) die Preise von vor zwölf Monaten.
- Bei „Pflastern, Platten und Einfassungen“ zeigte der Trend weiter nach oben und wirkte sich 2010 mit einem halben Prozent aus.

Im „Brückenbau“ hatten die Preise im August 2008 ihren bis dahin maximalen Wert erreicht (vgl. Abb. 6). Bis einschließlich Februar 2010 gingen sie um fünf Prozent zurück. In den folgenden neun Monaten erhöhten sie sich wieder um rund drei Prozent und lagen damit im Jahresschnitt 0,6 Prozent über denen von 2009. Entscheidend – in Bezug auf den Umsatzanteil – waren die Entwicklungen bei „Betonarbeiten“ (1,2 Prozent). Mehr finanzielle Mittel mussten zudem für „Entwässerungsanlagen“ (3,5 Prozent), den „Korrosionsschutz“ (3,2 Prozent), „Gerüst-“ (2,5 Prozent) und „Ab-

dichtungsarbeiten“ (2,2 Prozent) eingestellt werden. Inwieweit sich dies durch preisgünstigere „Erd-“ (-2,7 Prozent), „Metallbau-“ (-1,9 Prozent) sowie „Verbauarbeiten“ (-1,8 Prozent) kompensieren ließ, blieb fallspezifisch.

Baufirmen, die im November 2010 einen „Ortskanal“ in Rechnung stellten, verlangten dafür 17 Prozent mehr als noch im Mai 2005. Seit diesem Zeitpunkt ging es auf der Preisseite stetig bergauf – im vergangenen Jahr allein um zwei Prozent. Im Jahresvergleich verteuerten sich „Erd-“ (2,3 Prozent) sowie „Entwässerungskanalarbeiten“ (1,4 Prozent) am markantesten und wirkten somit zusätzlich zu ihrer hohen Gewichtung (80 Prozent) indexbestimmend. Ein durchschnittlich niedrigeres Preisniveau als 2009 zeigte sich indes bei „Verbauarbeiten“ (-1,8 Prozent), obwohl sich auch diese Bauleistung im Laufe der letzten zwölf Monate stetig im Preis erhöhte (vgl. Abb. 7). Für Leistungen aus dem Bereich des Verkehrswegebau, die mit circa 16 Prozent im Index Berücksichtigung fanden, spielte wiederum der verwendete Grundstoff für die Oberbauschicht eine Rolle:

- „ohne Bindemittel“: Sie blieben über 2010 gesehen konstant im Preis, nachdem sie im Februar um ein reichliches Prozent günstiger wurden. Bei dieser Höhe blieb es dann auch im Jahresdurchschnitt.
- „mit hydraulischen Bindemitteln“: Hier gingen die Preise bis zur Jahresmitte um 0,8 Prozent zurück, um anschließend wieder auf den Stand von August 2009 zu steigen (1,4 Prozent). Insgesamt ergab sich 2010 dennoch gegenüber 2009 ein um 0,6 Prozent niedrigeres Preisniveau.

Das Aufbringen von „Asphalt“ war beinahe zu den Konditionen von 2009 (0,2 Prozent) möglich.

- Bei der Verwendung von „Pflastern, Platten und Einfassungen“ betrug die durchschnittliche Jahreststeuerung 0,3 Prozent. Nach relativ stabilen Preisen in 2009 zogen sie jedoch im Laufe des vergangenen Jahres kontinuierlich um ein Prozent an.

Instandhaltung

Der größte Preisschub am Bau gegenüber 2009 zeigte sich 2010 bei „Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden“ (2,2 Prozent). Abgesehen von „Maler- und Lackierarbeiten“ (-0,2 Prozent) musste für alle anderen relevanten Bauleistungen zwischen moderaten 0,2 und 4,5 Prozent mehr gezahlt werden (vgl. Abb. 8).

Für eine Wohnung in Auftrag gegebene „Tapezier-“ (2,6 Prozent) sowie „Maler- und Lackierarbeiten“ (1,3 Prozent) ließen Schönheitsreparaturen im Jahresmittel um 1,8 Prozent im Preis steigen. Ungeachtet dessen gab es jedoch innerhalb des letzten Jahres eine positive Wende. So verbilligten sich die zuerst genannten Leistungen seit August um fast zwei Prozent, die als zweites aufgeführten bereits seit Mai um ein gutes Prozent. Im Schnitt blieben sie jedoch immer noch über denen des Vorjahres.

Franziska Hacker, Dipl. Wirtsch.-Inf., Referentin Preise

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ Sachsens im Jahr 2009

Vorbemerkungen

Im Blickpunkt dieser Betrachtungen zu den Investitionen steht der Teil der sächsischen Wirtschaft, der die Abschnitte B - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden und C - Verarbeitendes Gewerbe der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) umfasst. [1] Die Angaben zu den Investitionen der Industriebetriebe wurden erstmals für das Berichtsjahr 2009 auf der Grundlage der neuen Wirtschaftszweigklassifikation erfragt.

Die mit dem Übergang auf die WZ 2008 einhergehenden Änderungen in der Struktur der Wirtschaftszweigklassifikation sind wesentlich. Das bedeutet, dass auch der Berichtskreis zu den Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe anders abgegrenzt wird. Die für Vergleichszwecke in der Struktur der WZ 2008 ausgewiesenen Ergebnisse für das Jahr 2008 beruhen auf Angaben, die noch nach der alten Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2003) erhoben und weitgehend maschinell auf die neuen Strukturen der WZ 2008 umgesetzt wurden. Sie können, wo eine Umsetzung alter Codes in neue Codes nur bedingt 1:1 möglich war, mit Unschärfen behaftet sein.

Rechtsgrundlagen der jährlich durchgeführten Erhebung sind das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) [2] sowie das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (Prod-GewStatG). [3] In die Befragung einbezogen werden Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen sowie Betriebe der genannten Branchen mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen außerhalb dieses Wirtschaftssektors. [4] Die Ergebnisse der Investitionserhebung liefern wichtige Informationen zur Beurteilung der sich mittel- und langfristig vollziehenden

strukturellen Veränderungen im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens (regional sowie sektoral).

Finanz- und Wirtschaftskrise dämpfte die Investitionstätigkeit der Industrie 2009 spürbar

Im Rahmen der **Investitionserhebung** für das Jahr 2009 wurden sachsenweit 2 228

Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden befragt, davon 1 846 Einbetriebsunternehmen und 382 Mehrbetriebs- bzw. Mehrländerunternehmen. Die Zahl der in Sachsen ansässigen Betriebe belief sich auf 2 768. Hierzu zählen die bereits aufgeführten 1 846 Einbetriebsunternehmen, des Weiteren 267 Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen sowie 655 sächsische Betriebe

Tab. 1 Bruttozugänge an Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Deutschlands und Anteile Sachsens am Bundesergebnis 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

WZ 2008	Abschnitt Abteilung	Bundesgebiet insgesamt ¹⁾	Anteil Sachsens am Bundesergebnis
		Mill. €	%
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	3 072	4,0
11	Getränkeherstellung	792	2,1
13	H. v. Textilien	262	16,8
14	H. v. Bekleidung	97	3,5
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	466	5,0
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	1 109	8,7
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	738	6,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	4 635	8,1
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	1 472	1,6
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	2 005	4,9
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	1 593	7,9
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	2 751	3,8
25	H. v. Metallerzeugnissen	2 982	7,9
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	1 797	15,6
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 274	3,2
28	Maschinenbau	5 352	4,8
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	9 330	3,1
31	H. v. Möbeln	369	3,0
32	H. v. sonst. Waren	786	5,0
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	579	9,5
Insgesamt		46 092	5,5

1) Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.2.1, 2009

von Mehrländerunternehmen. 15,2 Prozent der in die Befragung einbezogenen Betriebe tätigten im Jahr 2009 keine Investitionen. In sächsischen Industriebetrieben wurden im Jahr 2009 Investitionen in einem Wert von rund 2,53 Milliarden € getätigt. Damit flossen 5,5 Prozent der im gesamten Bundesgebiet von der Industrie in Sachanlagen investierten Mittel in sächsische Betriebe. Die Größenordnung der bundesweit in den einzelnen Wirtschaftszweigen getätigten Investitionen [5] sowie der auf Sachsen entfallende Anteil daran wurden in einer Übersicht zusammengefasst dargestellt. (vgl. Tab. 1)

In den sächsischen Industriebetrieben wurde infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar verhaltener investiert als noch im Jahr zuvor. Beliefen sich im Jahr 2008 die Ausgaben für die Anschaffung von Sachanlagen auf rund 3,3 Milliarden €, erreichten sie im Jahr 2009 nur eine Größenordnung von rund 2,5 Milliarden €, gut ein

Fünftel weniger als im Jahr zuvor. Von den 2,53 Milliarden € an Investitionen entfielen 87,4 Prozent auf Maschinen, maschinelle Anlagen sowie auf Güter für die Betriebs- und Geschäftsausstattung, 11,7 Prozent auf bebaute Grundstücke und Bauten und 1,0 Prozent auf Grundstücke ohne Bauten. Während sich bei dieser Anlageart die Anteilserhöhung im Vergleich zum Vorjahr (2008: 0,5 Prozent) auch in einem nominalen Zuwachs der Ausgaben widerspiegelte, ist die Erhöhung der Anteile der Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen (2008: 85,5 Prozent) allein auf die unterschiedlich stark ausgeprägte Zurückhaltung bei investiven Ausgaben in den beiden übrigen Anlagearten zurückzuführen. (vgl. Tab. 2)

Die Investitionsintensität (Bruttozugänge an Sachanlagen je tätiger Person) ging von 13 246 € im Jahr 2008 auf 10 883 € im Jahr 2009 deutlich zurück. Die spürbar verhaltener Investitionstätigkeit bewirkte darüber

hinaus, dass auch die Investitionsquote (Verhältnis der Investitionen zum Gesamtumsatz) im Vergleich zu 2008 um 0,4 Prozentpunkte nachgab. Sie lag im Jahr 2009 bei 5,3 Prozent. (vgl. Tab. 3)

Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen im Jahr 2009 stärkster Investor im Verarbeitenden Gewerbe

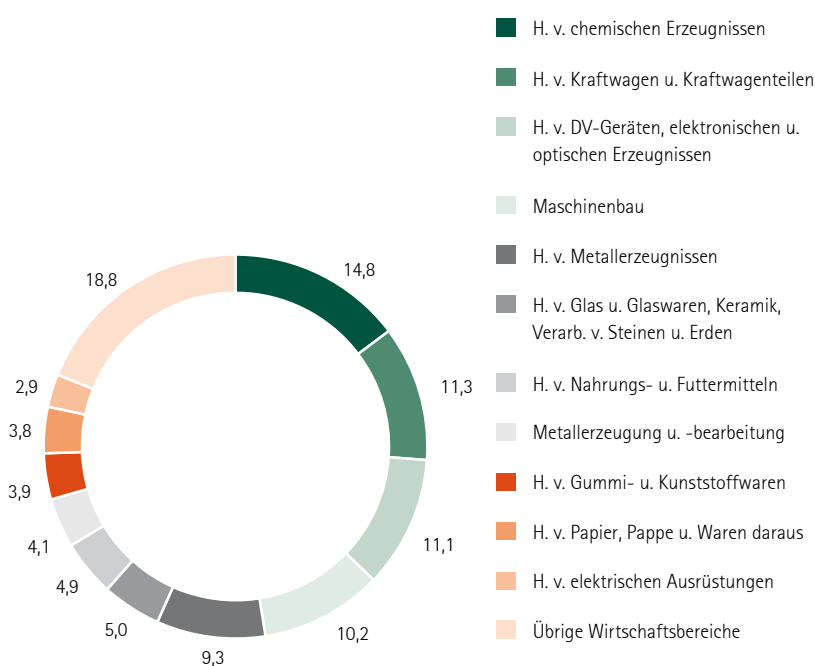
Die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise feststellbare Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit führte beim Branchen-Ranking (gemessen an der Höhe der investiven Ausgaben) gegenüber 2008 zu deutlichen Verschiebungen bei der Platzierung der einzelnen Branchen. Am umfangreichsten investiert wurde 2009 im Bereich der Herstellung chemischer Erzeugnisse. Die Sachanlageinvestitionen der Branche stiegen gegenüber 2008 um 48,7 Prozent auf rund 374 Millionen €, was einem Anteil von fast einem Siebtel der gesamten Investitionen der sächsischen Industrie entspricht. Der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verzeichnete gegenüber dem Vorjahr zwar einen Rückgang bei den investiven Ausgaben um ein Drittel, ist 2009 mit rund 286 Millionen € (Anteil von 11,3 Prozent) dennoch zweitstärkster Investor im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens. In Betrieben des Bereiches Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen wurden rund 280 Millionen € für die Anschaffung von Sachanlagen ausgegeben und damit augenfällig weniger als im Jahr zuvor investiert. Die stark von den Schwankungen der globalen wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusste Branche, die in Sachsen bislang bei dieser Betrachtung den Spitzenplatz inne hatte, musste sich 2009 mit Rang drei begnügen (Anteil: 11,1 Prozent). Der Maschinenbau mit rund 258 Millionen € (Anteil: 10,2 Prozent) sowie der Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen mit rund 234 Millionen € (Anteil: 9,3 Prozent) komplettieren das Spitzenfeld der Branchen mit den monetär höchsten Investitionsausgaben. In diesen fünf Bereichen wurden mehr als die Hälfte (56,6 Prozent) der 2009 in der sächsischen Industrie getätigten Investitionen realisiert. (vgl. Abb. 1)

Die höchste **Investitionsintensität** im Verarbeitenden Gewerbe, gemessen am Umfang der Investitionen je tätiger Person, weist im Jahr 2009 mit 48 244 € der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen aus. Sowohl der Zuwachs bei den investiven Ausgaben gegenüber 2008 (48,7 Prozent) als auch die augenfällig hohe Investitionsquote (Investitionen im Verhältnis zum Umsatz) von 16,2 Prozent zeigen, dass das Investitionsverhalten der von Haus aus anlageintensiven Branche nur marginal durch die kri-

Tab. 2 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2009 nach Anlageart

Anlageart	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Anteil an Sachsen insgesamt
	Mill. €	%	
Bebaute Grundstücke und Bauten	295	-35,2	11,7
Grundstücke ohne Bauten	25	42,6	1,0
Maschinen und maschinelle Anlagen	2 210	-20,9	87,4
Insgesamt	2 530	-22,5	100

Abb. 1 Bruttozugänge an Sachanlagen in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2009 nach Wirtschaftszweigen (Anteil in Prozent)



Tab. 3 Bruttozugänge an Sachanlagen in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Hauptgruppen

WZ 2008	Wirtschaftszweig Hauptgruppe	Bruttozugänge an Sachanlagen			
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	je Beschäftigten	im Verhältnis zum Umsatz
		1 000 €	%	€	%
11	Getränkeherstellung	16 908	-27,6	7 689	1,9
13	H. v. Textilien	44 030	-21,9	5 707	5,6
14	H. v. Bekleidung	3 421	-25,2	1 655	1,7
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	23 134	-66,6	5 633	2,6
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	96 795	5,8	15 734	7,0
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	48 580	-15,2	8 523	7,4
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	374 229	48,7	48 244	16,2
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	126 067	39,5	11 518	7,9
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	103 404	-29,6	11 025	5,6
25	H. v. Metallerzeugnissen	234 150	-36,4	6 701	6,0
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	280 323	.	21 018	8,3
28	Maschinenbau	258 299	- 28,6	7 513	4,6
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	285 675	- 33,8	11 866	2,7
31	H. v. Möbeln	10 899	- 48,6	2 924	2,3
32	H. v. sonst. Waren	39 547	30,0	6 542	7,2
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	54 980	189,7	5 950	4,6
	Insgesamt	2 529 627	- 22,5	10 883	5,3
	davon				
A+EN	Vorleistungsgüter und Energie	1 511 448	- 23,3	15 344	8,9
B	Investitionsgüter	736 134	- 24,4	8 065	3,5
GG	Gebrauchsgüter	16 164	- 52,5	2 753	2,2
VG	Verbrauchsgüter	265 882	- 7,7	7 226	2,8

Tab. 4 Bruttozugänge an Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2009 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Bruttozugänge an Sachanlagen			
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	je Beschäftigten	Anteil an Sachsen insgesamt
	1 000 €	%	€	%
Chemnitz, Stadt	120 776	-5,2	10 193	4,8
Erzgebirgskreis	170 895	-27,9	6 466	6,8
Mittelsachsen	352 412	-8,0	13 870	13,9
Vogtlandkreis	114 546	-14,2	6 473	4,5
Zwickau	239 281	-10,0	9 166	9,5
Direktionsbezirk Chemnitz	997 911	-13,0	9 284	39,4
Dresden, Stadt	332 489	-55,3	13 978	13,1
Bautzen	191 831	-29,6	9 211	7,6
Görlitz	246 324	4,6	16 662	9,7
Meißen	311 329	14,2	17 510	12,3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	120 082	-27,6	9 902	4,7
Direktionsbezirk Dresden	1 202 055	-28,9	13 460	47,5
Leipzig, Stadt	161 861	-27,7	10 910	6,4
Leipzig	77 064	-21,7	7 305	3,0
Nordsachsen	90 737	-14,8	8 845	3,6
Direktionsbezirk Leipzig	329 662	-23,1	9 249	13,0
Sachsen	2 529 627	-22,5	10 883	100

senbedingten wirtschaftlichen Turbulenzen beeinflusst wurde. Den zweiten Platz belegt mit 21 018 € die Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen. Auf Rang drei rangierte sich mit 15 734 € der Bereich Herstellung von Papier, Pappe u. Waren daraus ein. Eine recht verhaltene Investitionsintensität weisen dagegen Bereiche wie Herstellung von Textilien mit 5 705 €, Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel) mit 5 633 € sowie Herstellung von Möbeln mit 2 924 € aus. Die niedrigste Investitionsintensität wurde im Jahr 2009 mit 1 655 € für das Bekleidungs-gewerbe ermittelt. (vgl. Tab. 3)

Die höchste **Investitionsquote** im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2009 hatte, wie bereits zuvor erwähnt, mit 16,2 Prozent der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen. Es folgten die Bereiche Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit 8,3 Prozent sowie Herstellung von Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden mit 7,9 Prozent. Die niedrigsten Investitionsquoten wurde im Jahr 2009 für den Bereich Getränkeherstellung mit 1,9 Prozent sowie für den Bereich Herstellung von Bekleidung mit 1,7 Prozent ermittelt. (vgl. Abb. 2 u. Tab. 3)

Abb. 2 Investitionsquote der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

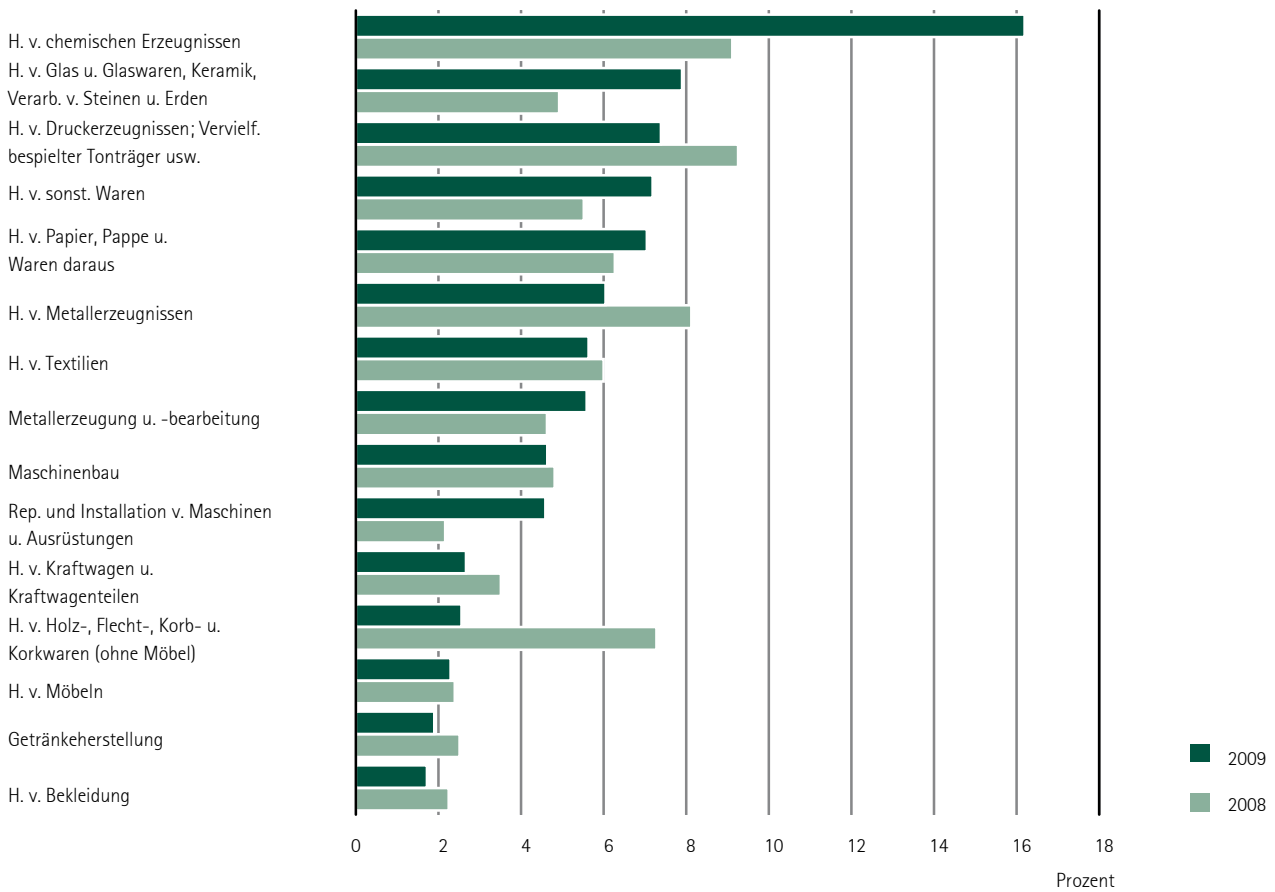
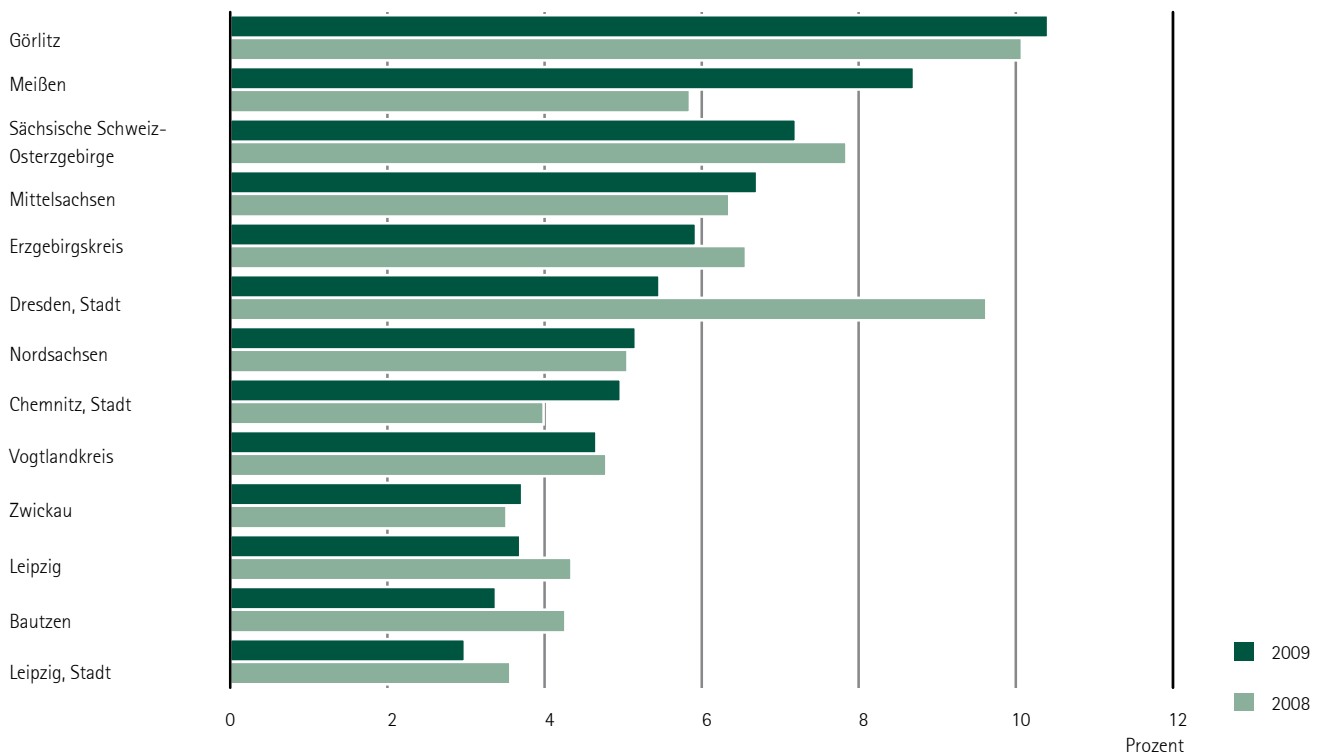


Abb. 3 Investitionsquoten im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens nach Kreisfreien Städten und Landkreisen (Zugang an Bruttosachanlagen im Verhältnis zum Umsatz in Prozent)



Krisenbedingte Turbulenzen auch bei der regionalen Entwicklung der Investitionstätigkeit festzustellen

Die regionale Entwicklung der Investitionstätigkeit in Sachsen weist in Abhängigkeit von der Verteilung der Industriestandorte deutliche Unterschiede auf. Davon abgesehen kann 2009 jedoch auch infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise eine spürbar verhaltene Investitionsbereitschaft festgestellt werden. Im Direktionsbezirk Chemnitz fielen die investiven Ausgaben gegenüber 2008 um 13,0 Prozent niedriger aus. Noch zurückhaltender wurde in Betrieben des Direktionsbezirkes Dresden (-28,9 Prozent) und in den Betrieben des Direktionsbezirkes Leipzig (-23,1 Prozent) investiert.

Monetär annähernd die Hälfte aller im Jahr 2009 getätigten Investitionen (47,5 Prozent), das sind rund 1,2 Milliarden €, entfielen auf den Direktionsbezirk Dresden. Im Direktionsbezirk Chemnitz wurden 39,4 Prozent der Sachanlageinvestitionen getätigt. Rund 330 Millionen € bzw. 13,0 Prozent der Sachanlageinvestitionen wurde in Betrieben des Direktionsbezirkes Leipzig angelegt.

Während in den Landkreisen Görlitz (+4,6 Prozent) und Meißen (+14,2 Prozent) gegenüber 2008 ein Zuwachs bei den investiven Ausgaben notiert werden konnte, wurde in den übrigen Kreisfreien Städten und Landkreisen deutlich verhaltener investiert als noch im Jahr zuvor. Mit gut 352 Millionen € floss der größte Teil der Mittel, das sind 13,9 Prozent der gesamten Investitionen, in Betriebe im Landkreis Mittelsachsen. Ein Anteil von 13,1 Prozent entfiel auf die Betriebe der Stadt Dresden. Mit reichlich 332 Millionen € erreichten die investiven Ausgaben hier jedoch nicht einmal die Hälfte der im Vorjahr registrierten Größenordnung. (vgl. Abb. 3 u. Tab. 4)

Weitere Informationen zur Investitionserhebung 2008 und 2009 enthält der Statistische Bericht E I 6 - j/09, der als PDF-Datei kostenlos über den OnlineShop des Statistischen Landesamtes (www.statistik.sachsen.de) bezogen werden kann. [6]

Jürgen Stelzner, Dipl.-Ing., Referent Produzierendes Gewerbe

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- [2] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249).
- [3] Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550).
- [4] Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz sowie Erläuterungen zum Fragebogen der Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Internes Arbeitsmaterial.
- [5] Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.2.1, 2009 - Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2009
- [6] Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Freistaat Sachsen 2009, Statistischer Bericht, E I 6, Kamenz 2009.

Gesundheitswirtschaft und Wertschöpfungsansatz nach WZ 2008^{*)}

Vorbemerkung

Die Gesundheitswirtschaft bildet den größten deutschen Wirtschaftssektor. Sie wird seit Jahren als boomende Branche mit krisensicheren Arbeitsplätzen wahrgenommen. [1] Die wachsende ökonomische Bedeutung der Gesundheitswirtschaft wird maßgeblich durch den medizinisch-technischen Fortschritt, das gestiegene Gesundheitsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger und die Folgen des demografischen Wandels bestimmt. In der statistischen Gesundheitsberichterstattung werden bislang vorrangig die Kosten und die Finanzierung des Gesundheitswesens beschrieben. Um den Gesundheitsmarkt als integrierten und produktiven Teil der Gesamtwirtschaft statistisch abzubilden, ist es notwendig, zukünftig neben der bisherigen Darstellungsweise auch wertschöpfungs- und arbeitsmarktbezogene Berechnungsmethodiken, insbesondere auf Länderebene, zu etablieren. Grundlage dafür ist eine einheitlich festgelegte Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach der jeweils gültigen Wirtschaftszweigklassifikation der amtlichen Statistik.¹⁾

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder

Die Bildung der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL)“ durch Beschluss der Leiterinnen und Leiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder im November 2009 erfolgte mit dem Ziel, die Arbeiten auf dem Gebiet der Gesundheitswirtschaft zu koordinieren und zu forcieren. Die konstituierende Sitzung dieser Arbeitsgruppe fand im Januar 2010 in Dresden statt. Der Arbeitsgruppe gehören bisher die Statistischen Ämter der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen sowie das Statistische Bundesamt an. Unter dem Vorsitz von Sachsen sind folgende Aufgaben und Ziele der Arbeitsgruppe definiert worden:

- Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen (GGR) sind Rechenwerke, die sich mit ökonomischen Fragestellungen in der Gesundheitswirtschaft beschäftigen. Sie halten Informationen zu Art und Umfang der erbrachten Leistungen sowie zu zukünftigen Entwicklungstendenzen

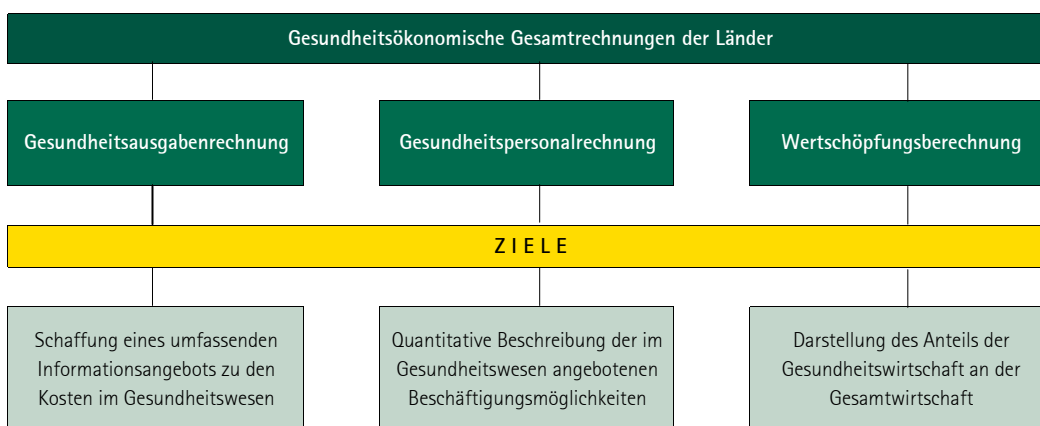
auf dem Gebiet der Gesundheit bereit. Schwerpunkte der Arbeiten der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen bilden die Gesundheitsausgaben- (GAR) und die Gesundheitspersonalrechnung (GPR) sowie die Arbeiten zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft (Wertschöpfungsberechnung; vgl. Abb. 1).

- Um die Komplexität der Gesundheitswirtschaft entsprechend berücksichtigen zu können, werden die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen als Satellitensystem zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entwickelt. Perspektivisch wird auch eine Qualitätsverbesserung einzelner Komponenten der

*) Anmerkung der Redaktion: Die Erstveröffentlichung dieses Aufsatzes erfolgte im Internet und kann unter http://www.ggrdl.de/Vorlage-UGR/Frie_Muno_Speich.pdf abgerufen werden.

1) Die derzeit aktuelle Klassifikation der Wirtschaftszweige; Ausgabe 2008 (WZ 2008) [2] fußt auf der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2), deren Anwendung rechtsverbindlich mit der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 vorgeschrieben ist. Diese Systematik basiert ihrerseits auf der internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC Rev. 4) der Vereinten Nationen.

Abb. 1 Ziele der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen



Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angestrebt.

Durch diese Vorgehensweise werden vergleichbare, mit anderen amtlichen Gesamtrechnungen abgestimmte Informationen zur Gesundheitswirtschaft ermöglicht. Dazu zählen beispielsweise die Gesundheitspersonal- und Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes sowie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Erwerbstätigenrechnung auf Bundes- und Länderebene.

Definition der Gesundheitswirtschaft

Die Definition und die statistische Abbildung der Gesundheitswirtschaft als Querschnittsbereich der Wirtschaft sind noch relativ neu. Dabei werden häufig die Begriffe Gesundheitswirtschaft und Gesundheitsbranche synonym verwendet. Anfang bis Mitte der 1990er Jahre begannen die ersten Untersuchungen zu diesem Themenfeld.

Gesundheitswirtschaft bildet den Oberbegriff für alle Wirtschaftszweige, die mit Gesundheitsleistungen in Verbindung stehen. Die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach der Wirtschaftszweigklassifikation wird von der jeweils gewählten Definition des Gesundheitsbegriffs bestimmt. Da diese Definitionen unterschiedlich weit gefasst sind, ist eine trennscharfe Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft schwierig.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert die Gesundheitsleistungen als „Aktivitäten oder Güter, die von Einrichtungen oder Individuen durchgeführt oder bereitgestellt werden, und die dabei medizinisches, hilfsmittelmedizinisches oder pflegerisches Wissen oder die dafür erforderlichen Technologien verwenden“. [3] Voraussetzung ist, dass damit eines der folgenden Ziele angestrebt wird:

- „Gesundheit fördern und Krankheit verhindern
- Krankheiten heilen und vorzeitige Mortalität reduzieren
- Personen versorgen, die chronische Krankheiten haben und pflegerische Hilfe benötigen
- Personen versorgen, die gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Behinderungen haben und pflegerische Hilfe benötigen
- Patienten einen würdevollen Tod ermöglichen
- Öffentlichen Gesundheitsschutz oder öffent-

entliche Gesundheitsprogramme für die Bevölkerung bereitstellen und verwalten

- Zugang zu Versicherungssystemen (gesetzlich oder privat organisiert) schaffen, welche die Bevölkerung vor den finanziellen Folgen von Krankheit schützen; der Aufbau solcher Systeme, deren Verwaltung und Kontrolle sind Teil der Gesundheitsleistungen.“ [4]

Nach dieser Definition werden auf gesamtdeutscher Ebene die Gesundheitsausgaben nach Leistungen und Gütern mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege sowie Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammengefasst. Im Jahre 2005 wurde in Deutschland im Rahmen der „1. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft“ speziell der Begriff **„Gesundheitswirtschaft“** definiert: „Die Gesundheitswirtschaft umfasst demnach die Erstellung und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen, die der Bewahrung und Wiederherstellung der Gesundheit dienen“ (*Definition der 1. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft 2005*). [5]

Die Weltgesundheitsorganisation hat eine noch weitergehende Definition geprägt. Sie bekräftigte 2006 ihre bereits 1946 beschriebene „Gesundheit“ als einen „Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen“. [6]

„Diese Definition ist weiterhin angemessen für eine zeitgemäße globale gesundheitspolitische Agenda, die die gleichen Prinzipien erneut bekräftigt, sie aber an die Arbeit für Gesundheit in dem kommenden Jahrzehnt anpasst und dabei Antworten auf neue Fragen, neue Herausforderungen und neue Verantwortlichkeiten gibt.“ [7] Dabei ist von zentraler Bedeutung für das „heutige mehrdimensionale Verständnis von Gesundheit die Erkenntnis, dass Gesundheitsprobleme und Gesundheitsmaßnahmen weit über die medizinische Versorgung hinausreichen. Gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und institutionelle Vorkehrungen im weiteren Sinne bestimmen die gesundheitlichen Chancen und Ergebnisse und die Verteilung von Gesundheit – und von Anfälligkeit für Erkrankungen – auf verschiedene Gruppen der Gesellschaft“ (*Weltgesundheitsorganisation 2006*). [8]

Anhand dieser Definitionen wird deutlich, wie weit der Begriff Gesundheitswirtschaft heute gefasst wird. Damit ist das klassische Gesundheitswesen mit den medizinischen und pflegerischen Leistungen, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, lediglich als Kernbereich der gesamten Gesundheitswirt-

schaft zu verstehen (vgl. Abb. 2). [9] Um diesen Schwerpunkt gruppieren sich zahlreiche wirtschaftliche Akteure aus dem produzierenden Gewerbe, dem Handel sowie aus dem Dienstleistungsbereich, die im engeren bzw. weiteren Sinne mit der Gesundheit verbunden sind. Für das wirtschaftliche Wachstum der Gesundheitswirtschaft sind diese Akteure maßgeblich verantwortlich. Sie erbringen zum einen, entsprechend den Bedürfnissen für medizinische und pflegerische Leistungen, Waren und Dienstleistungen für den ersten Gesundheitsmarkt. Zum anderen entwickelt sich darüber hinaus ein so genannter zweiter Gesundheitsmarkt, der die Bevölkerung – besonders jetzt auch die alternde Bevölkerung – mit Produkten, Hilfeleistungen und Diensten versorgt, die der Gesundheitsvorsorge dienen. In der Regel handelt es sich hier um Dienstleistungen und Produkte, die privat getragen werden.²⁾ Dazu gehören unter anderem der Wellnessbereich, der Gesundheitstourismus sowie Waren und Dienste unter dem Stichwort „gesunde Ernährung“.

Zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft umfasst die bestehende Gesundheitsberichterstattung des Bundes drei Rechen-systeme, die Gesundheitsausgabenrechnung (GAR), die Krankheitskostenrechnung (KKR) und die Gesundheitspersonalrechnung (GPR). Diesen Rechenwerken des Statistischen Bundesamtes liegt eine, abgesehen von geringfügigen Abweichungen, deckungsgleiche nationale Klassifikation der Gliederung der Einrichtungen des Gesundheitswesens zugrunde. Diese nationale Klassifikation ist mit der Klassifikation der Einrichtungen ICHA-HP (International Classification of Health Accounts – Health Provider) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) harmonisiert. Zudem besteht hier ein Anknüpfungspunkt zur Klassifikation der Wirtschaftszweige. Die Gliederung nach Ausgabenträgern ist grundsätzlich mit der Klassifikation der Financier ICHA-HF (International Classification of Health Accounts – Health Financing) der OECD kompatibel. [10] Der Gliederung der Berufe des Gesundheitswesens liegt ebenso eine entsprechende Klassifikation des Statistischen Bundesamtes zugrunde. Diese nationale Klassifikation ist weitgehend mit der ISCO-88 Klassifikation (International Standard Classification of Occupations) der Internationalen

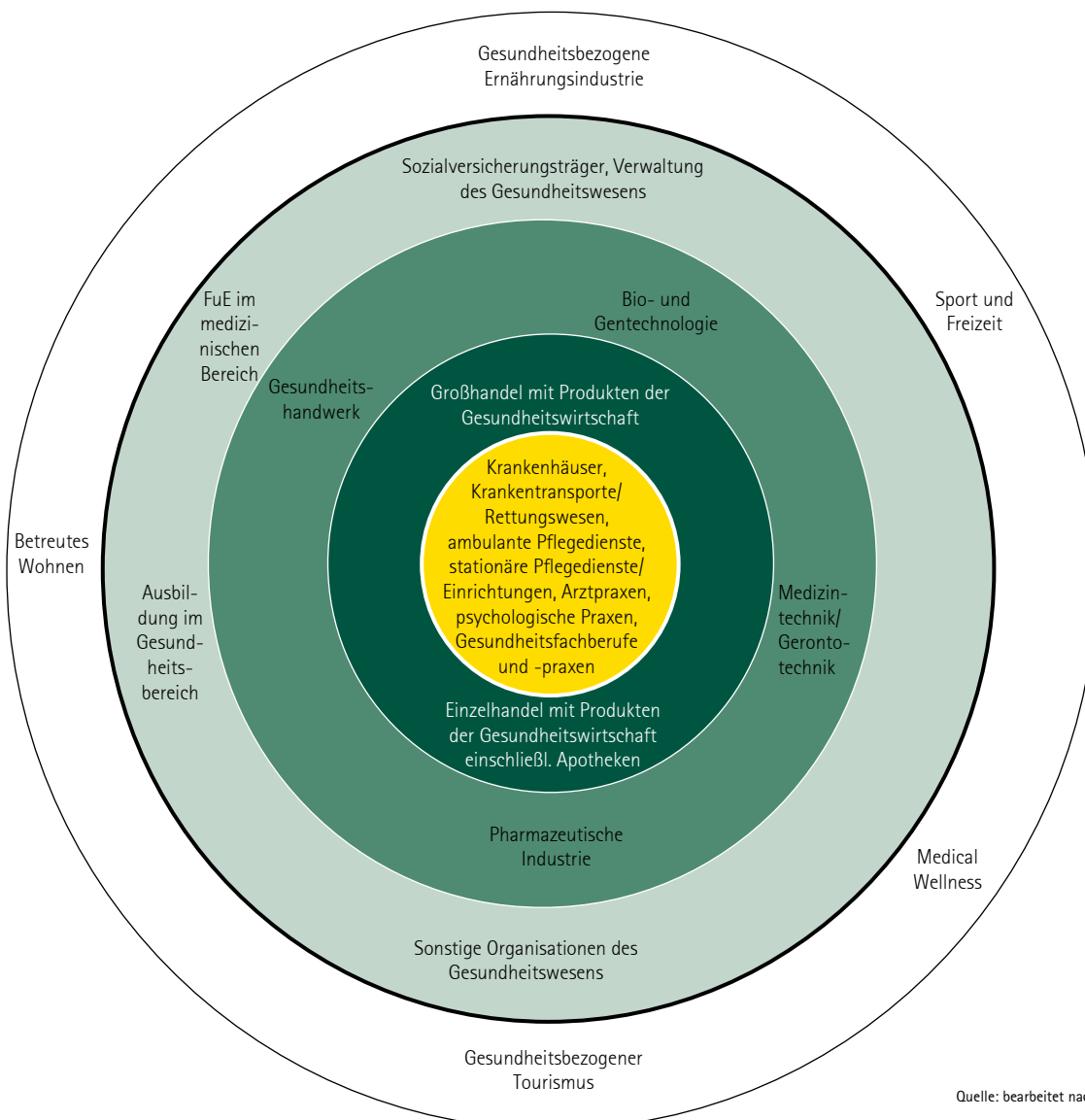
2) Der Begriff „Zweiter Gesundheitsmarkt“ bezieht sich auf die Bereitstellung von Dienstleistungen und Gütern der Gesundheitswirtschaft, wird jedoch nicht einheitlich abgegrenzt. Eine Abgrenzung ist denkbar über die Finanzierung, die Art der erbrachten Güter und Dienstleistungen oder über die Klassifikation der Wirtschaftszweige, denen die wirtschaftlichen Akteure, die diese Güter bzw. Dienstleistungen bereitstellen, zugeordnet werden. Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ wird sich dieses Themas im Detail noch annehmen.

Arbeitsorganisation (ILO) harmonisiert. [11] In der Gesundheitspersonalrechnung werden die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich erfasst, die primär mit der Sicherung, der Vorbeugung oder der Wiederherstellung von Gesundheit befasst sind, unabhängig davon, welchen Beruf sie ausüben. Unberücksichtigt bleiben somit jene Beschäftigten, die die Gesundheit im weiteren Sinne fördern. Dies sind zum Beispiel Beschäftigte in Altenwohnheimen, wo die Bewältigung oder Linderung von Gesundheitsproblemen nicht vorrangiges Ziel der Beschäftigung ist. Unter Beschäftigten werden Beschäftigungsfälle verstanden, d. h. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden mehrfach gezählt. Zu den Beschäftigten zählen Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte, Arbeiter, Auszubildende, Zivildienstleistende sowie Praktikanten. Nicht

zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen gezählt werden ehrenamtlich Tätige sowie Beschäftigte, die als Beauftragte aus anderen Wirtschaftsbereichen (z. B. Reinigungskräfte) in der Gesundheitswirtschaft arbeiten. [12] Obwohl die Gesundheitsausgabenrechnung funktional abgegrenzt wird und die Gesundheitspersonalrechnung die Abgrenzung in erster Linie über die Einrichtungen trifft, können beiden Rechensystemen einzelne Wirtschaftszweige (WZ) zugeordnet werden. Diese sind mit Ausnahme der Vorleistungsindustrien und dem Großhandel bis auf einige Abweichungen identisch. So ist z. B. der „Betrieb von Taxis und Mietwagen mit Fahrer“ (WZ 60.22.0 der WZ 2003) für die Gesundheitsausgabenrechnung relevant, da Taxifahrten unter gewissen Umständen von den Krankenkassen erstattet werden. In dieser WZ-Unterklasse gibt es hingegen keinen für die Gesundheitspersonalrechnung

relevanten Gesundheitsberuf. Des Weiteren gibt es in beiden Rechensystemen noch die „Sonstigen Wirtschaftszweige“, die als Sammelposition dienen und zu denen es keine explizit zuordenbaren Informationen gibt. Von den Kassen finanzierte Präventionsmaßnahmen am Arbeitsplatz können in einer Vielzahl von Wirtschaftszweigen erbracht werden. Sie rechnen zu den Gesundheitsausgaben. Ein ähnliches Problem tritt bei der Zuordnung von Betriebsärzten in der Gesundheitspersonalrechnung auf. Ferner existiert auf gesamtdeutscher Ebene seit kurzem ein so genanntes Gesundheitsatellitenkonto, dessen Erarbeitung im Rahmen eines Forschungsprojektes durch ein Konsortium verschiedener Wissenschaftler im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erfolgte. Das Satellitenkonto baut auf der bestehenden Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen

Abb. 2 Gesundheitswirtschaft (Schichtenmodell)



Bundesamtes auf und ermöglicht zugleich, die Wertschöpfung der verschiedenen Bereiche der Gesundheitswirtschaft differenziert darzustellen. Die breite Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft erfolgt hier nach einem Stufenmodell, wobei sowohl Finanzierungsaspekte als auch die Güterseite betrachtet werden. [13]

Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft gemäß Wirtschaftszweigklassifikation

Die Gesundheitswirtschaft ist aus statistischer Sicht ein Querschnittsbereich. Dem entgegen ist die Wirtschaftszweigklassifikation der amtlichen Statistik tätigkeitsbezogen gegliedert. [14] Es wird nicht unterschieden, für wen die einzelnen Güter und Dienstleistungen bestimmt sind. Innerhalb der Klassifikation der Wirtschaftszweige gibt es somit keinen Bereich, der alle Güter und Dienstleistungen der Gesundheitswirtschaft erfasst. Die Gesundheitswirtschaft setzt sich somit aus verschiedenen Unterklassen (WZ-5-Steller) oder Teilbereichen der einzelnen Klassifikationen zusammen, wobei Änderungen der Klassifikation der Wirtschaftszweige stets eine Überprüfung der konkreten Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft erfordern.

Das Gesundheitswesen bildet den Kernbereich der Gesundheitswirtschaft (vgl. Abb. 2). Dazu gehören die stationäre und die ambulante Gesundheitsversorgung, d. h. Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Pflegeeinrichtungen, aber auch alle niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte. Um diesen Kern gruppieren sich zahlreiche wirtschaftliche Akteure aus dem Produzierenden Gewerbe, dem Handel sowie aus dem Dienstleistungsbereich, die im engeren bzw. weiteren Sinne mit dem Thema „Gesundheit“ verbunden sind. Der „gesundheitsbezogene Handel“ umfasst beispielsweise den Groß- und Einzelhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen sowie alle Apotheken. Aus dem Produzierenden Gewerbe werden die pharmazeutische Industrie, die Medizintechnik und die Bio- und Gentechnik, aber auch das Gesundheitshandwerk hinzugerechnet. Weitere Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft sind die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen (einschließlich der Pflegeversicherungen), Teile der Renten- und der Unfallversicherung, die gesamte öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens sowie Private Organisationen ohne Erwerbszweck des Gesundheitswesens und die medizinische Forschung und Entwicklung. [15]

Je nach zugrunde gelegter Definition der Gesundheitswirtschaft können noch weitere

Bereiche mit gesundheitlichen Bezügen, wie z. B. die Freizeit- und Tourismusbranche, Teile der Ernährungsindustrie oder der Wellnessbereich zur Gesundheitswirtschaft hinzugerechnet werden.

Es ist zu berücksichtigen, dass in bestimmten Wirtschaftszweigen nur wenige der dort produzierten Güter und Dienstleistungen gesundheitsrelevant sind. Auch wird bei statistischen Erhebungen grundsätzlich nicht zwischen gesundheitsrelevanten und nicht gesundheitsrelevanten Produkten bzw. Produktionsanteilen unterschieden. Insgesamt werden Leistungen für die Gesundheitswirtschaft von Wirtschaftseinheiten mit sehr unterschiedlichem wirtschaftlichen Schwerpunkt erbracht. Als Beispiele seien hier das Baugewerbe und der Großhandel genannt, die für den Bau und die Erhaltung der Kranken- und Pflegeeinrichtungen sowie für deren Versorgung mit Nahrungsmitteln stehen. Zudem profitiert die medizinische Produktforschung häufig von Innovationen aus vollkommen anderen wirtschaftlichen Bereichen, die so statistisch nicht erfasst werden können. Hier wird die Schwierigkeit der wirtschaftszweigsystematischen Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft deutlich.

Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach WZ 2003

Eine Abbildung der Gesundheitswirtschaft auf Bundesebene wurde im Rahmen einer Dissertation an der Technischen Universität Darmstadt (Ostwald) [16] in Anlehnung an das Zwiebelmodell des Instituts für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen (IAT) erstellt. [17] Diese Abgrenzung orientiert sich an der Definition der OECD, beinhaltet zusätzlich allerdings noch typische Vorleistungsindustrien. Die Abgrenzung bezieht sich auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). [18] Sie ist jedoch mit derjenigen der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes nicht deckungsgleich. So wird in der Einteilung nach Ostwald besonders der Pflegebegriff weiter gefasst als in der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, indem insbesondere Dienstleistungen in Altenheimen und Altenwohnheimen zur Gesundheitswirtschaft hinzugerechnet werden³⁾ (vgl. Tab. 1).

Die Wirtschaftsbereiche Gesundheitswesen (WZ 85.1) und Sozialwesen (WZ 85.3) bilden sowohl nach Ostwald als auch in der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes den Kern der Gesundheitswirtschaft. Einzelne Abweichungen ergeben sich lediglich im Sozialwesen. Die gewählte Abgrenzung der Gesundheitspersonalrechnung legt den Pflegebegriff sehr eng aus. „Altenwohnheime“ (WZ 85.31.3), „Altenheime“ (WZ 85.31.4) und

„Wohnheime für Behinderte“ (WZ 85.31.8) werden nicht mit einbezogen.

Aus dem WZ-Abschnitt G „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ werden Teile der WZ-Abteilungen 51 „Handelsvermittlung und Großhandel“ sowie 52 „Einzelhandel; Reparatur von Gebrauchsgütern“ der Gesundheitswirtschaft zugeordnet. In der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes werden hier außerdem sehr geringe Anteile des Einzelhandels mit Drogerieartikeln hinzugeschätzt. Aus dem Verarbeitenden Gewerbe (WZ-Abschnitt D) sind die für die Gesundheitswirtschaft relevanten Bereiche Teile der WZ-Abteilungen 24 „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“, 33 „Medizin, Mess- Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren“ und 35 „Sonstiger Fahrzeugbau“. Auch hier unterscheiden sich die Branchenabgrenzungen geringfügig. In der Abgrenzung der Gesundheitspersonalrechnung werden aus der Abteilung 24 lediglich die Bereiche „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ (WZ 24.4) mit den Klassen „Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen“ (WZ 24.41.0) und „Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen“ (WZ 24.42.0) einbezogen. Dagegen enthält das Schichtenmodell nach Ostwald auch noch die „Herstellung von chemischen Grundstoffen“ (WZ 24.1). Ferner wird in der Gesundheitspersonalrechnung die „Herstellung von Behindertenfahrzeugen“ (WZ 35.43.0) nicht mit eingerechnet.

Unter der Rubrik „Weitere Einrichtungen“ sind die gesundheitsrelevanten Unterklassen aus den WZ-Abteilungen „Versicherungsgewerbe“ (WZ 66), „Forschung und Entwicklung“ (WZ 73), „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ (WZ 75) und „Interessenvertretungen, kirchliche und sonstige Vereinigungen“ (WZ 91) subsumiert. Abweichungen entstehen durch die unterschiedliche Behandlung der Wirtschaftsunterklasse „Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Sozialwesen“ (WZ 75.12.3). [19]

Mit der rechtsverbindlichen Einführung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Aus-

3) Bei einem Vergleich mit der Gesundheitspersonalrechnung ist methodisch zu berücksichtigen, dass aufgrund von Zuordnungs- und Abgrenzungsschwierigkeiten die Berechnung der Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen weder über die Wirtschaftszweigsystematik noch über die Gliederung der Berufe des Gesundheitswesens erfolgt, sondern über die Abgrenzung und Definition der Einrichtungen geschieht. Die Gliederung der Einrichtungen des Gesundheitswesens erfolgt entsprechend der Systematik der Gesundheitsausgaben- und Krankheitskostenrechnung. Daher können bei der Übertragung von Einrichtungen auf Wirtschaftszweige kleinere systematische Unschärfen auftreten. Dies ist bei der Interpretation zu berücksichtigen. Dabei ist der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ bewusst, dass es immer wieder Argumente für oder gegen eine gewählte Abgrenzung geben kann.

Tab. 1 Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach WZ 2003¹⁾

WZ-Code	Bezeichnung laut Wirtschaftsklassifikation
24.1	Herstellung von chemischen Grundstoffen
24.41.0	Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen
24.42.0	Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen
33.10.1	Herstellung von elektromedizinischen Geräten und Instrumenten
33.10.2	Herstellung von medizintechnischen Geräten
33.10.3	Herstellung von orthopädischen Erzeugnissen
33.10.4	Zahn technische Laboratorien
33.40.1	Herstellung von augenoptischen Erzeugnissen
35.43.0	Herstellung von Behindertenfahrzeugen
51.18.5	Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
51.46.1	Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
51.46.2	Großhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf
51.46.3	Großhandel mit Dentalbedarf
52.31.0	Apotheken
52.32.0	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
52.49.3	Augenoptiker
66.03.1	Krankenversicherungen
73.10.4	Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin
75.12.3	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Sozialwesen
75.12.4	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Gesundheitswesen
75.30.1	Gesetzliche Rentenversicherungen (ohne knappschaftliche Rentenversicherung und Altershilfe für Landwirte)
75.30.2	Knappschaftliche Rentenversicherung
75.30.5	Gesetzliche Krankenversicherungen (ohne knappschaftliche Krankenversicherung)
75.30.6	Knappschaftliche Krankenversicherung
75.30.7	Gesetzliche Unfallversicherungen
85.11.1	Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)
85.11.2	Hochschulkliniken
85.11.3	Vorsorge- und Rehabilitationskliniken
85.12.1	Arztpraxen für Allgemeinmedizin, Praxen von praktischen Ärztinnen und Ärzten
85.12.2	Facharztpraxen
85.13.0	Zahnarztpraxen
85.14.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten
85.14.2	Massagepraxen, Praxen von medizinischen Bademeisterinnen und Bademeistern, Krankengymnastikpraxen, Praxen von Hebammen und Entbindungspflegern sowie von verwandten Berufen
85.14.3	Heilpraktikerpraxen
85.14.4	Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen
85.14.5	Krankentransport- und Rettungsdienste
85.14.6	Sonstige Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens
85.31.3	Altenwohnheime
85.31.4	Altenheime
85.31.5	Altenpflegeheime
85.31.6	Heime für werdende Mütter sowie Mütter und Väter mit Kind
85.31.7	Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter
85.31.8	Wohnheime für Behinderte
85.31.9	Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)
85.32.6	Ambulante soziale Dienste
91.33.2	Organisationen des Gesundheitswesens

1) Abgrenzung nach Ostwald, D. A., Wachstums- und Beschäftigungsaspekte der Gesundheitswirtschaft in Deutschland. 2009, S. 79ff.

gabe 2008 (WZ 2008) musste die angeführte Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach der WZ 2003 umgestellt werden.

Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach WZ 2008

Als eine Vorarbeit für die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach der Wirtschaftszweigklassifikation, Ausgabe 2008 (WZ 2008), wurde von Information und Technik Nordrhein-Westfalen, gemeinsam mit dem Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen (IAT) und dem Statistischen Landesamt Hessen, anhand der neuen Wirtschaftszweigklassifikation eine Liste aller gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige erstellt, unabhängig davon, ob eine statistische Erfassung dieser Daten möglich ist oder nicht. Dabei wurde für jeden WZ-5-Steller der WZ 2008 geprüft, ob gesundheitsrelevante Waren oder Dienstleistungen in diesem Wirtschaftszweig erstellt werden. Mit Hilfe des qualitativen Umsteigeschlüssels von der WZ 2003 auf die WZ 2008 [20], des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken [21], des Warenverzeichnisses der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes [22] und der Erfahrungen aus Studien und Untersuchungen wurde eine Branchenliste zusammengestellt.

Insgesamt wurden 133 WZ-5-Steller identifiziert, von denen 27 Positionen der Gesundheitswirtschaft vollständig zuzuordnen sind (vgl. Tab. 2 und 3). Die nachfolgend aufgeführten Bereiche bilden nach Umsatz und Beschäftigung den Hauptanteil aller gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige:

- im Dienstleistungsbereich fast der ganze WZ-Abschnitt Q „Gesundheits- und Sozialwesen“, ohne „Tagesbetreuung von Kindern“ (WZ 88.91.0) sowie Teile der Positionen „Sonstiges Sozialwesen a. n. g.“ (WZ 88.99.0) und „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“ (WZ 87.30.0),
- die pharmazeutische Industrie (WZ 21.10.0 und WZ 21.20.0),
- die „Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien“ (WZ 32.50) sowie
- der Groß- und Einzelhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Produkten (WZ 46.46, WZ 47.73.0 und WZ 47.74.0).

Für 106 Unterklassen (WZ-5-Steller), die nicht vollständig der Gesundheitswirtschaft

Tab. 2 Einordnung der gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige nach WZ 2008

Wirtschaftszweig	Zuordnung nach Unterklassen (WZ 5-Steller)		
	vollständig	teilweise	insgesamt
Dienstleistungsbereich (ohne Handel)	15	56	71
Produzierendes Gewerbe	6	32	38
Handel	6	18	24
Insgesamt	27	106	133

zugeordnet werden können, müssen die gesundheitsrelevanten Anteile des jeweiligen Wirtschaftszweiges ermittelt werden. Im Produzierenden Gewerbe sind es 32, im Handel 18 und im Dienstleistungssektor 56 Wirtschaftszweige (vgl. Tab. 2). Dabei muss für jeden einzelnen Bereich geprüft werden, inwieweit Informationen aus amtlichen Erhebungen oder externen Quellen zur Verfügung stehen.

Die Grundlage für die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach WZ 2008 im engeren Sinne bildeten die folgenden sechs Kriterien:⁴⁾

1. vorhandene Abgrenzungen nach der WZ 2003
 - a. Orientierung an der Definition der OECD
 - b. Einbeziehung der gesundheitstypischen Vorleistungsindustrien
2. systematische Anbindung an die Gesundheitspersonal- und Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes
3. Die Verfügbarkeit von statistischen Informationen sollte weitgehend gewährleistet sein.
4. Der Schätzaufwand für den gesundheitsrelevanten Teil innerhalb eines Wirtschaftszweiges muss vertretbar sein. Zusatzerhebungen sind z. B. nicht möglich, um gesundheitsrelevante Wirtschaftsbereiche innerhalb eines Wirtschaftszweiges herauszuarbeiten.
5. Bei den Vorleistungs- und Zulieferindustrien sowie bei den anderen Wirtschaftszweigen werden die WZ 5-Steller gewählt, die einen direkten Gesundheitsbezug erkennen lassen.⁵⁾
6. Die Reparaturen von Gesundheitsprodukten sind aus Einheitlichkeitsgründen auch nicht mit aufgenommen, da es keinen eigenen Wirtschaftszweig für diese Reparaturen gibt.⁶⁾

Die auf diese Art und Weise erhaltene erste praktikable Abgrenzung gesundheitsrelevanter Wirtschaftszweige nach WZ 2008 wird nachfolgend in ihrer Gesamtheit mit „Gesundheitssektor“ bezeichnet, um die Unterscheidung zur vorstehend genannten umfassenden Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft zu gewährleisten (vgl. Tab. 3). Insgesamt wurden 36 Unterklassen (WZ-5-Steller) dem Gesundheitssektor zugewiesen. Davon entfallen 23 WZ-5-Steller auf den Dienstleistungsbereich (ohne Handel), sechs auf den Handel und sieben auf das Produzierende Gewerbe, konkret auf das Verarbeitende Gewerbe. Im Dienstleistungsbereich sind 15 Unterklassen vollständig dem Gesundheitssektor zuzuweisen, wobei allein 14 Unterklassen dem WZ-Abschnitt Q „Gesundheits- und Sozialwesen“ angehören (vgl. Tab. 4). In den beiden anderen Bereichen sind jeweils sechs Wirtschaftszweige zu 100 Prozent dem Gesundheitssektor zuzurechnen. Neun Branchen, die in Tabelle 3 mit einem „x“ versehen sind, können nicht vollständig dem Gesundheitssektor zugeordnet werden. Für diese Unterklassen muss geprüft werden, inwieweit Informationen aus anderen Erhebungen oder Brancheninformationen aus externen Quellen vorliegen, um geeignete Schätzungen vornehmen zu können. Innerhalb des Verarbeitenden Gewebes wird die „Herstellung von Behindertenfahrzeugen“ nicht gesondert ausgewiesen. Sie muss aus der WZ 30.92.0 (Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen) „herausgeschätzt“ werden. Während im Handel alle gesundheitsrelevanten WZ-Positionen eindeutig sind, müssen im Dienstleistungsbereich aus acht Wirtschaftszweigen die entsprechenden gesundheitsrelevanten Dienstleistungen herausgerechnet werden. Hierbei sind grundsätzlich drei Aspekte zu unterscheiden:

- 4) Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ ist sich bewusst, dass es immer wieder Argumente für oder gegen eine gewählte Abgrenzung geben kann.
- 5) Damit fallen beispielsweise die Grundstoffchemie (WZ Gruppe 21.1) und das Baugewerbe (WZ Abschnitt F) heraus. Die Produktion von Krankentransportern, die unter der Rubrik „Herstellung von Personenkraftwagen und Personenkraftwagenmotoren“ (WZ 29.11.0) fallen, werden auch nicht erfasst, da sie nicht separat ausgewiesen sind.
- 6) Der Schätzaufwand aus den Sammelpositionen der WZ 33.13.0 „Reparatur von elektronischen und optischen Geräten (einschließlich Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräte sowie elektromedizinischer Geräte)“ und WZ 33.17.0 „Reparatur und Instandhaltung von Fahrzeugen a. n. g. (einschließlich Behindertenfahrzeuge)“ steht in keinem Verhältnis zu dem Mehrertrag an Informationen. Außerdem gibt es keine eigene Position für Reparaturen von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten aus der WZ 32.50.1. Des Weiteren werden die Reparaturen häufig über die Gewährleistungen der Hersteller abgedeckt.

Tab. 3 Abgrenzung des Gesundheitssektors nach WZ 2008

WZ-Ebene					Bezeichnung laut Wirtschaftszweigklassifikation	Nur teilweise zum Gesundheitssektor gehörig
Ab-schnitt	Abtei-lung	Gruppe	Klasse	Unter-klasse		
C					Abschnitt C – Verarbeitendes Gewerbe	
	21				Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	
		21.1	21.10	21.10.0	Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen	
		21.2	21.20	21.20.0	Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen	
	26				Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	
		26.6	26.60	26.60.0	Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten	
	30				Sonstiger Fahrzeugbau	
		30.9			Herstellung von Fahrzeugen a. n. g.	
			30.92	30.92.0	Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen	x
	32				Herstellung von sonstigen Waren	
		32.5	32.50		Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien	
				32.50.1	Herstellung von medizintechnischen Apparaten und Materialien a. n. g.	
				32.50.2	Herstellung von orthopädischen Erzeugnissen	
				32.50.3	Zahntechnische Laboratorien	
G					Abschnitt G – Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	
	46				Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	
		46.1			Handelsvermittlung	
			46.18		Handelsvermittlung von sonstigen Waren	
				46.18.4	Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf	
		46.4			Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	
			46.46		Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen	
				46.46.1	Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen	
				46.46.2	Großhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln, Dental- und Laborbedarf	
	47				Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	
		47.7			Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	
			47.73	47.73.0	Apotheken	
			47.74	47.74.0	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln	
			47.78		Sonstiger Einzelhandel in Verkaufsräumen (ohne Antiquitäten und Gebrauchtwaren)	
				47.78.1	Augenoptiker	
H					Abschnitt H – Verkehr und Lagerei	
	49				Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	
		49.3			Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	
			49.32	49.32.0	Betrieb von Taxis	x
K					Abschnitt K – Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	
	65				Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen	
		65.1			Versicherungen	
			65.12		Nichtlebensversicherungen	
				65.12.1	Krankenversicherungen, nur private Versicherungen ohne gesetzliche Krankenkassen	
M					Abschnitt M – Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	
	72				Forschung und Entwicklung	
		72.1			Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften u. Medizin	
			72.11	72.11.0	Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie	x
			72.19	72.19.0	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	x

Noch: Tab. 3 Abgrenzung des Gesundheitssektors nach WZ 2008

WZ-Ebene					Bezeichnung laut Wirtschaftszweigklassifikation	Nur teilweise zum Gesundheitssektor gehörig
Ab-schnitt	Abtei-lung	Gruppe	Klasse	Unter-klasse		
O					Abschnitt O – Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	
	84				Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	
		84.1			Öffentliche Verwaltung	
			84.12	84.12.0	Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	x
		84.3	84.30	84.30.0	Sozialversicherung	x
P					Abschnitt P – Erziehung und Unterricht	
	85				Erziehung und Unterricht	
		85.4			Tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht	
			85.42		Tertiärer Unterricht	
				85.42.4	Berufsakademien, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens	x
Q					Abschnitt Q – Gesundheits- und Sozialwesen	
	86				Gesundheitswesen	
		86.1			Krankenhäuser	
			86.10		Krankenhäuser	
				86.10.1	Krankenhäuser (ohne Hochschul-, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)	
				86.10.2	Hochschulkliniken	
				86.10.3	Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	
		86.2			Arzt- und Zahnarztpraxen	
			86.21	86.21.0	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	
			86.22	86.22.0	Facharztpraxen	
			86.23	86.23.0	Zahnarztpraxen	
		86.9	86.90		Gesundheitswesen a. n. g.	
				86.90.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	
				86.90.2	Massagepraxen, Krankengymnastikpraxen, Praxen von medizinischen Bademeisterinnen und Bademeistern, Hebammen und Entbindungspflegern sowie von verwandten Berufen	
				86.90.3	Heilpraktikerpraxen	
				86.90.9	Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen	
	87				Heime (ohne Erholungs- und Pflegeheime)	
		87.1	87.10	87.10.0	Pflegeheime	
		87.2	87.20	87.20.0	Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä.	
		87.3	87.30	87.30.0	Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime	x
	88				Sozialwesen (ohne Heime)	
		88.1	88.10		Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter	
				88.10.1	Ambulante soziale Dienste	
				88.10.2	Sonstige soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter	
S					Abschnitt S – Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	
	94				Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	
		94.9			Kirchliche Vereinigungen; politische Parteien sowie sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.	
			94.99		Sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.	
				94.99.9	Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.	x

- a. Die wirtschaftliche Tätigkeit ist nicht grundsätzlich gesundheitsrelevant, sondern betrifft nur bestimmte Bevölkerungsgruppen. Hierzu zählt der WZ 49.32.0 „Betrieb von Taxis“, da Kranken- und Behindertenfahrten der Gesundheitsbranche zuzurechnen sind.
- b. Die Dienstleistung ist gesundheitsrelevant, wird aber mit anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten zusammengefasst. Dazu zählen die Wirtschaftszweige 72.11.0 „Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie“, WZ 72.19.0 „Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin“, WZ 84.12.0 „Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen“, WZ 84.30.0 „Sozialversicherung“ und WZ 85.42.4 „Berufsakademien, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens“.
- c. Ferner gibt es eine Mischung von a) und b). Dies trifft für den WZ 87.30.0 „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“ zu.

Aufgrund der starken Veränderungen zwischen den beiden Wirtschaftszweigklassifikationen (WZ 2003 und WZ 2008) sind spürbare Auswirkungen auf die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft bzw. konkret des Gesundheitssektors festzustellen.

Die bisher separaten Unterklassen WZ 85.31.8 „Wohnheime für Behinderte“, WZ 85.31.4 „Altenheime“ und WZ 85.31.3 „Altenwohnheime“ werden in der WZ 2008 unter „Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime“ (WZ 87.30.0) ausgewiesen. Die „Organisationen des Gesundheitswesens“ werden in der Unterklasse „Interessenvertretung und Vereinigungen a. n. g.“ (WZ 94.99.9) eingegliedert. Die neue Unterklasse WZ 32.50.1 „Herstellung von medizintechnischen Apparaten und Materialien a. n. g.“ enthält eine Vielzahl von Produkten aus Unterklassen der Abteilungen 17 bis 33 der WZ 2003, die vorher nicht separat medizinisch ausgewiesen waren oder umklassifiziert wurden. Die „Herstellung von Behindertenfahrzeugen“ (WZ 35.43.0) wird dagegen nicht mehr als separate Unterklasse ausgewiesen, sondern in der WZ 2008 unter WZ 30.92.0 „Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen“ subsumiert. Die in der WZ 2008 neue Unterklasse „Sozialversicherung“ (WZ 84.30.0) umfasst neben bisher einzeln ausgewiesenen WZ-5-Stellern der „Gesetzlichen sowie knappschaftlichen Renten- und Krankenversicherung“ (WZ 75.30.1, WZ 75.30.2, WZ 75.30.5 bzw. WZ 75.30.6) und der „Gesetzlichen Unfallversicherung“ (WZ 75.30.7) auch die „Arbeitsförderung“ (WZ 75.30.8) sowie die „Altershilfe für Landwirte“ (WZ 75.30.3) und die „Zusatz-

Tab. 4 Einordnung der Wirtschaftszweige des Gesundheitssektors

Wirtschaftszweig	Zuordnung auf WZ-Ebene						
	Unterklassen (WZ-5-Steller)			Klassen (WZ-4-Steller)			
	insgesamt	vollständig	teilweise	insgesamt	vollständig	teilweise	
Dienstleistungsbereich	zusammen	23	15	8	17	8	9
(ohne Handel)	darunter						
	Gesundheits- und Sozialwesen	15	14	1	9	8	1
Verarbeitendes Gewerbe		7	6	1	5	4	1
Handel		6	6	-	5	3	2
Insgesamt		36	27	9	27	15	12

versorgung für Angehörige des Öffentlichen Dienstes“ (WZ 75.30.4). Auch hier wird eine geeignete Schätzung vorgenommen werden müssen, um die gesundheitswirtschaftlich relevanten Bereiche quantifizieren zu können. Die in der WZ 2003 noch separat ausgewiesene „Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens“ (WZ 75.12.4) wird jetzt ebenfalls in einer Unterklasse mit öffentlichen Verwaltungen anderer Bereiche zusammengefasst (WZ 84.12.0 „Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen“). Der bisherige Unterabschnitt „Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin“ (WZ 73.10.4) wird in der WZ 2008 aufgeschlüsselt in „Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie“ (WZ 72.11.0) und „Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin“ (WZ 72.19.0).

Möglichkeiten zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft

Zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft bzw. des Gesundheitssektors stehen im Rahmen der amtlichen Statistik verschiedene Datenquellen zur Verfügung. Zudem sind verschiedene Herangehensweisen vorstellbar. Ziel ist es jeweils, die Bruttowertschöpfung und die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft bzw. dem Gesundheitssektor insgesamt sowie für einzelne Teilbereiche zu bestimmen, wobei die Passfähigkeit der Daten zu den amtlichen Gesamtergebnissen gewährleistet sein sollte.

Zum einen bietet es sich an, auf der Basis der vorgeschlagenen wirtschaftsfachlichen Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft bzw. konkret des Gesundheitssektors die Verfügbarkeit von amtlichen Datenquellen zu prüfen und dementsprechend eine zunächst betriebswirtschaftlich geprägte Quantifizierung nach einem **Bottom-up-Verfahren** vorzunehmen. Allerdings müssten diese Ergebnisse dann noch auf die amtlichen Gesamt-

rechnungsergebnisse abgestimmt werden. Zum anderen ist es jedoch auch vorstellbar, ausgehend von den vorliegenden Gesamtergebnissen und unter Nutzung weiterer Informationen aus amtlichen und externen Quellen die Bruttowertschöpfung bzw. die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft im Grunde genommen nach einem **Top-down-Ansatz** zu ermitteln, wobei hier die oben angeführte Passfähigkeit von Beginn an gegeben wäre. Beide Verfahren sind sowohl mit Vor- als auch mit Nachteilen verbunden. Maßgeblich für die Wahl des Verfahrens ist das Kriterium „Datenverfügbarkeit“.

Datenverfügbarkeit

Als Datenquelle zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft bietet sich einerseits das statistische Unternehmensregister an. Es liefert für alle Wirtschaftszweige Informationen zu steuerbaren Umsätzen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Unternehmen bzw. Betriebe und Einrichtungen. Gespeist wird das Register größtenteils aus Verwaltungsdaten, die durch Informationen aus statistischen Erhebungen aktualisiert und ergänzt werden. Ende Oktober 2010 war das Berichtsjahr 2009 der aktuelle Stand der zuletzt im Register verarbeiteten Verwaltungsdaten. Gegenüber den traditionellen Sekundärstatistiken, wie der Umsatzsteuerstatistik bzw. der Beschäftigtenstatistik, stellt das Unternehmensregister ein eigenständiges Auswertungsinstrumentarium dar, bei dem spezielle Regeln und Zyklen der Pflege und Aktualisierung der Registereinheiten gelten. Die branchenbezogene Einordnung von Unternehmen und Betrieben im Unternehmensregister basiert auch auf der aktuellen Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008. Im Register ist die Angabe des Wirtschaftszweigschlüssels auf WZ-4-Steller-Ebene verpflichtend. Die tiefere Gliederung auf WZ-5-Steller-Ebene ist grundsätzlich optional. Daher fehlen hier häufig die Angaben.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass derzeit im Unternehmensregister geringfügig Beschäftigte⁷⁾ (400 Euro-Jobs) sowie Selbstständige und Angehörige der freien Berufe, die von der Umsatzsteuer(-voranmeldung) befreit sind und keine sozialversicherungspflichtigen Personen beschäftigen, bisher grundsätzlich nicht mit aufgeführt sind. Diese Situation tritt häufig in Heil-, Pflege- und Serviceberufen auf, so dass in diesem Segment von einer Untererfassung im Unternehmensregister zu sprechen ist.

Zudem liegen für den – im Zusammenhang mit dem Gesundheitssektor – relevanten Wirtschaftsabschnitt O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ zurzeit noch keine Registerauswertungen vor, da die diesem Bereich zuzuordnenden Wirtschaftseinheiten gegenwärtig noch nicht vollständig vom Register abgebildet werden.⁸⁾ Im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes kann neben den Daten des Unternehmensregisters auch auf weitere wirtschaftsfachlich und zum Großteil auch regional tief gegliederte Ergebnisse der einzelnen Statistiken zurückgegriffen werden. Zudem kann bei der Zuordnung einzelner Gesundheitsgüter die Produktionsstatistik herangezogen werden. Hinzu kommt, dass für das Verarbeitende Gewerbe neben Unternehmensergebnissen zum Teil auch Betriebsergebnisse zur Verfügung stehen. Auch ist es möglich, auf der Basis der Angaben aus den Kostenstrukturerhebungen auf Unternehmensebene Vorleistungsquoten festzulegen, um beispielsweise die Bruttowertschöpfung je Wirtschaftszweig berechnen zu können.

Die Verfügbarkeit fachstatistischer Informationen stellt sich in den Bereichen Handel sowie Dienstleistungen und damit auch für den Kernbereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ deutlich ungünstiger dar, als im zuvor angeführten Bereich des Verarbeitenden Gewerbes. Einschränkungen gibt es sowohl im wirtschaftsfachlich tief gegliederten Ergebnisausweis als auch in regionaler Hinsicht. Auf der Länderebene liegen im Prinzip nur Angaben bis zum WZ-4-Steller vor. Ferner sind einige Dienstleistungsbereiche gegenwärtig fachstatistisch noch gar nicht berücksichtigt. Somit gibt es auch Probleme mit der Verfügbarkeit von Informationen, die für die Wertschöpfungsberechnung benötigt werden, beispielsweise zu den Vorleistungen. Aufgrund der angeführten Probleme bei der Datenverfügbarkeit auf WZ-5-Steller-Ebene wird nachfolgend untersucht, ob der Informationsverlust bei der Zusammenfassung der Wirtschaftszweige des Gesundheitssektors auf WZ-4-Steller-Ebene bedeutend ist oder eher vernachlässigt werden kann.

Modifizierte Abgrenzung des Gesundheitssektors nach WZ 2008 auf WZ-4-Steller-Ebene

Durch die Zusammenfassung einzelner Wirtschaftszweige von der WZ-5-Steller-Ebene (= Unterklassen) auf die höhere Aggregationsstufe (= Klassen) reduziert sich die Zahl der gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige von 36 auf 27 (vgl. Tabellen 2 und 3). Während die gesundheitsrelevanten Zweige im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes sowie das „klassische Gesundheits- und Sozialwesen“ (Ausnahmen: WZ 30.92.0 „Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen“ sowie WZ 87.30.0 „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“) mit 20 WZ-5-Stellern bzw. jetzt 12 WZ-4-Stellern auch auf dieser höheren Aggregationsstufe noch komplett dem Gesundheitssektor zuzuordnen sind⁹⁾, sind im Handel zwei Wirtschaftszweige und im Dienstleistungsbereich ein Wirtschaftszweig nicht mehr vollständig zuzuordnen.

Aufgrund der Aggregationsstufe erhöht sich die Zahl der anteilig zu schätzenden Wirtschaftszweige von neun auf zwölf. Dabei ist festzuhalten, dass bereits sieben dieser Wirtschaftszweige auf WZ-4-Steller-Ebene nicht weiter untergliedert sind. Daraus folgt, dass für diese Fälle auf der WZ-5-Steller-Ebene kein zusätzlicher Informationsgewinn vorliegt, der das Schätzverfahren positiv beeinflussen könnte (vgl. Tab. 3).

Zwei gesundheitsrelevante Dienstleistungsbereiche müssen bereits auf der WZ-5-Steller-Ebene „herausgeschätzt“ werden. Dies sind die „Schulen des Gesundheitswesens“ (WZ 85.42.4), die mit den Berufsakademien und Fachakademien zusammengefasst werden und die „Selbsthilfeorganisationen im Bereich Gesundheitswesen“, die im WZ 94.99.9 „Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.“ mit aufgenommen sind. Der Informationsverlust, der durch eine Schätzung auf höherem Aggregationsniveau erfolgt, kann jedoch als gering betrachtet werden.

Lediglich drei bedeutende gesundheitsrelevante Branchen, die auf der Ebene der WZ-5-Steller eindeutig abzugrenzen sind, müssen jetzt – auf höherer Aggregationsstufe – „herausgeschätzt“ werden. Aus dem Bereich Handel zählen dazu der WZ 46.18.4 „Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf“, der jetzt im WZ 46.18 „Handelsvermittlung von sonstigen Waren“ aufgeht sowie der WZ 47.78.1 „Augenoptiker“, der in den WZ 47.78 „Sonstiger Einzelhandel in Verkaufsräumen (ohne Antiquitäten

und Gebrauchsgüter)“ integriert wird. Der WZ 65.12.1 „Krankenversicherungen, nur private Versicherungen ohne gesetzliche Krankenkassen“ aus dem Bereich Dienstleistungen wird mit anderen Versicherungen im WZ 65.12 „Nichtlebensversicherungen“ zusammengefasst.

Die modifizierte Auswertung auf WZ-4-Steller-Ebene ergibt, dass mit Ausnahme der drei zuletzt genannten Branchen (WZ 46.18.4, WZ 47.78.1 und WZ 65.12.1) der Informationsverlust bezogen auf den Gesundheitssektor minimal sein dürfte. Die genannten drei Wirtschaftszweige lassen sich jedoch mit Hilfe von Zusatzinformationen, z. B. der Verbände, recht gut schätzen. Insgesamt ist damit festzuhalten, dass grundsätzlich auch eine wirtschaftszweigsystematische Abgrenzung des Gesundheitssektors auf WZ-4-Steller-Ebene möglich ist.

Für eine Quantifizierung des Gesundheitssektors nach einem Bottom-up-Ansatz könnte im Prinzip auf diese modifizierte Abgrenzung zurückgegriffen werden. Dies hätte den Vorteil, dass auf Bundesländerebene über das Unternehmensregister Informationen zu den Umsätzen und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Gesundheitssektors bereits weitgehend abgebildet werden könnten. Problematisch ist, wie im Abschnitt „Datenverfügbarkeit“ beschrieben, dass gerade im Kernbereich „Gesundheitswesen“ für die Angehörigen freier Berufe gesetzliche Regelungen zur Steuerfreiheit von Umsätzen existieren (z. B. für Ärzte, Zahnärzte, Heilpraktiker, Physiotherapeuten oder Hebammen), so dass hier von einer Untererfassung des Umsatzes auszugehen ist. Zudem ist von einer sehr hohen Zahl an geringfügig Beschäftigten auszugehen, die dann nicht mit berücksichtigt wäre.¹⁰⁾

Um auf Grundlage der Umsatzangaben die Wertschöpfung des Gesundheitssektors auf Länderebene berechnen zu können, sind weitere Informationen, insbesondere zu den Vorleistungen und zur Nettostellung der Handelsware, notwendig. Diesbezüglich ist jedoch gegenwärtig die Datenlage in den Bereichen Handel und Dienstleistung als nicht ausreichend bzw. ungenügend zu charakterisieren.

7) Nach der im Jahr 2011 geplanten Umstellung des Unternehmensregisters werden dann auch diese Angaben im Register verfügbar sein.

8) Zudem liegen auch für die Wirtschaftsabschnitte „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ sowie „Private Haushalte mit Hauspersonal“ zurzeit noch keine Registerauswertungen vor, da die diesen Bereichen zuzuordnenden Wirtschaftseinheiten gegenwärtig ebenfalls noch nicht vollständig vom Register abgebildet werden.

9) Bei den schon auf der WZ-5-Steller-Ebene nicht vollständig der Gesundheitswirtschaft zuzuordnenden Unterklassen WZ 30.92.0 „Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen“ und WZ 87.30.0 „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“ bleibt der Sachverhalt auf der übergeordneten Ebene unverändert bestehen.

10) Vgl. Fußnote 7)

risieren. Letztlich ließe sich so zunächst auch nur eine betriebswirtschaftlich geprägte Schätzung der Bruttowertschöpfung des Gesundheitssektors durchführen. Ferner bedarf es bezüglich der Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zusätzlicher Angaben, um auf dieser Basis die Zahl der Erwerbstätigen im Gesundheitssektor schätzen zu können. Auch hier ist die Datenverfügbarkeit nur bedingt gegeben. Aufgrund dieser Probleme bei der Bestimmung von Wertschöpfung und Erwerbstätigenzahl wurde in der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ nach einer alternativen Möglichkeit zur Quantifizierung des Gesundheitssektors gesucht.

Top-down-Ansatz zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft nach dem Wertschöpfungsansatz

Auf der Basis von Gesamtergebnissen der amtlichen Statistik und unter Nutzung weiterer Informationen aus amtlichen und externen Quellen kann die Bruttowertschöpfung bzw. die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft bzw. konkret im Gesundheitssektor nach einem Top-down-Ansatz ermittelt werden. Das im Folgenden dargestellte Konzept eines Schätzansatzes lehnt sich in seinen Grundzügen an das von Ostwald vorgeschlagene Verfahren an. [23] Es stellt jedoch unter den neuen Rahmenbedingungen – der Abgrenzung des Gesundheitssektors nach der WZ 2008 – und bezüglich des geplanten konkreten Vorgehens sowie der Nutzung einer breiteren Ausgangsdatenbasis eine Weiterentwicklung dar.

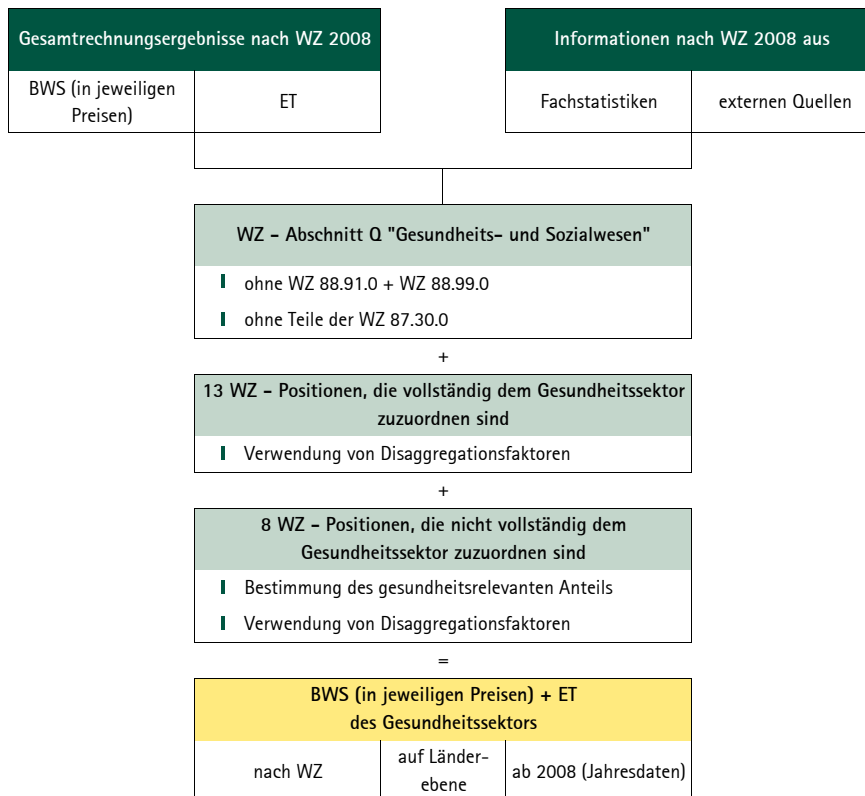
Grundlage des Top-down-Ansatzes ist die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Abgrenzung des Gesundheitssektors nach Unterklassen der WZ 2008 (vgl. Tab. 3). Diese Abgrenzung umfasst 27 WZ-5-Steller, die vollständig als gesundheitsrelevant klassifiziert sind und neun weitere Bereiche, die nur zum Teil dem Gesundheitssektor zuordenbar sind. Ferner wird bei den Überlegungen davon ausgegangen, dass aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. der Erwerbstätigenrechnung nach Abschluss der WZ-Revision¹¹⁾ Angaben zur Bruttowertschöpfung und zur Zahl der Erwerbstätigen (Jahresdaten) in einer ausreichend tiefen wirtschaftsfachlichen Gliederung verfügbar sind. Konkret werden auf Bundes- wie auf Länderebene zumindest Angaben für Abschnitte der WZ 2008 benötigt. Des Weiteren müssen für die Schätzung zusätzliche Gesamtrechnungsinformationen sowie die verschiedensten fachstatistischen Angaben bzw. Informationen aus externen Quellen zur Verfügung stehen.

Ausgangspunkt des Schätzverfahrens ist die Übernahme der amtlichen Gesamtergebnisse (Bruttowertschöpfung [in jeweiligen Preisen] bzw. Zahl der Erwerbstätigen) für den Wirtschaftsabschnitt Q „Gesundheits- und Sozialwesen“ (vgl. Abb. 3). Gemäß der Abgrenzung des Gesundheitssektors ist hier zunächst eine Bereinigung um die Anteile der zwei dann nicht gesundheitswirtschaftlich relevanten Unterklassen „Tagesbetreuung von Kindern“ (WZ 88.91.0) und „Sonstiges Sozialwesen a. n. g.“ (WZ 88.99.0) sowie um Teile der Position „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“ (WZ 87.30.0) notwendig. Hierzu bedarf es entsprechender Informationen. Die Übernahme der amtlichen Gesamtergebnisse hat den Vorteil, dass die Passfähigkeit der späteren Schätzergebnisse zu diesen Daten gegeben ist. Bei den Schätzungen auf der Regionalebene waren bisher stets Anpassungen an die amtlichen Daten notwendig. [24] In einem zweiten Schritt werden Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl nacheinander für die verbleibenden 13 WZ-Positionen, die vollständig dem Gesundheitssektor zuzurechnen sind, sowie für die übrigen acht WZ-Positionen, die nicht in vollem Umfang gesundheitswirtschaftlich relevant sind, geschätzt. Ausgangspunkt dafür stellen wieder die amtlichen Gesamtergebnisse auf WZ-Abschnittsebene dar. So kann beispielsweise die Bruttowertschöpfung des

Verarbeitenden Gewerbes (WZ-Abschnitt C) für die Schätzung des Leistungsbeitrags des Bereichs „Herstellung von pharmazeutischen Produkten“ (WZ 21) herangezogen werden (vgl. Tab. 3). Die Schätzung selbst soll mittels spezieller, nach Möglichkeit länderspezifischer Disaggregationsfaktoren erfolgen. Zu deren Bestimmung werden Informationen aus verschiedenen fachstatistischen bzw. externen Quellen benötigt. Schwieriger stellt sich die Schätzung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl für die acht WZ-Positionen dar, bei denen zusätzlich noch der gesundheitswirtschaftliche Anteil ermittelt werden muss. Dies wird im Einzelnen geprüft. Durch Addition der einzelnen Ergebnisse ist eine Quantifizierung des gesamten Gesundheitssektors möglich (vgl. Abb. 3). Unter der Voraussetzung, dass die benötigten Disaggregationsfaktoren bestimmt werden können, ist die Durchführung erster Berechnungen auf der Ebene „Summe der Länder“ (Bundesebene) nach Vorliegen revidierter Gesamtergebnisse des Statistischen Bundesamtes gemäß WZ 2008 im Herbst 2011 möglich. Die Schätzung könnte dann zumindest für die Berichtsjahre 2008 und 2009 durchgeführt werden. Entsprechende Schätzungen für einzelne Länder

11) Mit einer Veröffentlichung revidierter Gesamtergebnisse nach WZ 2008 ist auf Bundesebene Anfang September 2011 und auf der Länderebene aus heutiger Sicht voraussichtlich im ersten Halbjahr 2012 zu rechnen.

Abb. 3 Top-Down Ansatz zur Quantifizierung des Gesundheitssektors



Legende: BWS - Bruttowertschöpfung; ET - Zahl der Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt); WZ - Wirtschaftszweig

wären frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2012 realisierbar. Aufgrund der starken Unterschiede in den WZ-Zuordnungen zwischen der WZ 2008 und der WZ 2003 werden rückwirkende Schätzungen für die Berichtsjahre vor der WZ-Umstellung nicht durchgeführt, da aus methodischen Gründen zunächst nach WZ 2003 geschätzt werden müsste. Im Anschluss würde dann die Umrechnung nach WZ 2008 erfolgen.

Die Schätzungen nach dem Top-down-Ansatz könnten somit jährlich nach Vorliegen der benötigten amtlichen Gesamtergebnisse sowie der Zusatzinformationen durchgeführt werden, zumindest für die jeweils originär berechneten Berichtsjahre. Perspektivisch würde es sich anbieten, für die Schätzungen am aktuellen Rand ein Fortschreibungsverfahren zu entwickeln. Ferner könnte der Schätzansatz sukzessive verfeinert und auf weitere WZ-Positionen ausgedehnt werden, so dass langfristig die Quantifizierung des gesamten Bereichs der Gesundheitswirtschaft möglich wäre.

Fazit

Mit der hier vorgestellten Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft bzw. des Gesundheitssektors sind neben dem „klassischen“ Gesundheitswesen die bedeutendsten gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige erstmalig auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 auf der WZ-4-Steller- und der WZ-5-Steller-Ebene zusammengestellt worden. Die Abgrenzung ist kohärent zu den nationalen und internationalen Gesamtrechnungssystemen und, so weit es geht, vergleichbar mit der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes. Mit dieser klassifikatorischen Arbeit wurde die Voraussetzung für eine Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft bzw. des Gesundheitssektors nach der WZ 2008 geschaffen. Zur Bestimmung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft auf Bundes- und Länderebene bieten sich zwei Ansätze an. Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ favorisiert vorerst die Möglichkeit zur Quantifizierung des Gesundheitssek-

tors mittels des Top-down-Ansatzes. Zum einen ist damit von Beginn an die Passfähigkeit zu den amtlichen Gesamtergebnissen gewährleistet und zum anderen stellt sich die Datenlage hier insgesamt günstiger dar. Perspektivisch wird es möglich sein, weitere gesundheitsrelevante Wirtschaftszweige, die nicht vollständig der Gesundheitswirtschaft zuzuordnen sind, in die Betrachtungen mit einzubeziehen.

Britta Frie, Dipl.-Geogr., Referentin, Information und Technik Nordrhein-Westfalen,
Katharina Munro, Dipl.-Volksw., Referentin, Hessisches Statistisches Landesamt
Dr. Wolf-Dietmar Speich, Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht Juli 2009, S. 13.
- [2] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Klassifikation der Wirtschaftszweige – Mit Erläuterungen – 2008, Wiesbaden 2009.
- [3] OECD, 2000, National Health Accounts, Paris, S. 42.
- [4] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gesundheitsausgabenrechnung – Methodische Grundlagen. Wiesbaden, 2010, S. 8.
- [5] Kuratorium Gesundheitswirtschaft (Hrsg.): Ergebnisbericht "Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft 2005", 7./8. Dezember 2005 Rostock-Warnemünde, 2. Februar 2006, S. 2.
- [6] Weltgesundheitsorganisation (Hrsg.): Entwurf des Elften Arbeitsprogramms der WHO 2006 - 2015; Kurzfassung, 2006, Anhang: S. 3.
- [7] Vgl. [6].
- [8] Vgl. [6].
- [9] Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gesundheitswirtschaft in Hessen – Volkswirtschaftliche Potentiale eines Zukunftsmarktes. Wiesbaden, 2010, S. 10.
- [10] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gesundheitsausgabenrechnung – Qualitätsbericht. Wiesbaden, 2010, S. 3.

- [11] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gesundheitspersonalrechnung – Qualitätsbericht. Wiesbaden, 2010, S. 4.
- [12] Vgl. [11, S. 3f.].
- [13] Vgl. Technische Universität Berlin, Roland Berger Strategy Consults und BASYS (Hrsg.): Erstellung eines Satellitenkontos für die Gesundheitswirtschaft in Deutschland – Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie; Kurzfassung des Abschlussberichts, 16. November 2009, S. 10ff.
- [14] Vgl. [2, S. 20].
- [15] Vgl. Ostwald, D. A.: Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft in Deutschland. Berlin, 2009, hier S. 10.
- [16] Vgl. [15].
- [17] Vgl. Hilbert, J., R. Fretschner, A. Dülberg: Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Gesundheitswirtschaft, Gelsenkirchen, 2002.
- [18] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). Wiesbaden, 2002.
- [19] Vgl. [15, hier S. 78ff.].
- [20] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Umstiegsschlüssel zwischen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) und der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) und umgekehrt. Wiesbaden, 2008.
- [21] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken 2009, Wiesbaden 2008.
- [22] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Wiesbaden 2009.
- [23] Vgl. [15].
- [24] Oettel, A., D. A. Ostwald, A. Ranscht, B. Richter und W.-D. Speich: Ermittlung von Potenzialen der Gesundheitswirtschaft mit Hilfe des Wertschöpfungsansatzes. In: Statistik in Sachsen, 4/2009, S. 32 – 36.

Die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

Vorbemerkung

Im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen wurde im Rahmen der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen eine Methodik entwickelt, die eine landesspezifische Berechnung der Gesundheitsausgaben¹⁾ nach Ausgabenträgern ermöglicht.²⁾ [1] Dadurch können die im Land typischen Strukturen abgebildet werden. [2] So führt beispielsweise eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringere Zahl an Beamten und Selbstständigen sowie eine geringere Zahl von Arbeitnehmern mit einem Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze zu einem geringeren Anteil an Privatversicherten und infolge dessen auch zu einem geringeren Anteil der Privaten Krankenversicherung an den Gesundheitsausgaben in Sachsen. Die Quantifizierung dieses Effektes und Berücksichtigung für die Gesundheitsausgabenrechnung erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden. [3]

Die Ausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sind eine weitere Teilposition der Gesundheitsausgabenrechnung, die ein landesspezifisches Ausgabenniveau vermuten lässt. Es ist anzunehmen, dass das geringere verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Sachsen einen Einfluss auf die Gesundheitsausgaben dieser Haushalte hat. Tabelle 1 zeigt, dass das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Sachsen je Einwohner nur rund vier Fünftel des Bundesdurchschnittes beträgt. Entsprechend ist davon auszugehen, dass die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte in Sachsen ebenfalls unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

Im Rahmen der Realisierung von Handlungsstrategien zur Entwicklung von Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen wurde im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen 2010 ein methodisches Instrumen-

Tab. 1 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ je Einwohner in Deutschland und Sachsen 2000 bis 2008²⁾

Jahr	Deutschland	Sachsen	Abweichung Sachsen zum Bundesdurchschnitt	
			absolut	relativ
€				
2000	16 087	13 505	-2 582	-16,0
2001	16 688	13 983	-2 706	-16,2
2002	16 794	14 268	-2 526	-15,0
2003	17 136	14 582	-2 554	-14,9
2004	17 402	14 776	-2 625	-15,1
2005	17 749	14 798	-2 951	-16,6
2006	18 154	15 094	-3 060	-16,9
2007	18 485	15 340	-3 145	-17,0
2008	18 916	15 655	-3 261	-17,2

1) Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2) Quelle: Veröffentlichungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Stand August 2010 [4]

tarium zur Erstellung von Gesundheitsausgabenrechnungen auf Länderebene erstellt, welches, aufbauend auf den vom Augsburger Forschungsinstitut BASYS³⁾ für das Jahr 1997 durchgeführten Berechnungen (vgl. [5]), die kontinuierliche Bereitstellung von Informationen zu den Gesundheitsausgaben ab 2006 ermöglicht. Nachdem in einer ersten Entwicklungsstufe der Gesundheitsausgabenrechnung die Position der Ausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck auf der Grundlage des Bundeswertes an Hand der Bevölkerung disaggregiert wurden⁴⁾, wird hier eine Methodik vorgestellt, welche landesspezifische Informationen zur Berechnung dieser Ausgaben einfließen lässt.

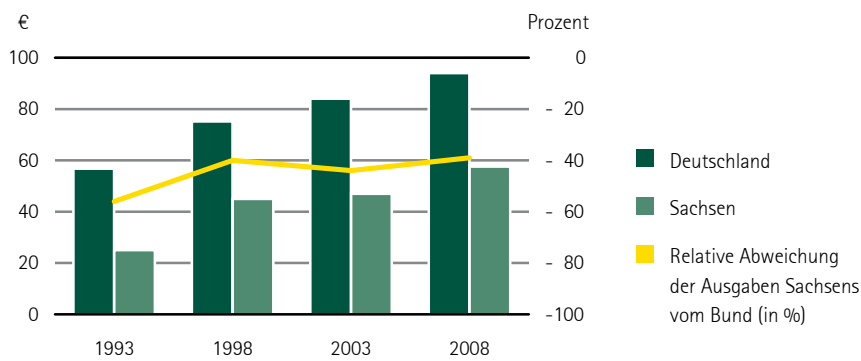
Methodik

Die Berechnungen der Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck greifen auf einen Schätzansatz anhand von Sekundär-

informationen zurück, die aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)⁵⁾ gewonnen werden. Im Rahmen dieser Statistik werden landesspezifische Ergebnisse erstellt

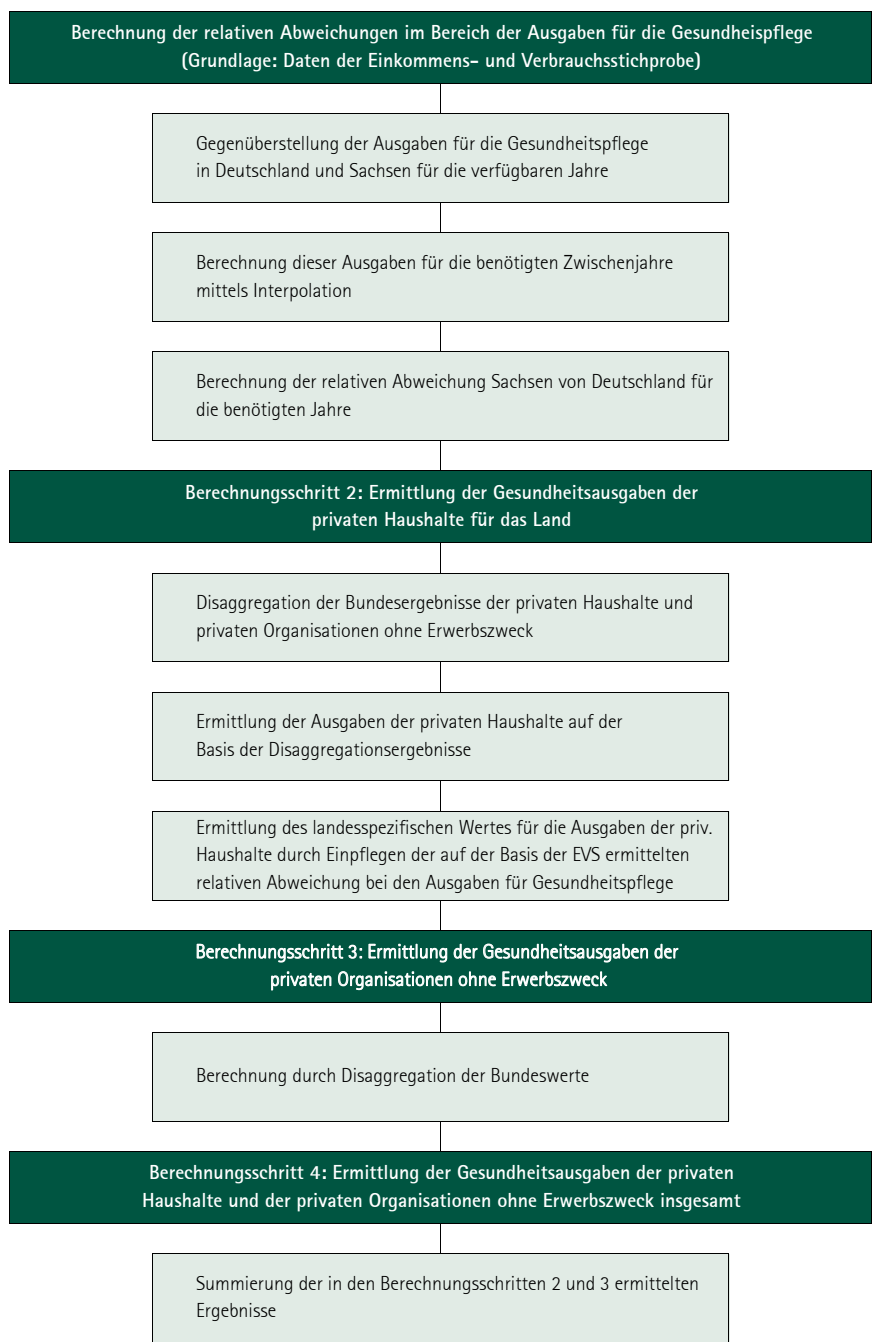
- 1) Nach Definition des Statistischen Bundesamtes, der sich die Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen anschloss, versteht man unter Gesundheitsausgaben die Ausgaben für den Endverbrauch von Gesundheitsgütern und -dienstleistungen. Dazu zählen Leistungen und Güter mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege sowie Investitionen des Gesundheitswesens.
- 2) Methodischer Ausgangspunkt der Berechnungen für die Gesundheitsausgaben in Sachsen sind die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes. Die Ausgabenträger werden demnach unterteilt in: Öffentliche Haushalte; Gesetzliche Krankenversicherung; Soziale Pflegeversicherung; Gesetzliche Rentenversicherung; Gesetzliche Unfallversicherung; Private Krankenversicherung; Arbeitgeber; Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 3) Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung mbH, Reisingerstraße 25, D-86159 Augsburg
- 4) Eine Disaggregation der Bundeswerte erfolgt, wenn nicht anders erwähnt, top down mittels des Bevölkerungsanteils von Sachsen an der Bevölkerung von Deutschland. [2]
- 5) Alle fünf Jahre werden private Haushalte in Deutschland im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu ihren Einnahmen und Ausgaben, zur Vermögensbildung, zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern und zur Wohnsituation befragt. Infolge des großen Erhebungsumfanges von rund 60 000 Haushalten ist die EVS in besonderem Maße geeignet, die Einkommenssituation, den Lebensstandard und die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung und ihrer verschiedenen Gruppen abzubilden. [6]

Abb. 1 Ausgaben für die Gesundheitspflege je Haushalt und Monat



Quelle: Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Abb. 2 Berechnungsschema zur Ermittlung der Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck auf Länderebene



und liegen somit auch für Sachsen vor. [7] In der im Fünf-Jahres-Rhythmus bundeseinheitlich durchgeführten Erhebung werden die Ausgaben für die Gesundheitspflege der einzelnen Haushalte abgebildet. [8] Die zur Verfügung stehenden Informationen der privaten Haushalte zur Ausgabenhöhe je Haushalt für die Gesundheitspflege zeigen, dass die privaten Haushalte Sachsens im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringere Aufwendungen aufweisen (vgl. Abb.1). Infolgedessen wird angenommen, dass die hier auftretende relative Differenz zwischen dem Landes- und Bundeswert auch bei den Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte besteht, welche in der Gesundheitsausgabenrechnung in der Ausgabeposition private Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck abgebildet werden. Entsprechend werden diese Ausgaben für Sachsen modifiziert. Diese Modifikation ist nicht anwendbar auf die Ausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die ebenfalls Bestandteil des hier betrachteten Ausgabeträgers sind. Dieser Teil der Ausgaben muss gesondert betrachtet werden.

Im Folgenden werden die einzelnen Berechnungsschritte zur Bestimmung der Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck aufgeführt und erläutert (vgl. Abb. 2).

1. Berechnung der relativen Abweichung der Ausgaben für die Gesundheitspflege aus den Daten der EVS

Auf Grundlage der EVS-Daten werden die sächsischen Ausgaben für die Gesundheitspflege pro Haushalt denen auf Bundesebene gegenübergestellt. Die Ausgaben der Gesundheitspflege setzen sich dabei aus den Ausgaben für medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen sowie für ambulante und stationäre Gesundheitsdienstleistungen zusammen (vgl. dazu Abb. 3). [8]

Aufgrund der fünfjährigen Periodizität der Erhebung stehen Daten für die Jahre 1993, 1998, 2003 sowie 2008 zur Verfügung. Dementsprechend müssen die Ausgaben für Gesundheitspflege für die Zwischenjahre anhand einer linearen Trendberechnung geschätzt werden. Mithilfe dieser Schätzmethode werden die für die Gesundheitsausgabenrechnung benötigten Ausgaben der Gesundheitspflege für die Jahre 2006 und 2007 bestimmt.

Anschließend wird die relative Abweichung der Ausgaben für die Gesundheitspflege zwischen Sachsen und dem Bundesdurchschnitt ermittelt. Dieser ermittelte Differenzbetrag wird später in die Berechnung der Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte einfließen.

Abb. 3 Zusammensetzung der Ausgaben der Gesundheitspflege nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Nr.	Bezeichnung
061	Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen
0611	Pharmazeutische Erzeugnisse (ohne solche für Tiere)
0612	Andere medizinische Erzeugnisse
0613	Therapeutische Geräte und Ausrüstungen
062	Ambulante Gesundheitsdienstleistungen
0621	Ärztliche Dienstleistungen
0622	Zahnärztliche Dienstleistungen
0623	Dienstleistungen nichtärztlicher Gesundheitsdienstberufe
063	Stationäre Gesundheitsdienstleistungen

Eigene Darstellung nach: Systematisches Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Statistisches Bundesamt, 1998, S.125

2. Ermittlung der Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte

Nach Ermittlung der Aufwendungen für die Gesundheitspflege anhand der EVS-Daten werden die Ausgaben der Gesundheitsausgabenrechnung für die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck durch Disaggregation der Bundeswerte an Hand des relativen Anteils an der Bevölkerung für die benötigten Jahre berechnet. [9]

Unter der Annahme, dass 97 Prozent⁶⁾ der gesamten Gesundheitsausgaben des Ausgabenträgers den privaten Haushalten zuzuordnen sind, werden in einem weiteren Schritt die für Sachsen disaggregierten Bundeswerte nur für die privaten Haushalte ermittelt. Die im ersten Berechnungsschritt ermittelten Unterschiede der Ausgaben für Gesundheitspflege zwischen Deutschland und Sachsen bilden die Basis für die Berechnung der landesspezifischen Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte. Die durch Disaggregation der Bundeswerte auf der Basis der Einwohner berechneten Gesundheitsausgaben je Haushalt werden entsprechend dem relativen Betrag dieser Unterschiede modifiziert.

3. Ermittlung der Gesundheitsausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

Die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die in Deutschland einen Anteil von rund drei Prozent an den Gesundheitsausgaben des dargestellten Ausgabenträgers einnehmen, wurden nicht mit in die landesspe-

Tab. 2 Ausgaben je privaten Haushalt für Gesundheitspflege in Deutschland und Sachsen

Jahr	Deutschland	Sachsen	Abweichung Sachsen zum Bundesdurchschnitt	
			absolut	relativ
€				
1993	56,75	25,00	-31,75	-55,9
1998	75,16	45,00	-30,16	-40,1
2003	84,00	47,00	-37,00	-44,0
2006 ¹⁾	90,00	53,34	-36,66	-40,7
2007 ¹⁾	92,00	55,45	-36,55	-39,7
2008	94,00	57,56	-36,44	-38,8

1) Für diese Jahre standen keine Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zur Verfügung, die Ausgaben für die Gesundheitspflege wurden anhand der zur Verfügung stehenden Daten linear interpoliert.
Quelle: Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

zifische Schätzung eingeschlossen. Zu ihnen zählen unter anderem soziale Vereinigungen, Wohlfahrtsverbände sowie Hilfswerke und Entwicklungshilfeorganisationen. Ihre Hauptmittel stammen vor allem aus freiwilligen Geld- oder Sachbeiträgen, Spenden und Zahlungen des Staates. Es gibt keine Datengrundlage für eine landesspezifische Schätzung dieses Ausgabepostens. Entsprechend werden die durch Disaggregation der Bundeswerte an Hand des Bevölkerungsanteils ermittelten Ausgabenwerte übernommen.

4. Berechnung der Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck insgesamt

In einem letzten Schritt werden die landesspezifisch ermittelten Ausgaben der privaten Haushalte mit den durch Disaggregation berechneten Ausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck für die jeweiligen Jahre addiert.

Ergebnisse

Die Ausgaben für die Gesundheitspflege je Haushalt, welche im Rahmen der EVS ermittelt wurden, lagen in Sachsen für 2008 bei rund 58 € und damit um 38,8 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt (**Berechnungsschritt 1**).⁷⁾ Vergleiche dazu Tabelle 2. Die durch Interpolation für die Jahre 2006 und 2007 ermittelten Werte waren mit rund 53 € bzw. 55 € etwas niedriger, die Differenz zum Bundesdurchschnitt mit 40,7 bzw. 39,7 Prozent etwas größer. Generell zeigen die EVS-Ergebnisse seit 1998 keine eindeutige Tendenz zur Entwicklung der Differenz der durchschnittlichen Ausgaben für die Gesundheitspflege zwischen Sachsen und dem Bund. Nachdem für 1993 ein Wert von -55,9 Prozent ermittelt wurde, verringert sich diese Differenz 1998 deutlich auf -40,1 Prozent und bewegte sich auch bei den folgenden Er-

hebungen mit -44,0 Prozent (2003) und -38,8 Prozent (2008) auf diesem Niveau.

Für die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte wurde durch Disaggregation der Bundeswerte für 2008 ein Wert von 1 755,4 Millionen € errechnet. Verringert um die auf der Grundlage der EVS ermittelte Differenz von 38,8 Prozent ergibt sich für die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte 2008 in Sachsen ein Wert von 1 074,9 Millionen € (**Berechnungsschritt 2**). Diese landesspezifische Berechnung der Gesundheitsausgaben für die privaten Haushalte ist für weitere Jahre verfügbar (vgl. dazu Tab. 3 und Abb. 4). Die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte weisen eine stetige, leicht steigende Tendenz auf. Für den hier betrachteten Zeitraum 2006 bis 2008 wurde ein Anstieg von rund 68,5 Millionen € bzw. 6,8 Prozent errechnet.

In **Berechnungsschritt 3** wurden für die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck die Gesundheitsausgaben ermittelt. Für 2008

6) Laut Information des Statistischen Bundesamtes beliefen sich 2006 die Ausgaben des Ausgabenträgers private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck auf 33,5 Milliarden €. Davon entfielen 995 Millionen € auf die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und 32,4 Milliarden € auf die privaten Haushalte. Somit entfielen rund drei Prozent der Gesundheitsausgaben des Ausgabenträgers auf die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Auch für 2007 und 2008 liegen dieselben Proportionen vor. Es wird die Annahme getroffen, dass die Verteilung der Ausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck in Sachsen dem Bundesdurchschnitt gleicht und auch drei Prozent der Gesundheitsausgaben des Trägers einnimmt.

7) Eine Erklärung für die Abweichungen im Ausgabeverhalten liefert der Bericht über die Jahresergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. In diesem Bericht wird gesagt, dass die Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Beamte oder Pensionäre sind, höhere Anteile ihres Konsumbudgets für Gesundheitspflege ausgeben als der Durchschnitt. „Eine Begründung für die hohen Budgetanteile liefert der für diese sozialen Haushaltgruppen fast ausnahmslos bestehende private Krankenversicherungsschutz. Zwar erhalten die Haushaltsmitglieder eine Arztkostenersatzung durch die Beihilfe und die private Krankenkasse; die Arztrechnungen sind aber zunächst vom Haushalt privat zu begleichen, wodurch die Ausgabenhöhe in diesem Bereich begründet ist.“ [11, S. 1322] In den Vorbemerkungen dieses Beitrages wurde darauf hingewiesen, dass der Anteil der privat Krankenversicherten in Sachsen unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Entsprechend liefert dieser Fakt die Erklärung für die hohe Abweichung der Ausgaben der Hilfe zur Gesundheitspflege in Sachsen vom Bundesdurchschnitt.

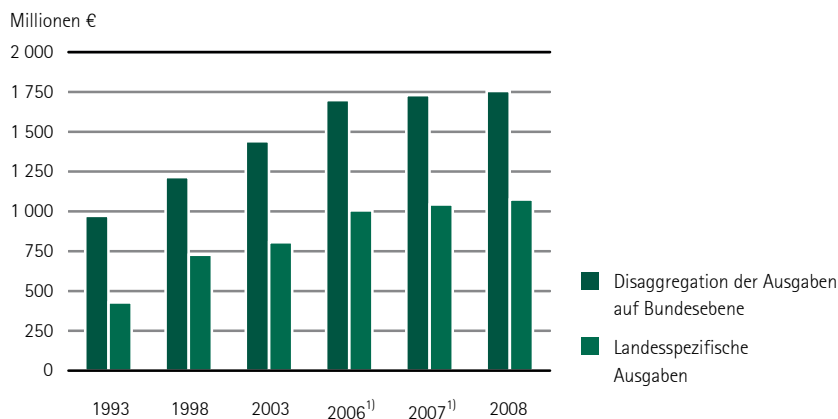
Tab. 3 Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte

Jahr	Ausgaben in Deutschland	Ausgaben in Sachsen		Abweichung zu den disaggregierten Daten	
		nach Disaggregation	nach landesspezifischen Berechnungen	absolut	relativ
		Millionen €			%
1993	17 059,4	971,6	428,0	-543,6	-55,9
1998	22 124,7	1 215,4	727,7	-487,7	-40,1
2003	27 427,7	1 440,6	806,0	-634,5	-44,0
2006 ¹⁾	32 820,9	1 698,2	1 006,4	-691,8	-40,7
2007 ¹⁾	33 611,5	1 730,1	1 042,7	-687,4	-39,7
2008	34 277,9	1 755,4	1 074,9	-680,5	-38,8

1) Für diese Jahre stehen keine Daten aus der Einkommens- und Verbrauchstichprobe zur Verfügung, auf deren Basis die länderspezifische Schätzung erfolgen kann. Die zur Schätzung notwendigen Daten zu den Ausgaben für die Gesundheitspflege wurden anhand der verfügbaren Daten für 2003 und 2008 linear interpoliert.

Quelle: GAR des Bundes/ Stand März 2010

Abb. 4 Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte in Sachsen nach Berechnungsmethodik



1) Für diese Jahre stehen keine Daten aus der Einkommens- und Verbrauchstichprobe zur Verfügung, auf deren Basis die landesspezifische Schätzung erfolgen kann. Die zur Schätzung notwendigen Daten zu den Ausgaben für die Gesundheitspflege wurden anhand der verfügbaren Daten für 2003 und 2008 linear interpoliert.

Tab. 4 Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

Jahr	Ausgaben in Deutschland	Ausgaben in Sachsen		Abweichung zu den disaggregierten Daten	
		nach Disaggregation	nach landesspezifischen Berechnungen	absolut	relativ
		Millionen €			%
1993	17 587,0	1 001,7	458,1	-543,6	-54,3
1998	22 809,0	1 253,0	765,3	-487,7	-38,9
2003	28 276,0	1 485,1	850,6	-634,5	-42,7
2006 ¹⁾	33 836,0	1 750,7	1 058,9	-691,8	-39,5
2007 ¹⁾	34 651,0	1 783,6	1 096,2	-687,4	-38,5
2008	35 338,0	1 809,6	1 129,2	-680,5	-37,6

1) Für diese Jahre stehen keine Daten aus der Einkommens- und Verbrauchstichprobe zur Verfügung, auf deren Basis die länderspezifische Schätzung erfolgen kann. Die zur Schätzung notwendigen Daten zu den Ausgaben für die Gesundheitspflege wurden anhand der verfügbaren Daten für 2003 und 2008 linear interpoliert.

Quelle: GAR des Bundes/ Stand März 2010

betragen sie 54,3 Millionen €, für die Vorjahre waren sie mit 53,5 Millionen € (2007) bzw.

52,5 Millionen € (2006) geringfügig niedriger. Von den privaten Haushalten und privaten

Organisationen ohne Erwerbszweck zusammen (**Berechnungsschritt 4**) wurden im Jahr 2008 insgesamt 1 129,2 Millionen € für die Gesundheit ausgegeben (vgl. Tab. 4). Für die Vorjahre beliefen sich diese Ausgaben auf 1 058,9 Millionen € (2006) bzw. 1 096,2 Millionen € (2007). Damit stiegen die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck innerhalb von zwei Jahren um 70,3 Millionen € bzw. 6,6 Prozent.

2008 hatten diese Ausgaben einen Anteil von 8,6 Prozent an den gesamten Gesundheitsausgaben. Im Vergleich dazu nahm der Ausgabenträger im Bundesdurchschnitt einen Anteil von 13,4 Prozent ein.

Mit einem Ausgabenbetrag von 269 € je Einwohner 2008 ist dieser Ausgabenträger nach der gesetzlichen Krankenversicherung (2 052 € je Einwohner bzw. 66,1 Prozent der Gesundheitsausgaben insgesamt) und der sozialen Pflegeversicherung (289 € je Einwohner bzw. 9,3 Prozent der Gesundheitsausgaben insgesamt) der drittgrößte Ausgabenträger der Gesundheitsausgabenrechnung in Sachsen.

Diese Ausgabenstruktur ist auch für die Jahre 2006 und 2007 präsent, allerdings weist der Anteil der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eine leicht sinkende Tendenz auf. Betrug deren Anteil an den Gesundheitsausgaben 2006 noch 9,4 Prozent und war damit geringfügig höher als der Anteil der sozialen Pflegeversicherung (9,3 Prozent), so sank er 2007 auf 9,0 Prozent (soziale Pflegeversicherung: 9,2 Prozent) und war damit, wie auch 2008, der drittgrößte Ausgabeposten.

Ungeachtet dieser Tendenz stiegen die Gesundheitsausgaben je Einwohner für diesen Ausgabenträger an. Für 2006 wurden 248 € berechnet, für 2007 waren es 259 € und für das Folgejahr wurden noch einmal 10 € mehr ermittelt.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Die vorgestellte Methode realisiert die Schätzung der Gesundheitsausgaben des Ausgabenträgers private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung unter Einbeziehung landesspezifischer Sekundärinformationen. Die vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Berechnungen zur Ermittlung der Gesundheitsausgaben dieses Ausgabenträgers können aufgrund fehlender Informationen auf Landesebene nicht analog realisiert werden. Die Grundlage für die Ermittlung dieser Ausgaben auf Landesebene bilden deshalb die an Hand des relativen Anteils an der Bevölkerung disag-

Tab. 5 Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern in Sachsen 2006 bis 2008

Ausgabenträger	2006			2007			2008		
	Millionen €	%	je Einwohner in €	Millionen €	%	je Einwohner in €	Millionen €	%	je Einwohner in €
Insgesamt	11 281	100	2 647	12 152	100	2 870	13 059	100	3 105
davon									
öffentliche Haushalte	517	4,6	121	513	4,2	121	502	3,8	119
gesetzliche Krankenversicherung	7 236	64,1	1 698	7 940	65,3	1 875	8 631	66,1	2 052
soziale Pflegeversicherung	1 047	9,3	246	1 112	9,2	263	1 216	9,3	289
gesetzliche Rentenversicherung	185	1,6	43	193	1,6	46	198	1,5	47
gesetzliche Unfallversicherung	210	1,9	49	206	1,7	49	218	1,7	52
private Krankenversicherung	522	4,6	122	567	4,7	134	623	4,8	148
Arbeitgeber	506	4,5	119	523	4,3	124	541	4,1	129
private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	1 059	9,4	248	1 096	9,0	259	1 129	8,6	269

Schätzung März 2011

gregierten Werte des Bundes. Diese werden auf der Grundlage der Unterschiede zwischen Deutschland und Sachsen im Ausgabeverhalten der privaten Haushalte bezüglich der Ausgaben zur Gesundheitspflege modifiziert. Da in absehbarer Zeit keine Verbesserung der Datenlage abzusehen ist, stellt dieser Ansatz aus heutiger Sicht eine geeignete Lösung dar.

Dr. Bernd Richter, Referent Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen
 Dipl.-Geogr. Kristina Richter, Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen
 Sabine Unger, Studentin Volkswirtschaftslehre, TU Dresden, 2010 Praktikantin im Referat Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Richter, B.: Gesundheitsausgabenrechnungen auf Länderebene – methodische Grundlagen zur Realisierung eines landesspezifischen Ansatzes. In: Statistik in Sachsen, 1/2011, S. 28 – 32.
- [2] Richter, K.: Disaggregation oder landesspezifische Berechnungen – ein Methodenvergleich zur Gesundheitsausgabenrechnung auf Landesebene. In: Statistik in Sachsen, 4/2010, S. 2 – 8.
- [3] Schulze, K.: Ermittlung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung auf Bundesländerebene – Möglichkeiten und Probleme, dargestellt am Beispiel des Freistaates Sachsen. Diplomarbeit, eingereicht am 30. Juli 2009 am Lehrstuhl für Volkswirtschaft, insbesondere Geld, Kredit und Währung, Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Technische Universität Dresden, verteidigt am 15. September 2009.
- [4] www.vgrdl.de → Einkommen → Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1991 bis 2009
- [5] Schneider, M., U. Hofmann, P. Biene-Dietrich: Gesundheitsökonomische Basisdaten für Sachsen, Berichtsjahr 1997. Gutachten für das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie, o. O. 2000.
- [6] Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS): Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum. Statistisches Bundesamt, unter <http://www.destatis.de>, [zuletzt aufgerufen am 29.10.2010].
- [7] Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS): Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum, Statistisches Landesamt Sachsen, unter www.statistik.sachsen.de [zuletzt aufgerufen am 29.10.2010].
- [8] Systematisches Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Statistisches Bundesamt, 1998.
- [9] Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Statistisches Bundesamt, Tabelle: Gesundheitsausgaben in Deutschland in Millionen €, Gliederungsmerkmale: Jahre, Art der Einrichtung, Art der Leistung und Ausgabenträger.
- [10] Kott, K.: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Jahresergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, Statistisches Bundesamt, 2003.

Einnahmen und Ausgaben sächsischer Privathaushalte – ausgewählte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Vorbemerkungen

Im Zeitraum von Januar bis Dezember 2008 wurde bundesweit zum zehnten Mal eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt, bei der 0,2 Prozent aller Privathaushalte in Deutschland teilnahmen. In den alten Bundesländern finden Einkommens- und Verbrauchsstichproben bereits seit 1962/63 und in den neuen Bundesländern seit 1993 im **Fünfjahresrhythmus** statt. Sie liefern repräsentative Ergebnisse für die Gesamtheit der privaten Haushalte und bilden damit eine der wichtigsten statistischen Quellen für Informationen über Einkommenserzielung, -verteilung und -verwendung. [1, 2, vgl. 4] Darüber hinaus ist die EVS eine bedeutende Informationsquelle für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie die Berechnungsgrundlage für die Arbeitslosen-geld II-Regelsätze (Hartz IV). Nachfolgend werden ausgewählte Ergebnisse zu den **durchschnittlichen monatlichen**

Einnahmen und Ausgaben der sächsischen Privathaushalte dargestellt. Diese basieren auf dem Kernstück der EVS, den Haushaltsbüchern. In diesen erfolgte jeweils durch ein Viertel der teilnehmenden Haushalte im Rotationsverfahren für ein Quartal im Jahr 2008 die vollständige Anschreibung aller Einnahmen und Ausgaben (vgl. Abb. 1).

Ausführliche Ergebnisse zu den Einnahmen und Ausgaben der Privathaushalte in Sachsen wurden auch in zwei Statistischen Berichten veröffentlicht. [5, 6] Einen thematischen Überblick liefern zudem zwei Faltblätter. [7, 8]

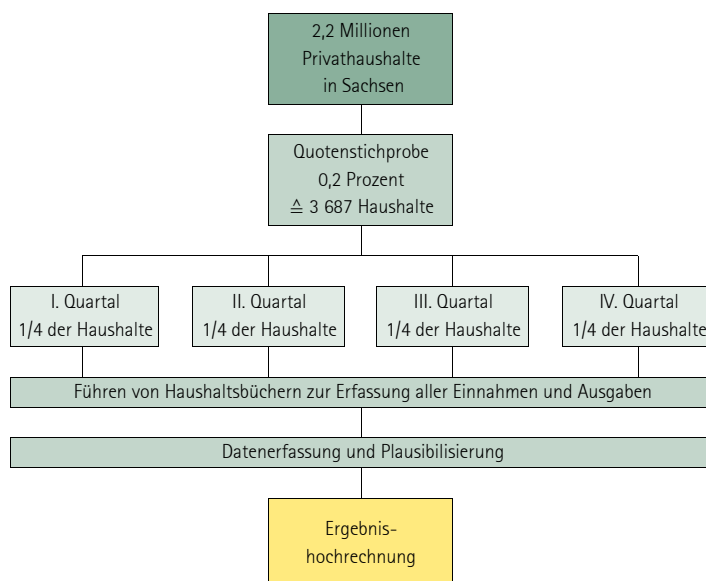
Methodische Erläuterungen

Durch die Festlegung eines Haupteinkommensbeziehers (Person ab 18 Jahren, die den größten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen leistet) wird es möglich, Mehrpersonenhaushalte nach unterschiedlichen Merkmalen (z. B. soziale Stellung und Alter) einheitlich zu gliedern und zu analysieren.

Die Daten der EVS 2008 wurden **getrennt** für das Bundesgebiet und die Länder hochgerechnet. Mit der Hochrechnung wurden die Stichprobendaten so gewichtet, dass die hochgerechneten Ergebnisse mit bekannten Daten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Bei der Hochrechnung auf Bundesebene wurden besonders viele Strukturdaten (wie z. B. Haushaltstyp, soziale Stellung und Alter des Haupteinkommensbeziehers, Haushaltsnettoeinkommensklasse, Haushaltsgröße) berücksichtigt.

Für die Länderergebnisse, die mit dem Länderfaktor erstellt wurden, wurden weniger Merkmale, dafür aber die landesspezifischen Daten einbezogen. Damit wird gewährleistet, dass die hochgerechneten Länderergebnisse im Hinblick auf die verwendeten Merkmale mit den bekannten Länderwerten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Alle im Artikel dargestellten Länderergebnisse basieren auf den **jeweiligen Länderfaktoren** der Hochrechnung.

Abb. 1 Erhebungsmethodik zur Ermittlung der Einnahmen und Ausgaben



Haushaltsbrutto- und Haushaltsnettoeinkommen

Im Jahr 2008 betrug das durchschnittliche monatliche Haushaltsbruttoeinkommen der sächsischen Privathaushalte 2 816 €. Nach den Abzügen von Einkommen- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlägen und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung stand den Privathaushalten ein Haushaltsnettoeinkommen von 2 255 € zur Verfügung. Gegenüber 1998 (2 522 €) stieg das Haushaltsbruttoeinkommen um 294 € bzw. um 11,7 Prozent und gegenüber 2003 (2 717 €) um 99 € (3,6 Prozent). Das Haushaltsnettoeinkommen erhöhte sich gegenüber 1998 (2 046 €) um 209 € bzw. um 10,2 Prozent und gegenüber 2003 (2 235 €) um 20 € (0,9 Prozent), vgl. Tab. 1. [5]

Tab. 1 Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte in Sachsen 1998, 2003 und 2008

Merkmal	1998		2003		2008	
	€	%	€	%	€	%
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 290	51,2	1 293	47,6	1 557	55,3
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	104	4,1	123	4,5	128	4,5
Einnahmen aus Vermögen	179	7,1	215	7,9	214	7,6
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	876	34,8	975	35,9	814	28,9
darunter						
(Brutto-) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	553	21,9	643	23,7	535	19,0
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	73	2,9	110	4,0	102	3,6
Einnahmen aus Untervermietung	/	/	1	0,0	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen	2 522	100	2 717	100	2 816	100
abzüglich:						
Einkommen-, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	186	7,4	190	7,0	234	8,3
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	290	11,5	292	10,7	327	11,6
Haushaltsnettoeinkommen	2 046	81,1	2 235	82,3	2 255	80,1
zuzüglich:						
Einnahmen aus Verkauf von Waren	23	x	17	x	15	x
Sonstige Einnahmen	19	x	15	x	21	x
Ausgabefähiges Einkommen und Einnahmen	2 088	82,8	2 267	83,4	2 290	81,3
Einnahmen aus Vermögensumwandl./Krediten	443	x	563	x	758	x
Gesamteinnahmen¹⁾	3 008	x	3 311	x	3 609	x
Private Konsumausgaben	1 675	55,0	1 791	54,5	1 842	50,7
Andere Ausgaben	894	29,4	1 011	30,8	1 228	33,8
Gesamtausgaben²⁾	3 045	100	3 284	100	3 632	100

1) Die Gesamteinnahmen errechnen sich aus dem Haushaltsbruttoeinkommen zuzüglich den Einnahmen aus dem Verkauf von Waren, den sonstigen Einnahmen sowie den Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten.

2) Die Gesamtausgaben errechnen sich aus den privaten Konsumausgaben zuzüglich anderen Ausgaben sowie Einkommen- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag und den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung.

Sächsische Haushaltseinkommen im Vergleich

Die durchschnittlichen monatlichen Einkommen der Privathaushalte in Sachsen lagen 2008 trotz des Anstiegs des Haushaltsnetto- und Haushaltsbruttoeinkommens deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von brutto 3 707 € und netto 2 914 €. Im früheren Bundesgebiet betrug das Haushaltsbruttoeinkommen sogar 3 899 € und das Haushaltnettoeinkommen 3 056 €.

Für die privaten Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag das durchschnittliche Haushaltseinkommen bei brutto 2 867 € und netto bei 2 292 €. Das waren 51 € bzw. 37 € mehr als bei den sächsischen Privathaushalten. [5]

Einen konkreten Überblick über die regionale Verteilung der Einkommenshöhe der Haushalte liefert ein Vergleich der einzelnen Bundesländer (vgl. Abb. 2).

Sachsen belegte beim Haushaltsbrutto- und Haushaltsnettoeinkommen den vorletzten Rang vor Mecklenburg-Vorpommern (brutto 2 707 €, netto 2 170 €). An der Spitze standen dagegen mit brutto 4 284 € und netto 3 329 € im Monat die Privathaushalte von Baden-Württemberg, gefolgt von den bayerischen Haushalten (brutto 4 182 €, netto 3 248 €).

Auch 2003 befanden sich bereits die sächsischen Privathaushalte beim Haushaltsbrutto- als auch Haushaltsnettoeinkommen

Abb. 2 Haushaltsbrutto- und Haushaltsnettoeinkommen privater Haushalte im Ländervergleich 2008

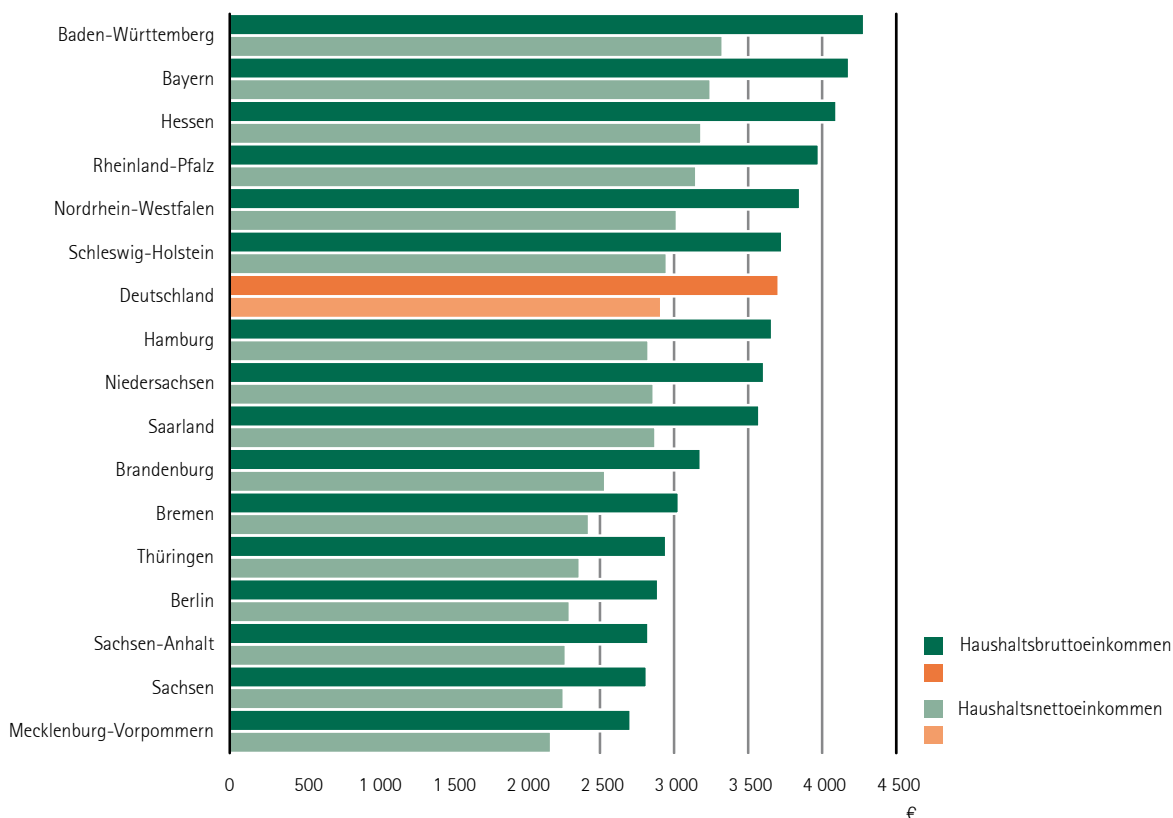


Abb. 3 Berechnungsschemata

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen 2008 (in €)

Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit	Bruttoeinkommen aus selbstständiger Tätigkeit	Einnahmen aus Vermögen	Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	Einkommen aus nicht-öffentlichen Transferzahlungen	Einnahmen aus Untervermietung
1 557	128	214	814	102	/
Haushaltsbruttoeinkommen					
2 816					
abzüglich Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag					
234					
abzüglich Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung					
327					
Haushaltsnettoeinkommen					
2 255					
zuzüglich Einnahmen aus dem Verkauf von Waren					
15					
zuzüglich Sonstige Einnahmen					
21					
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen					
2 290					

Gesamteinnahmen 2008 (in €)

Haushaltsbruttoeinkommen	Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	Sonstige Einnahmen	Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten
2 816	15	21	758
Gesamteinnahmen			
3 609			

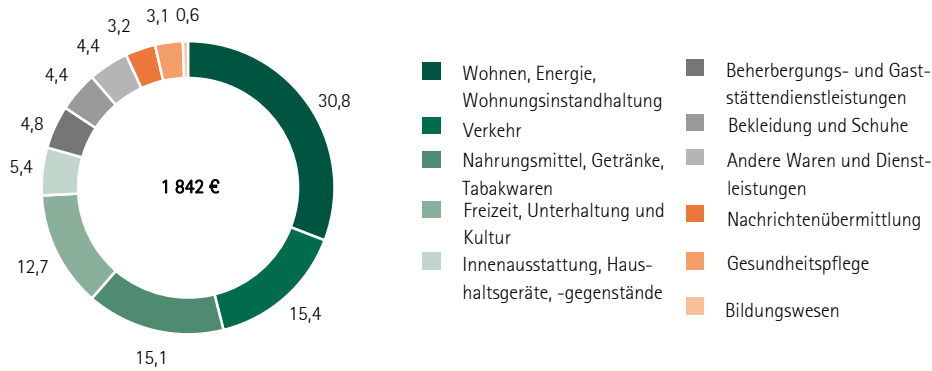
Gesamtausgaben 2008 (in €)

Private Konsumausgaben	Andere Ausgaben	Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
1 842	1 228	234	327
Gesamtausgaben			
3 632			

Ersparnis 2008 (in €)

Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen
119
zuzüglich Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen
722
zuzüglich Rückzahlung von Krediten (ohne Zinsen)
117
abzüglich Einnahmen aus Auflösung von Sachvermögen
13
abzüglich Einnahmen aus Auflösung von Geldvermögen
672
abzüglich Einnahmen aus Kreditaufnahme
73
Ersparnis
200

Abb. 4 Konsumausgaben privater Haushalte 2008 nach Ausgabepositionen (in Prozent)



an vorletzter Stelle vor Mecklenburg-Vorpommern (brutto 2 682 €, netto 2 199 €). [3]

Einkommenszusammensetzung

Die Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens unterlag in den letzten zehn Jahren einem stetigen Wandel im Freistaat. Der Anteil des Einkommens aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit am Haushaltsbruttoeinkommen sank von 55,3 Prozent im Jahr 1998 auf 52,1 Prozent 2003 und stieg bis 2008 wieder um 7,7 Prozentpunkte auf 59,8 Prozent an.

Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil von öffentlichen Transferleistungen am Haushaltsbruttoeinkommen zunächst von 34,8 Prozent im Jahr 1998 bis 2003 auf 35,9 Prozent, sank jedoch danach wieder um 7,0 Prozentpunkte ab auf 28,9 Prozent im Jahr 2008.

Entsprechend dem Anstieg der sächsischen Haushaltsbrutto- und Haushaltsnettoeinkommen stiegen auch die monatlichen ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen der Privathaushalte weiter an. Stand den Haushalten in Sachsen 1998 ein Einkommen von 2 088 € zur Verfügung, waren es 2003 bereits 2 267 € und fünf Jahre später 2 290 €. Im Vergleich zu 1998 ein Plus von 202 € bzw. 9,7 Prozent (vgl. Abb. 3). [5]

Konsumausgaben der Privathaushalte

Den Einnahmen und Einkommen der Haushalte stehen die monatlichen Ausgaben gegenüber. Nachfolgend werden die Ausgaben für den privaten Konsum betrachtet, welche 2008 monatlich mit durchschnittlich 1 842 € erneut die **größte Ausgabeposition** darstellten (2003: 1 791 €, 1998: 1 675 €).

Am höchsten waren die Aufwendungen der Privathaushalte im Freistaat für den Bereich Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung mit 568 € (30,8 Prozent), gefolgt von den

Aufwendungen für Verkehr (u. a. Kraftwagen, Kraftstoffe, Verkehrsdienstleistungen) mit 284 € (15,4 Prozent). An dritter Stelle lagen mit 279 € (15,1 Prozent) die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Am geringsten waren mit lediglich 12 € (0,6 Prozent) die monatlichen Aufwendungen für die Bildung (vgl. Abb. 4). [6]

Ausgehend von den niedrigen Haushaltseinkommen der sächsischen Privathaushalte, belegte der Freistaat 2008 im Ländervergleich der Konsumausgabenhöhe wiederum den vorletzten Rang vor Mecklenburg-Vorpommern (1 746 €). Die höchsten monatlichen Konsumausgaben wiesen, wie beim Einkommen, mit 2 472 € die Haushalte von Baden-Württemberg auf (vgl. Abb. 5).

Auch 2003 befand sich der Freistaat an gleicher Position. Die größten Konsumausgaben wiesen zu diesem Zeitpunkt jedoch die bayrischen Haushalte (2 342 €) auf. [3]

Geschlechterspezifische Konsumausgaben

Durch die Betrachtung der Haushaltstypen „Alleinlebende Männer“ und „Alleinlebende Frauen“ ist es möglich, bei Haushaltsbefragungen einen Einblick in das geschlechterspezifische Ausgabeverhalten zu gewinnen. Bei dieser Analyse muss jedoch berücksichtigt werden, dass auf Grund geringer Fallzahlen die soziale Stellung und die Altersstruktur des jeweiligen Geschlechts nicht betrachtet werden können.

Resultierend aus dem höheren Haushaltseinkommen der Männer (brutto 1 849 €, netto 1 428 €) gegenüber den Frauen (brutto 1 492 €, netto 1 244 €) (vgl. [5]) lagen 2008 auch die Konsumausgaben bei Männern (1 232 €) höher als bei Frauen (1 121 €). Prozentual betrachtet waren damit die monatlichen Konsumausgaben der Männer 9,9 Prozent (111 €) höher als die der Frauen.

Die Ausgabenstruktur zeigt z. B. bei der Ausgabeposition Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung Unterschiede zwischen den

Geschlechtern. Frauen gaben 38,3 Prozent (429 €) ihrer Gesamtkonsumausgaben für diesen Posten aus, Männer ein Drittel (409 €). Auch für Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände gaben Frauen monatlich mehr aus als Männer. Frauen zahlten monatlich 5,4 Prozent (60 €) für diese Position, Männer dagegen nur 3,5 Prozent (44 €). Der deutlichste Unterschied zeigte sich beim Bereich Verkehr, für den Männer doppelt soviel ausgaben wie Frauen. Männer wendeten für Kraftwagen, Kraftstoffe, Verkehrsdienstleistungen u. Ä. 17,8 Prozent (219 €) ihrer monatlichen Gesamtkonsumausgaben auf, bei den Frauen waren es dagegen nur 8,7 Prozent (97 €).

Beim Ausgabeverhalten für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren gab es zwischen Männern und Frauen nur geringe Unterschiede. Männer wendeten 14,2 Prozent (175 €) und Frauen 14,1 Prozent (159 €) monatlich auf. Wird jedoch ausschließlich die Unterposition alkoholische Getränke, Tabakwaren u. Ä. betrachtet, gaben Frauen 1,3 Prozent (14 €), Männer dagegen 3,0 Prozent (36 €) und damit mehr als das Doppelte monatlich für diese Genussmittel aus. [6]

Ersparnis

Weiter rückläufig war entgegen der Einkommensentwicklung die monatliche Ersparnis. 2008 blieb den sächsischen Privathaushalten ein durchschnittlicher Sparbetrag von 200 €. 2003 waren es noch 15 € (7,0 Prozent) und 1998 46 € (18,4 Prozent) mehr, die im Monat zur Verfügung standen.

Insbesondere die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers hat neben dem Haushaltsnettoeinkommen, dem Haushaltstyp sowie der Haushaltsgröße Einfluss auf die Höhe der Ersparnis. In Arbeitslosenhaushalten konnten 2008 lediglich 31 € pro Monat als Sparbetrag zurückgelegt werden, 2003 waren es 52 € und 1998 noch 87 €. Pro-

zentual betrachtet sanken damit die Sparbeiträge von Arbeitslosenhaushalten gegenüber 2003 um 40,4 Prozent und gegenüber 1998 um 64,4 Prozent.

Am niedrigsten war die monatliche Ersparnis mit 28 € bei Haushalten von Rentnern. Die höchsten Sparbeiträge erzielten dagegen Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Beamte (788 €) oder Angestellte (359 €) waren. [5]

Zusammenfassung

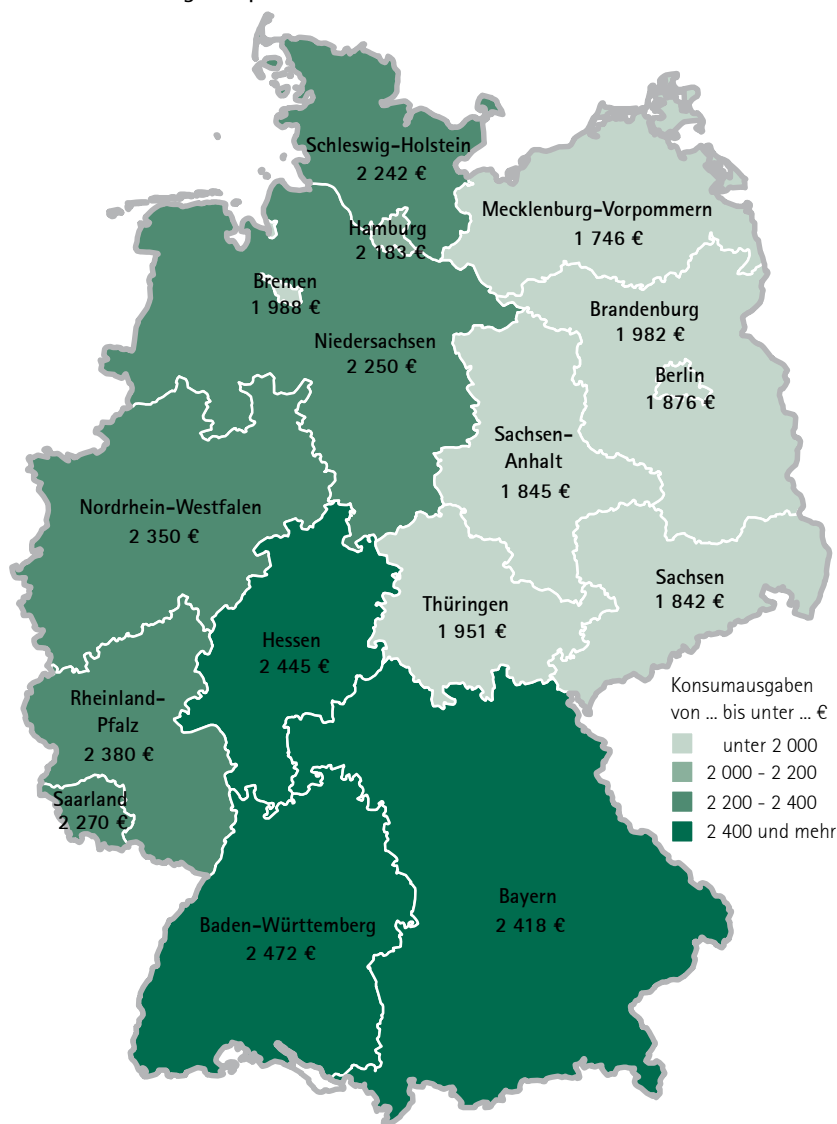
Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe liefert ein Abbild der monatlichen Einnahmen und Ausgaben der Privathaushalte. Im Vergleich zu der EVS 2003 und 1998 ist ein stetiger Anstieg der sächsischen Haushaltsbrutto- und Haushaltsnettoeinkommen ersichtlich. Dennoch blieb die Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen hinter der der Haushaltsbruttoeinkommen zurück. Gegenüber 2003 stieg das Haushaltsnettoeinkommen sächsischer Privathaushalte lediglich um knapp ein Prozent.

Die Aufwendungen für den privaten Konsum sind im Betrachtungszeitraum gestiegen, gegenüber 1998 um zehn Prozent. Geschlechterspezifische Unterschiede zeigten sich insbesondere bei der größten Ausgabeposition Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung, für die Frauen deutlich mehr monatlich aufwendeten als Männer. Ein gegensätzliches Bild zeigte sich beim Bereich Verkehr, hier gaben Männer mehr als doppelt soviel im Monat aus wie das weibliche Geschlecht. [5] Analog zur Entwicklung der Haushaltseinkommen stiegen auch die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen im Zeitraum von zehn Jahren weiter an. Gegensätzlich verlief die Entwicklung der monatlichen Ersparnis der Privathaushalte in Sachsen. Im Vergleich zu 1998 sank der monatliche Sparbetrag um fast 20 Prozent. [5]

Im Ländervergleich der Einnahmen- und Ausgabenhöhe belegten die Privathaushalte von Sachsen jeweils nur untere Positionen.

Marcel Goldmann, Dipl.-Geogr., Fachverantwortlicher Analyse Bevölkerung, Haushalte
Bettina Koreng, Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), Mitarbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Abb. 5 Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland 2008¹⁾



© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG [2011]

1) Ergebnisse der Länderhochrechnung

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2008, Fachserie 15 Heft 4, Wiesbaden 2010.
- [2] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum 2008, Fachserie 15 Heft 5, Wiesbaden 2010.
- [3] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2003, Fachserie 15 Heft 4, Wiesbaden 2005, überarbeitete Fassung vom 20. Juli 2007.
- [4] Statistisches Bundesamt: Qualitätsbericht – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, Wiesbaden 2005.
- [5] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht O II 3 – 5j/08, Kamenz 2011.
- [6] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Aufwendungen für den privaten Konsum im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht O II 5 – 5j/08, Kamenz 2011.
- [7] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Sachsen, Faltblatt, Kamenz 2011.
- [8] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Konsumausgaben privater Haushalte in Sachsen, Faltblatt, Kamenz 2011.

Umfang alkoholbezogener Störungen in Mitteldeutschland im Spiegel der amtlichen Statistik

Vorbemerkungen

Riskanter Alkoholkonsum ist ein ernstes Gesundheitsproblem in Deutschland. Rund 1,6 Millionen Erwachsene sind nach letzten Schätzungen des Robert-Koch-Instituts [1] alkoholabhängig. Schon bei Kindern und Jugendlichen finden sich riskante Trinkmuster: Von zwölf Prozent der 12- bis unter 15-Jährigen und fast der Hälfte der 16- bis 19-Jährigen werden mindestens einmalige monatliche Trinkanlässe mit Intoxikation berichtet. Das durchschnittliche Einstiegsalter in den Alkoholkonsum liegt bei 13 Jahren. Etwa 22

Prozent der 18- bis 59-jährigen Erwachsenen trinkt Alkohol in einem Ausmaß, in dem auf Dauer physische, psychische und soziale Folgeschäden zu erwarten sind. [2] Unterschiedliche Leiden wie Leberzirrhose, Herzmuskelerkrankungen, Schädigungen des Gehirns und peripheren Nervensystems sowie Entzündungen und zahlreiche Krebserkrankungen werden durch missbräuchlichen Alkoholkonsum begünstigt. Zudem steht Alkohol häufig in Zusammenhang mit Unfällen, Gewalttaten und Selbstmorden und führt darüber hinaus oftmals zur Störung oder Auflösung sozialer Beziehungen sowie zum Verlust von Arbeitsplatz und Wohnung. [3]

An dieser Stelle sollen insbesondere alkoholassoziierte Krankheiten betrachtet werden,

die in der Krankenhausstatistik und in der Todesursachenstatistik von Bedeutung sind. Auf dieser Basis sind umfangreiche Vergleiche zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Mitteldeutschland) und zu Bundesergebnissen möglich. Veranlassung, die drei mitteldeutschen Länder in den Fokus zu rücken, ist eine gemeinsame Tagung der mitteldeutschen Landesstellen gegen die Suchtgefahren am 25. Mai 2011 im Hygiene-Museum in Dresden, auf der entsprechende Ergebnisse präsentiert werden sollen.

Tabelle 1 enthält die Krankheiten, die zu 100 Prozent als „alkoholbedingt“ anzusehen sind. Diese wurde für alle weiteren Betrachtungen zu den alkoholbedingten Erkrankungen bzw. alkoholbedingten Sterbefällen herangezogen. Bei Krankenhausbehandlungen sind dabei

Tab. 1 Alkoholbedingte Krankheiten

Code ICD-10	Erläuterung
E24.4	Alkoholinduziertes Pseudo-Cushing-Syndrom
E52	Niazinmangel (alkoholbedingte Pellagra)
F10	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol
G31.2	Degeneration des Nervensystems durch Alkohol
G62.1	Alkohol-Polyneuropathie
G72.1	Alkoholmyopathie
I42.6	Alkoholische Kardiomyopathie
K29.2	Alkoholgastritis
K70	Alkoholische Leberkrankheit
K85.2	Alkoholinduzierte akute Pankreatitis (ab 2006)
K86.0	Alkoholinduzierte chronische Pankreatitis
O35.4	Betreuung der Mutter bei (Verdacht auf) Schädigung des Feten durch Alkohol
P04.3	Schädigung des Feten und Neugeborenen durch Alkoholkonsum der Mutter
Q86.0	Alkohol-Embryopathie (mit Dysmorphien)
R78.0	Nachweis von Alkohol im Blut
T51.0	Toxische Wirkung: Äthanol
T51.9	Toxische Wirkung: Alkohol, nicht näher bezeichnet

Quelle: GBE-Bund [4]

Tab. 2 Sterbefälle an alkoholbedingten Krankheiten in Deutschland und den Ländern Mitteldeutschlands 2009 nach ausgewählten Todesursachen und Geschlecht

ICD10	Todesursache	Deutschland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
männlich					
	Alkoholbedingte Krankheiten	10 856	933	626	408
F10	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	3 741	179	123	106
I42.6	Alkoholische Kardiomyopathie	460	33	21	7
K70	Alkoholische Leberkrankheit	6 140	674	417	273
K85.2	Alkoholinduzierte chronische Pankreatitis	110	13	18	9
K86.0	Durch Alkohol induzierte chronische Pankreatitis	105	9	11	3
T51.9	Toxische Wirkung: Alkohol, nicht näher bezeichnet	174	3	16	8
weiblich					
	Alkoholbedingte Krankheiten	3 663	257	166	108
F10	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	970	32	19	18
I42.6	Alkoholische Kardiomyopathie	72	4	1	1
K70	Alkoholische Leberkrankheit	2 479	207	133	85
K85.2	Alkoholinduzierte chronische Pankreatitis	24	2	3	1
K86.0	Durch Alkohol induzierte chronische Pankreatitis	20	-	-	-
T51.9	Toxische Wirkung: Alkohol, nicht näher bezeichnet	49	3	5	2

Quelle: GBE-Bund [4]

insbesondere die Psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (ICD10: F10) und die Alkoholische Leberkrankheit (K70) von Bedeutung. Bei den alkoholbedingten Sterbefällen dominiert die Alkoholische Leberkrankheit vor den Psychischen Störungen durch Alkohol.

Alkoholbedingte Todesfälle

In Deutschland stehen rund 40 000 Todesfälle pro Jahr in Zusammenhang mit riskantem Alkoholkonsum. In einem Drittel dieser Fälle war der Alkoholkonsum die entscheidende Todesursache (2009: 14 519 Todesfälle). Drei Viertel der durch Alkohol Gestorbenen waren Männer. Entsprechende Angaben für die mitteldeutschen Länder zeigt Tabelle 2.

Die altersstandardisierten Sterberaten der Todesfälle mit eindeutigen Alkoholbezug differieren bei der Betrachtung nach Bundesländern sehr stark. Bei Männern liegen sie zwischen 15,2 (Baden-Württemberg) und 49,5 Todesfällen (Mecklenburg-Vorpommern) je 100 000 Einwohner und bei Frauen zwischen 5,8 (Rheinland-Pfalz) und 12,7 (Bremen) Todesfällen je 100 000 Einwohnerinnen (siehe Abb. 1).

Die mitteldeutschen Länder liegen jeweils über dem Bundesdurchschnitt. Sachsen-Anhalt hat nach Mecklenburg-Vorpommern die zweithöchsten entsprechenden Todesraten. Während deutschlandweit etwa jeder 60. Gestorbene an einer alkoholbezogenen Krankheit starb, war es in Sachsen-Anhalt jeder 40. Das Durchschnittsalter der alkoholbedingten Sterbefälle lag bei knapp 60 Jahren und damit reichlich 17 Jahre unter dem Durchschnittsalter aller Gestorbenen in Deutschland.

Alkoholbedingte Krankenhausbehandlungsfälle

2009 wurden in deutschen Krankenhäusern fast 400 000 Patienten (Fälle) mit einer alkoholbedingten Hauptdiagnose behandelt. Das waren 2,2 Prozent aller Krankenhausbehandlungsfälle. Fast drei Viertel dieser Patienten waren männlich. Bei einer Reihe weiterer Krankenhausfälle wurde eine entsprechende Diagnose als Nebendiagnose erfasst (Quelle: Fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik). Häufige Hauptdiagnosen waren dann z. B. Gehirnerschütterung, Epilepsie, Bauchspeicheldrüsenentzündung, Depressionen und Knochenbrüche.

In Mitteldeutschland ist, bezogen auf die Bevölkerung, die Anzahl alkoholbedingter Behandlungsfälle im Krankenhaus deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (siehe Abb. 2). Nach Mecklenburg-Vorpommern haben Männer aus Sachsen-Anhalt die höchsten Krankenhausbehandlungsraten wegen alkohol-

Abb. 1 Sterbefälle an alkoholbedingten Erkrankungen je 100 000 Einwohner (altersstandardisiert) 2009 nach Bundesländern und Geschlecht

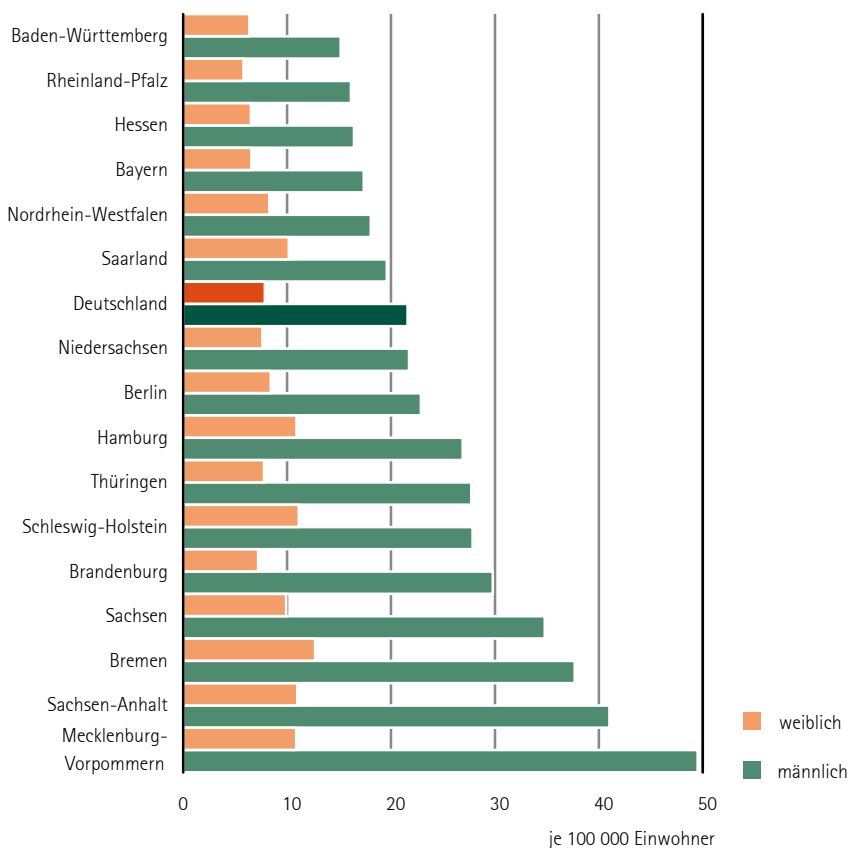
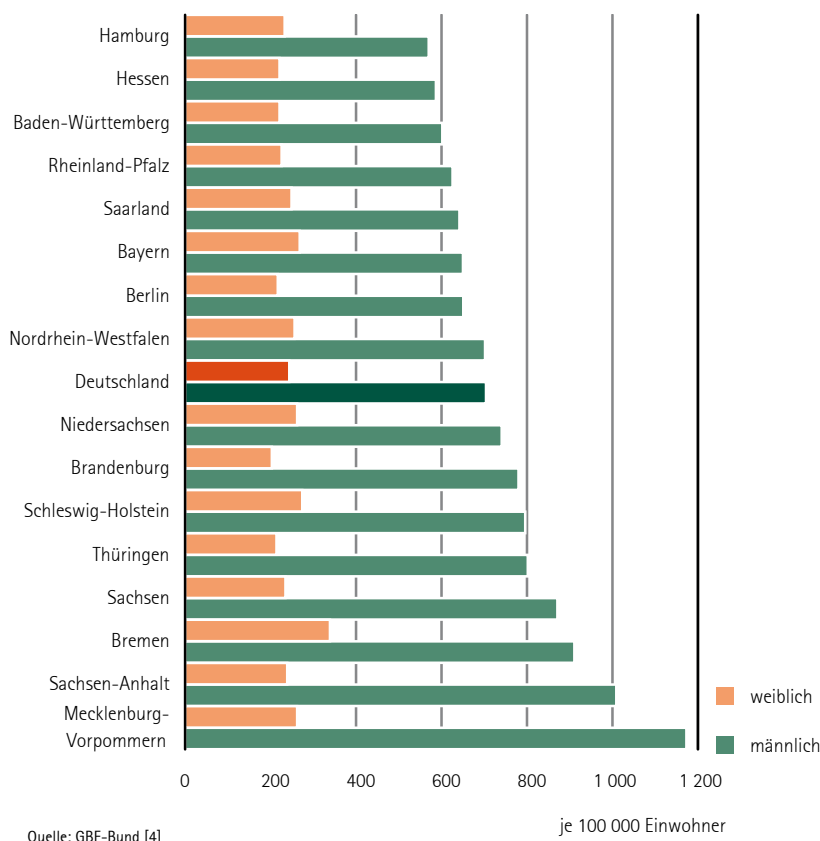


Abb. 2 Alkoholbedingte Krankenhausfälle je 100 000 Einwohner (altersstandardisiert) 2009 nach Bundesländern (Patientenwohnort) und Geschlecht

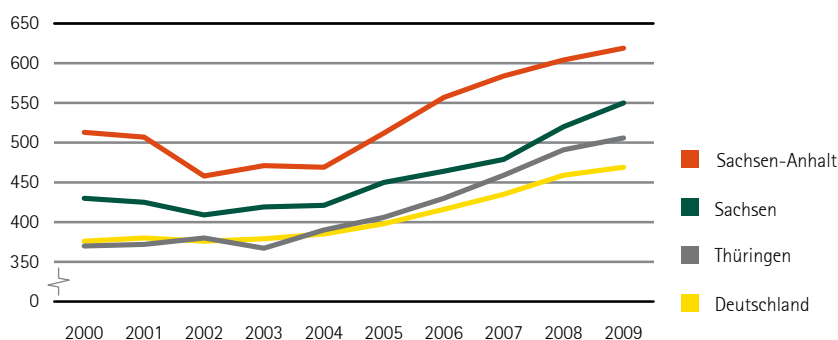


Tab. 3 Alkoholbedingte Krankenhausbehandlungsfälle in Deutschland und den Ländern Mitteldeutschlands (Patientenwohnort) 2009
nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich				Weiblich			
	Deutschland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Deutschland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
absolut								
unter 5	45	4	-	-	26	1	-	2
5 - 10	8	1	-	1	3	-	-	-
10 - 15	2 277	71	76	54	2 435	72	59	50
15 - 20	16 320	655	382	352	8 490	285	185	140
20 - 25	11 912	875	494	444	4 837	256	134	132
25 - 30	13 038	895	576	509	4 109	218	133	110
30 - 35	16 448	959	596	555	4 771	208	126	114
35 - 40	25 280	1 516	1 139	779	7 529	318	199	168
40 - 45	42 283	2 476	1 847	1 514	14 085	746	451	386
45 - 50	50 844	3 498	2 506	1 803	17 527	838	522	465
50 - 55	42 759	2 867	1 972	1 346	13 943	715	381	344
55 - 60	30 165	2 169	1 338	978	9 947	570	330	226
60 - 65	15 918	976	598	429	6 219	288	143	148
65 und mehr	25 343	1 625	954	684	10 969	521	291	215
Insgesamt	292 640	18 587	12 478	9 448	104 890	5 036	2 954	2 500
je 100 000 Einwohner								
unter 5	3	5	-	-	2	1	-	5
5 - 10	0	1	-	2	0	-	-	-
10 - 15	112	104	192	140	126	110	158	137
15 - 20	724	776	747	745	396	360	391	313
20 - 25	475	617	609	569	201	199	187	190
25 - 30	517	626	755	660	167	173	208	169
30 - 35	689	758	936	846	205	190	229	205
35 - 40	917	1 135	1 542	1 051	282	270	299	262
40 - 45	1 188	1 526	1 938	1 674	415	498	502	460
45 - 50	1 436	1 982	2 350	1 767	513	502	507	478
50 - 55	1 419	1 816	2 040	1 435	470	461	398	377
55 - 60	1 130	1 367	1 454	1 101	365	354	353	256
60 - 65	759	913	954	718	287	252	214	237
65 und mehr	355	390	411	322	113	86	87	71
Insgesamt	729	910	1 076	848	251	236	244	219

Quelle: GBE-Bund [4]

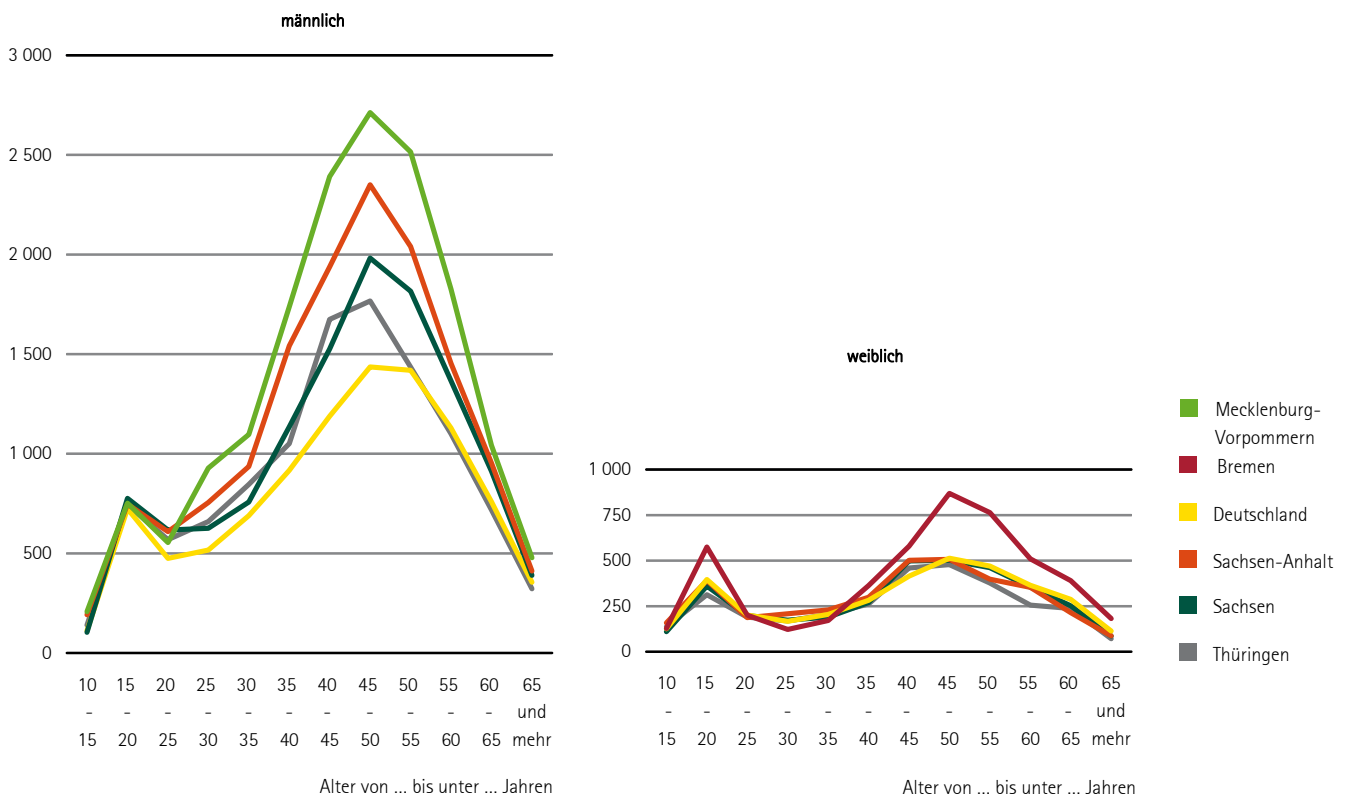
Abb. 3 Alkoholbedingte Krankenhausbehandlungsfälle je 100 000 Einwohner (altersstandardisiert) in Deutschland und den Ländern Mitteldeutschlands (Patientenwohnort) 2000 bis 2009



Quelle: GBE-Bund [4]

bedingter Krankheiten. Die entsprechenden Behandlungsraten der Frauen aus den drei mitteldeutschen Ländern liegen allerdings unter dem Bundesdurchschnitt. Bremen hat hier die mit Abstand höchste Krankenhausbehandlungsraten bei den Frauen. Tabelle 3 zeigt, dass die alkoholbedingten Krankenhausbehandlungsraten nach Alter und Geschlecht sehr stark schwanken: Schon im Alter von 10 bis unter 15 Jahren sind alkoholbezogene Behandlungsfälle im Krankenhaus ein Thema. Bezogen auf die Bevölkerung, sind sächsische Kinder hier seltener betroffen als der Bundesdurchschnitt, Kinder aus Sachsen-Anhalt deutlich häufiger. Auch Thüringens Mädchen und Jungen von 10 bis unter 15 Jahren wiesen 2009 höhere

Abb. 4 Alkoholbedingte Krankenhausfälle je 100 000 Einwohner 2009



Tab. 4 Männliche Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren und deren alkoholbedingte Krankenhausbehandlungsfälle in Deutschland und den Ländern Mitteldeutschlands (Patientenwohnort) 2000 bis 2009

Region	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Bevölkerung im Jahresdurchschnitt										
Deutschland	2 371 135	2 373 347	2 389 778	2 415 767	2 444 298	2 467 847	2 460 792	2 410 688	2 338 159	2 254 433
Sachsen	154 037	151 407	149 029	146 953	144 195	139 844	130 645	115 839	99 622	84 456
Sachsen-Anhalt	94 729	93 187	92 140	90 947	89 167	86 523	80 710	71 243	60 826	51 133
Thüringen	90 163	88 773	87 373	85 651	83 486	80 424	74 575	65 600	56 068	47 222
Alkoholbedingte Krankenhausbehandlungsfälle										
Deutschland	7 235	8 063	8 773	9 235	10 316	11 787	13 091	14 929	15 756	16 320
Sachsen	374	411	488	515	591	721	694	710	747	655
Sachsen-Anhalt	229	270	253	296	366	417	494	479	478	382
Thüringen	199	235	249	280	299	362	362	377	383	352
Alkoholbedingte Krankenhausbehandlungsfälle je 100 000 Einwohner										
Deutschland	305	340	367	382	422	478	532	619	674	724
Sachsen	243	271	327	350	410	516	531	613	750	776
Sachsen-Anhalt	242	290	275	325	410	482	612	672	786	747
Thüringen	221	265	285	327	358	450	485	575	683	745

Quelle: GBE-Bund [4]

entsprechende Fallquoten auf als Deutschland. Mädchen sind in diesem Alter teils sogar häufiger betroffen als Jungen. Einen ersten „Peak“ erreichen die alkoholassoziierten Krankenhausbehandlungsfälle bei den 15- bis unter 20-Jährigen (siehe Abb. 4). Hier sind männliche Jugendliche schon deutlich häufiger betroffen als weibliche. Mitteldeutsche männliche Jugendliche sind öfter

betroffen als der Bundesdurchschnitt, weibliche Jugendliche dagegen seltener. Frauen im Alter von 20 bis unter 40 Jahren haben deutlich seltener Probleme mit dem Alkohol, die bis zu einem Klinikaufenthalt führen. Offensichtlich sind sie sich ihrer Verantwortung im gebärfähigen Alter sehr bewusst. Im Alter von 45 bis unter 50 Jahren gibt es bei Frauen die meisten alkoholbedingten Krankenhaus-

fälle. Im höheren Alter geht deren Anzahl dann stark zurück. Auch bei Männern gibt es absolut und relativ die meisten Behandlungsfälle zwischen 45 und 50 Jahren. Die Behandlungsquoten sind in dieser Altersgruppe dreibis viermal so hoch wie bei den Frauen. Auch der Rückgang der Behandlungsquoten im Alter fällt nicht so stark wie bei den Frauen aus. Im Zeitverlauf ist die Zahl der alkoholbeding-

ten Krankenhausbehandlungsfälle absolut und insbesondere bevölkerungsbezogen gestiegen (siehe Abb. 3).

Ein Stagnieren der Behandlungsquoten (z. B. in den Jahren 2002 bis 2005) kann zum Teil auf eine gleichbleibende oder sogar sinkende Zahl der Behandlungsfälle insgesamt, bedingt durch die Umstellung der Krankenhausabrechnung auf Fallpauschalen, zurückgeführt werden. Durch die Umstellung der Klassifikation der Krankheiten (ICD 10) ist ein exakter zahlenmäßiger Vergleich mit Jahren vor 2000 (damals galt die ICD 9) nicht möglich. Prinzipiell stiegen aber auch in den 1990er Jahren die alkoholbedingten Krankenhausbehandlungsraten.

Exkurs – Bevölkerungsbezug

Wie wichtig bei der Betrachtung der Behandlungsfälle stets der Bevölkerungsbezug ist, soll an den 15- bis unter 20-jährigen männlichen Patienten(fällen) erläutert werden. In den mitteldeutschen Ländern ging gerade im Jahr 2009 die Zahl der alkoholbedingten Krankenhausfälle in dieser Bevölkerungsgruppe deutlich zurück (siehe Tabelle 4).

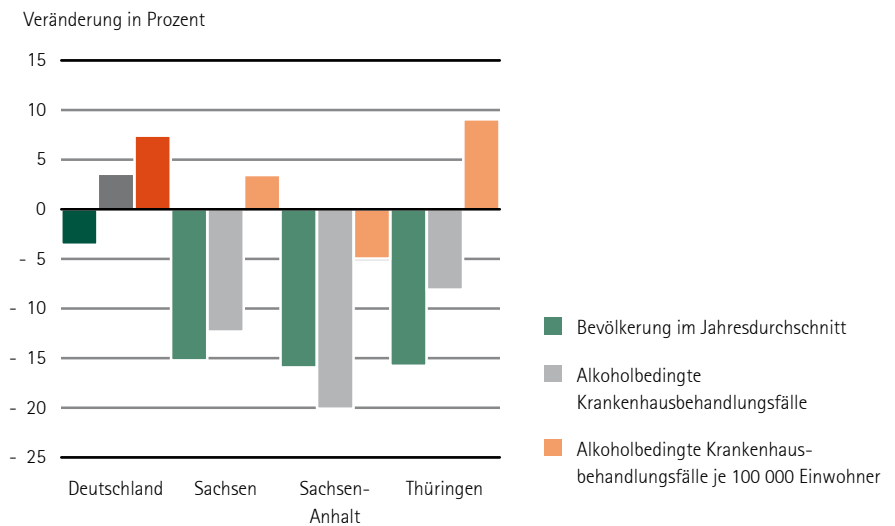
Dass die entsprechenden Behandlungsquoten dennoch deutlich gestiegen sind (Ausnahme: Sachsen-Anhalt), liegt an den drastisch zurückgegangenen Bevölkerungszahlen dieser Bevölkerungsgruppe (siehe Abb. 5). Tabelle 5 zeigt darüber hinaus, dass die einzelnen Altersjahre dieser Gruppe momentan sehr inhomogen besetzt sind. Ab 2012 wird die Bevölkerungsgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen allerdings wieder wachsen, da dann geburtenstärkere Jahrgänge in diese Altersgruppe aufrücken.

Tab. 5 Männliche Bevölkerung von 15 bis unter 20 Jahren im Jahresdurchschnitt 2009

Region	Alter von ... bis unter ... Jahren					
	15 – 20	15 – 16	16 – 17	17 – 18	18 – 19	19 – 20
Deutschland	2 254 433	413 696	427 439	441 660	474 528	497 110
Sachsen	84 456	11 983	12 579	14 427	20 093	25 374
Sachsen-Anhalt	51 133	7 114	7 651	8 830	12 284	15 254
Thüringen	47 222	6 622	7 112	8 091	11 284	14 113

Quelle: GBE-Bund [4]

Abb. 5 Alkoholbedingte Krankenhausbehandlungsfälle bei der männlichen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren 2009 im Vergleich zum Vorjahr



Krankenhausbehandlungsfälle wegen psychischer und Verhaltensstörungen durch Alkohol

Für Männer ist die Hauptdiagnose „Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol“ (ICD 10: F10) die absolut häufigste Hauptdiagnose im Krankenhaus. Bei Frauen spielen dagegen andere psychische Störungen (affektive bzw. neurotische Störungen) eine größere Rolle als der Alkohol.

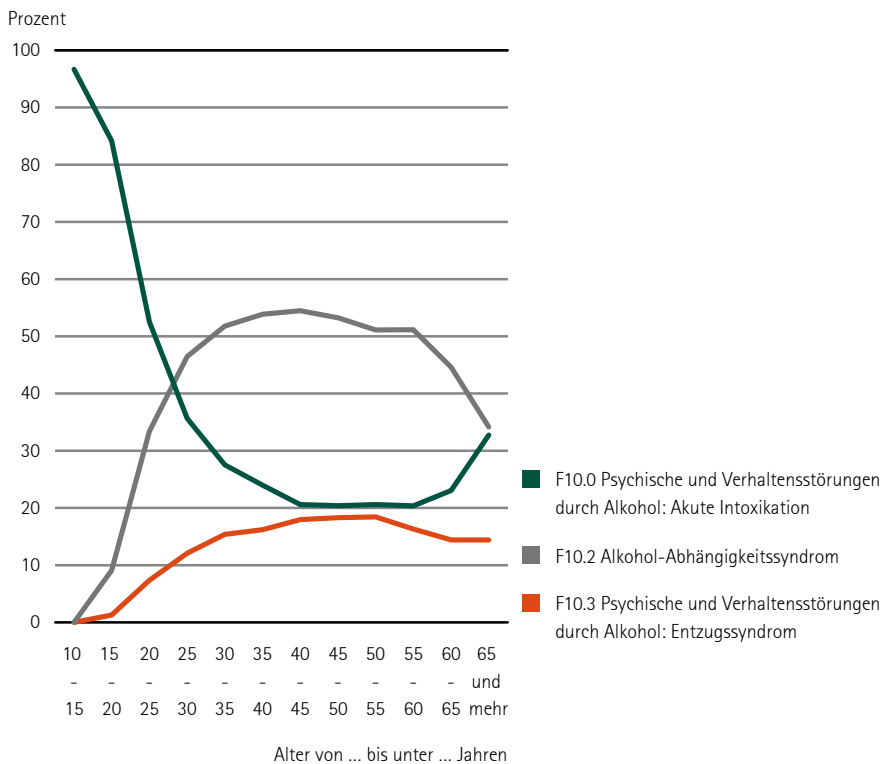
Bei der genaueren Betrachtung der Hauptdiagnose F10 nach dem Diagnoseviersteller (ICD 10, siehe Tab. 6) ist das Alkohol-Abhängigkeitssyndrom (F10.2) am häufigsten, gefolgt von der Akuten Intoxikation (F10.0) und dem Entzugssyndrom (F10.3). In verschiedenen Altersgruppen haben diese häufigsten Diagnosen jedoch eine unterschiedliche Bedeutung (vgl. Abb. 6): Bis zum Alter von 25 Jahren ist die Akute Intoxikation am häufig-

Tab. 6 Krankenhausbehandlungsfälle wegen Psychischer und Verhaltensstörungen in Deutschland und den Ländern Mitteldeutschlands

ICD10	Diagnose	Deutschland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
F10	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	337 373	18 635	12 535	9 701
F10.0	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol: Akute Intoxikation	113 436	5 239	4 133	2 762
F10.1	Schädlicher Gebrauch von Alkohol	5 784	332	191	180
F10.2	Alkohol-Abhängigkeitssyndrom	142 811	8 845	4 714	3 392
F10.3	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol: Entzugssyndrom	55 409	2 880	2 247	2 726
F10.4	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol: Entzugssyndrom mit Delir	11 527	683	706	383
F10.5	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol: Psychotische Störung	2 284	112	99	60
F10.6	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol: Amnestisches Syndrom	3 418	248	211	120
F10.7	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol: Restzustand und verzögert auftretende psychotische Störung	1 808	87	124	50
F10.8	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol: Sonstige psychische und Verhaltensstörungen	635	102	106	27
F10.9	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol: Nicht näher bezeichnete psychische und Verhaltensstörung	261	107	4	1

Quelle: GBE-Bund [4]

Abb. 6 Anteil ausgewählter Diagnosen an den psychischen und Verhaltensstörungen sächsischer Krankenhauspatienten 2009



Quelle: GBE-Bund [4]

sten, während bei den älteren Erwachsenen das Alkohol-Abhängigkeitssyndrom deutlich überwiegt. Bei Senioren nähern sich die Fallzahlen dieser beiden Diagnosen wieder an, bei allerdings relativ geringen Fallzahlen insgesamt.

Regionaler Vergleich in Mitteldeutschland

Bezogen auf die Bevölkerung, reicht die Behandlungshäufigkeit wegen Psychischer und Verhaltensstörungen durch Alkohol von 237 Krankenhausbehandlungsfällen je 100 000 Einwohnern im Landkreis Eichsfeld bis zu 901 Fällen je 100 000 Einwohner in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt Magdeburg. In einem früheren Artikel [5] wurde bereits für das Bundesland Sachsen untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen Alkoholmissbrauch (gemessen an der Zahl entsprechender Krankenhausfälle) und sozialer Probleme (gemessen an der Zahl der Hartz IV-Empfänger/Leistungsempfänger nach SGB II) gibt. In Sachsen zeigt sich damals wie heute, dass es die meisten Krankenhausfälle wegen Psychischer und Verhaltensstörungen durch Alkohol in Regionen mit hohen SGB II-Quoten gibt (Landkreis Görlitz, Stadt Leipzig) und entsprechend niedrige Behandlungsquoten in Kreisen mit niedrigeren SGB II-Quoten (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Vogtlandkreis).

Für die hohen Behandlungsquoten im Landkreis Görlitz sind die Städte Görlitz, Weißwasser, Löbau und Zittau maßgebend. Diese vier ostsächsischen Städte haben auch sachsenweit die höchsten Hartz IV-Quoten (Gemeindeebene) von jeweils über 25 Prozent. Vergleichbar hohe Werte für beide Kenngrößen wurden auch für die Stadt Meißen ermittelt.

Für Sachsen-Anhalt und Thüringen sind solche eindeutigen Trends schwerer zu erkennen.

Zwar gibt es auch hier entsprechende Beispiele für hohe Krankenhausbehandlungsraten und hohe Hartz IV-Quoten (Landeshauptstadt Magdeburg, Stadt Halle (Saale), Landkreis Stendal, Stadt Erfurt) bzw. niedrige Krankenhausbehandlungsraten und niedrige Hartz IV-Quoten (Landkreis Börde, Landkreis Eichsfeld), aber es gibt auch extrem abweichende Regionen. Vergleichbar wenige Krankenhausbehandlungsfälle bei überdurchschnittlicher Hartz IV-Quote wurden z. B. für den Landkreis Mansfeld-Südharz und den Kyffhäuserkreis ausgewiesen, überdurchschnittlich viele Krankenhausbehandlungsfälle bei vergleichsweise geringeren Hartz IV-Quoten wiesen beispielsweise der Altmarkkreis Salzwedel und der Wartburgkreis auf.

Sicher gibt es eine Reihe weiterer Einflussgrößen auf die Krankenhausbehand-

lungshäufigkeit wegen Alkoholmissbrauch. Das könnten z. B. ambulante Angebote für Alkoholiker sein. Möglicherweise unterscheidet sich auch das Signierverhalten der Hauptdiagnose in den Krankenhäusern in Einzelfällen.

Weitere Gesundheitsdaten zum Thema Alkohol

In der Gesundheitsberichterstattung der Länder gibt Indikator 3.85 Auskunft zu medizinischen und sonstigen Leistungen zu Teilhabe infolge von psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol. Indikator 3.86 enthält die Zahl der Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund dieser Diagnose. Quelle dieser Angaben ist die Deutsche Rentenversicherung Bund. Sachsen-Anhalt berichtet im Rahmen des Landesgesundheitszieles „Senkung der alkoholbedingten Gesundheitsschäden in der Bevölkerung auf Bundesdurchschnitt“ besonders ausführlich. [6]

Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes [4] berichtet u. a. über die stationären Leistungen zur Medizinischen Rehabilitation wegen psychischer und Verhaltensstörungen durch Alkohol und über Entwöhnungsbehandlungen (im Rahmen der Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstigen Leistungen zu Teilhabe in der Gesetzlichen Rentenversicherung). Alle diese Angaben sind maximal bis zur regionalen Ebene Bundesland verfügbar. Im Statistischen Landesamt Sachsen werden für Analysezwecke auch Angaben der Krankenkassen genutzt. Beispielsweise können für die AOK PLUS AU-Fälle und AU-Tage für ausgewählte Diagnosen ausgewiesen werden. Allen eben genannten Kenngrößen ist eigen, dass über 80 Prozent der Leistungsfälle Männer betreffen.

Vom Robert-Koch-Institut gibt es u. a. interessante Analysen zum Alkoholkonsum. [7] Dort werden explizit Sachsens Männer genannt, bei denen der Anteil mit riskantem Alkoholkonsum signifikant über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Zu den Kosten übermäßigen Alkoholkonsums gibt es aus verschiedenen Quellen abweichende Ergebnisse, je nachdem, inwieweit Folgekosten einbezogen werden. In der Krankheitskostenrechnung des Statistischen Bundesamtes wurden 2008 Kosten von 2,1 Milliarden € für Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol nachgewiesen. In der Literatur wurden bis zu 40 Milliarden € alkoholassoziierte Kosten für Deutschland jährlich geschätzt.

Tab. 7 Krankenhausbehandlungsquoten wegen F10¹⁾ und SGB II-Quoten 2009

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Krankenhausbehandlungsfälle wegen F10 ¹⁾ je 100 000 Einwohner 2009	Leistungsempfänger nach SGB II je 100 Einwohner (unter 65 Jahren) Dezember 2009
Eichsfeld	237	8,2
Wittenberg	284	17,0
Greiz	295	12,7
Sömmerda	305	14,3
Kyffhäuserkreis	318	17,9
Saale-Orla-Kreis	324	11,2
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	330	13,7
Mittelsachsen	340	13,9
Gotha	344	14,0
Börde	347	13,1
Unstrut-Hainich-Kreis	349	15,5
Weimarer Land	360	11,7
Jerichower Land	366	16,7
Mansfeld-Südharz	369	20,2
Saalekreis	370	16,0
Anhalt-Bitterfeld	389	19,2
Schmalkalden-Meiningen	394	9,2
Vogtlandkreis	408	14,0
Meißen	422	14,3
Thüringen	430	13,4
Erzgebirgskreis	431	14,1
Gera, Stadt	434	19,4
Saale-Holzland-Kreis	434	11,0
Nordsachsen	435	16,4
Leipzig	439	14,2
Nordhausen	440	16,2
Bautzen	441	14,6
Hildburghausen	444	8,3
Eisenach, Stadt	445	15,2
Sachsen	446	15,6
Jena, Stadt	447	11,1
Salzlandkreis	455	21,6
Altenburger Land	458	18,2
Sonneberg	465	9,2
Suhl, Stadt	475	13,0
Dresden, Stadt	476	14,3
Wartburgkreis	479	8,6
Chemnitz, Stadt	487	17,5
Leipzig, Stadt	496	20,1
Zwickau	499	14,7
Sachsen-Anhalt	503	18,5
Ilm-Kreis	515	14,0
Altmarkkreis Salzwedel	519	14,9
Görlitz	526	19,4
Harz	527	17,1
Burgenlandkreis	544	19,3
Dessau-Roßlau, Stadt	551	19,6
Saalfeld-Rudolstadt	558	12,5
Erfurt, Stadt	568	17,7
Halle (Saale), Stadt	604	20,9
Stendal	627	20,8
Weimar, Stadt	791	15,5
Magdeburg, Landeshauptstadt	901	20,1

1) Diagnose F10: Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol

Quelle: SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Krankenhausdiagnosen: Statistischen Landesämter

Zusammenfassung

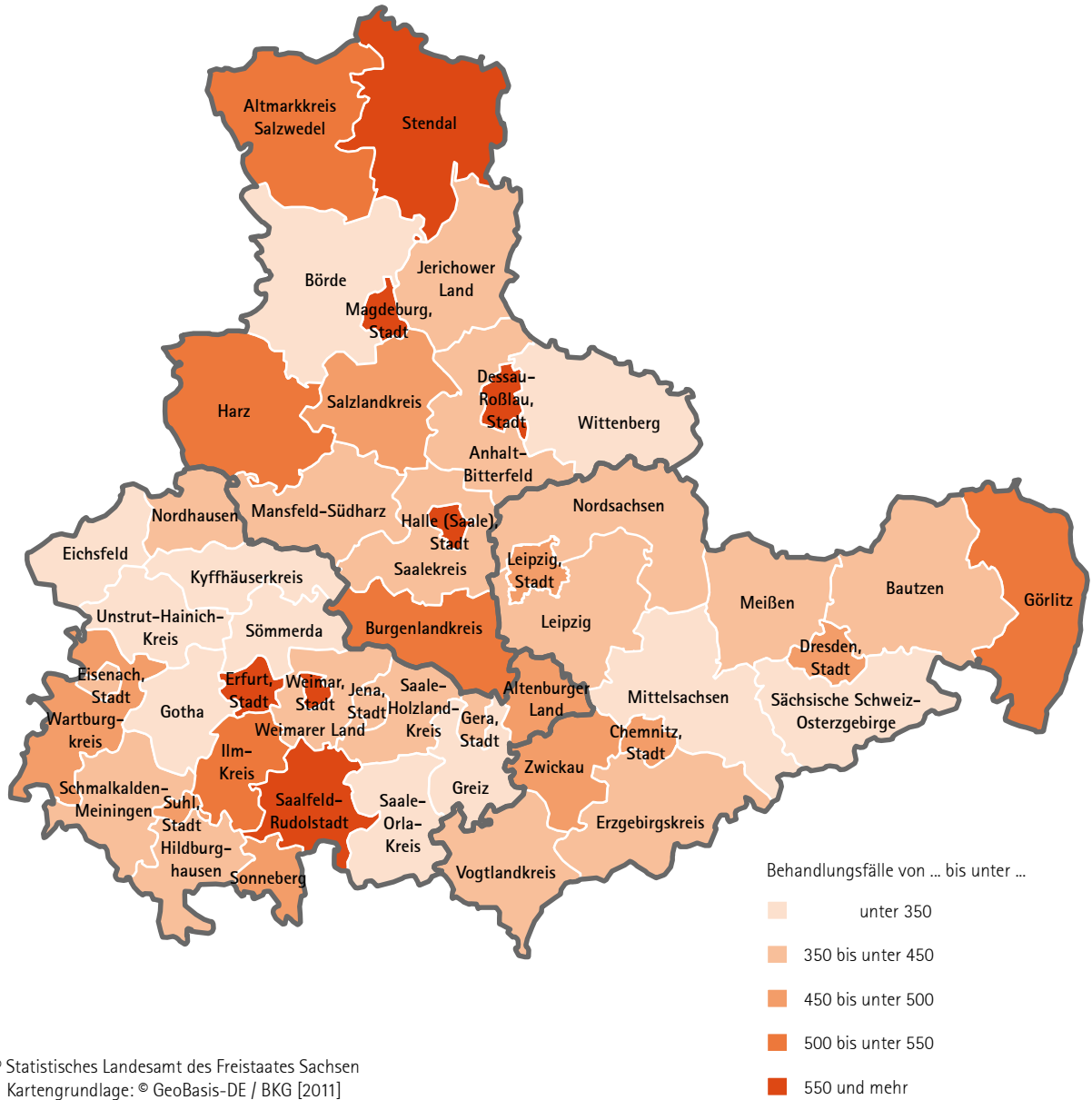
Die epidemiologische Forschung weist Alkohol als einen bedeutenden Risikofaktor für Morbidität und Mortalität aus. In Mitteldeutschland und insbesondere in Sachsen-Anhalt liegen Krankenhausbehandlungs- und Sterberaten bei alkoholbedingten Krankheiten deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Krankenhausbehandlungsraten steigen weiter. Zielgerichtete Maßnahmen zur Senkung des riskanten Alkoholkonsums könnten damit zur Verringerung von entsprechenden gesundheitlichen und sozialen Folgen und entsprechenden Kostensenkungen führen. Standardisierte Indikatoren der Gesundheitsberichterstattung sollten den Erfolg entsprechend messen und darstellen.

Gabriele Philipp, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Soziales, Gesundheit

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Robert-Koch-Institut: Gesundheit in Deutschland aktuell (GEDA 2009).
- [2] Robert-Koch-Institut: Alkoholkonsum und alkoholbezogene Störungen, GBE-Heft 40 (2008).
- [3] Robert-Koch-Institut: Gesundheit in Deutschland, 2006.
- [4] www.gbe-bund.de
- [5] Domanja, K., Philipp, G. Mensch, B.: Krankenhausstatistik: Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol. In: Statistik in Sachsen, 3/2007, S. 81 - 86.
- [6] www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_LAV/Start_LAV/gbe/gbe-net/indikatoren/tab03o.html
- [7] Robert-Koch-Institut: Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“ (GEDA).

Abb. 7 Krankenhausbehandlungsfälle wegen Psychischer und Verhaltensstörungen durch Alkohol je 100 000 Einwohner nach Kreisfreien Städten und Landkreisen in den Ländern Mitteldeutschlands (Patientenwohnort) 2009



© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG [2011]

6. Kamenzer Dialog: Konjunktur – „Welche Güte haben gesamtwirtschaftliche Prognosen?“

Das Thema „Konjunktur“ stand beim 6. Kamenzer Dialog am 17. Mai dieses Jahres erneut im Mittelpunkt des Interesses. Als Gastredner für die Veranstaltung konnte Herr Prof. Heilemann von der Universität Leipzig gewonnen werden. Er referierte zum Thema: *„Wie genau sind gesamtwirtschaftliche Prognosen und warum sind sie nicht besser?“* Als ausgewiesener Experte für Fragen der empirischen Wirtschaftsforschung kann er auf einen reichhaltigen Erfahrungsschatz auf diesem Fachgebiet zurückgreifen. Nach vielen Forschungsjahren beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, zuletzt als Vizepräsident, leitete Herr Prof. Heilemann später als Direktor das Institut für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Leipzig.

Zum 6. Kamenzer Dialog waren sowohl Konjunkturforscher und Datennutzer aus den Sächsischen Staatsministerien, den Kammern und Verbänden sowie von wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen als auch Datenproduzenten aus dem Statistischen Landesamt gekommen. In ihrer Begrüßung wies die Präsidentin, Frau Prof. Schneider-Böttcher, darauf hin, dass das Thema „Konjunktur“ bereits zum dritten Mal den Rahmen für einen „Kamenzer Dialog“ bietet. Im Frühjahr 2009 stand die Diskussion ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise. [1] Bekanntlich nahm diese Krise ihren Anfang Ende 2008 in der US-amerikanischen Finanzkrise, breitete sich danach auf die gesamte Weltwirtschaft aus und erfasste somit auch Deutschland. Sie führte zur tiefsten Rezession der deutschen Wirtschaft seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Nach dem letzten Rechenstand schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Summe der in einem Gebiet neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, in Deutschland 2009 preisbereinigt um knapp fünf Prozent. In Sachsen betrug der Rückgang laut dem zweiten Fortschreibungsergebnis 3,4 Prozent.



Begrüßung – v. l. n. r.: Gastredner Herr Prof. Heilemann, Universität Leipzig, Frau Prof. Schneider-Böttcher, Präsidentin des Amtes, Herr Dr. Speich, Statistisches Landesamt, und Herr Aumüller, Creditreform Dresden



Eröffnung durch die Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Frau Prof. Schneider-Böttcher

Im Herbst 2010 – anderthalb Jahre später – sahen Wirtschaftslage und -erwartungen dann schon deutlich freundlicher aus. Die deutsche Wirtschaft befand sich bereits wieder im Aufschwung. Letztlich wuchs das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 nach dem Rechenstand Februar 2011 preisbereinigt um 3,6 Prozent, in Sachsen waren es 1,9 Prozent. Bei dieser zweiten Veranstaltung standen nicht allein die Vorstellung aktueller konjunkturstatistischer Ergebnisse sowie die Erörterung methodischer Aspekte, z. B. bei der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute im Vordergrund. Vielmehr ging es darum, anhand aktueller Konjunkturdaten Ansätze zur Visualisierung konjunkturstatistischer Informationen aus verschiedenen Quellen zu präsentieren, das heißt Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, die umfangreichen konjunkturstatistischen Informationen in geeigneter Form für den Datennutzer aufzubereiten, damit dieser das Wesentliche schneller erfassen kann. [2]

Nach dem Krisenjahr 2009 hat sich die wirtschaftliche Situation mittlerweile gefestigt. Für 2011 wird in allen Vorhersagen mit einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs des vergangenen Jahres gerechnet. Sowohl die Konjunkturforscher als auch die Bundesregierung gingen Mitte April 2011 davon aus, dass das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um nahezu drei Prozent zunehmen wird, wobei die stärksten Impulse von der Binnennachfrage kommen werden. [3] Diese gesamtwirtschaftlichen Prognosen, konkret deren Güte, standen dann bei der dritten Veranstaltung zum Thema „Konjunktur“ im Mittelpunkt. „Falsch, unscharf, zu häufig, zu widersprüchlich, zu wenig fundiert – die Kritik an den Konjunkturforschern ist so alt, wie die Konjunkturprognose.“ [4] Die Prognoseergebnisse standen und stehen immer wieder in der Kritik! Warum es Probleme mit der Treffsicherheit von gesamtwirtschaftlichen Prognosen gibt, erläuterte dann Herr Prof. Heilemann den Veranstaltungsteilnehmern.

Zu Beginn seines Vortrags stellte der Gastreferent fest, dass Prognosen wichtig sind und ihre Treffsicherheit erst recht.¹⁾ Allerdings hält sich in den Wirtschaftswissenschaften das Interesse an der Feststellung und Analyse der Treffsicherheit in Grenzen. Es ist jedoch notwendig, sich mit Fragen der Treffsicherheit von Konjunkturprognosen auseinanderzusetzen, wobei vor allem zwei Aspekte im Mittelpunkt des Vortrags standen – die längerfristige Entwicklung der Treffsicherheit von Prognosen sowie die Gründe für deren allenfalls geringe Verbesserung.

Zunächst wurde die Leistungsfähigkeit von kurz- und mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Prognosen näher betrachtet. Dies erfolgte für den Zeitraum 1967 bis 2010 anhand der beiden Zielvariablen „Wirtschaftswachstum“ (preisbereinigte Veränderung des BIP gegenüber dem Vorjahr) und „Preisstabilität“ (Entwicklung des BIP-Deflators zum Vorjahr). Im Ergebnis dieser Untersuchung ist festzustellen, dass die kurzfristigen Wachstumsprognosen (sog. „Herbst-/ Winterprognosen“) im gesamten Untersuchungszeitraum einen mittleren absoluten Fehler von mehr als einem Prozentpunkt, die Inflationsprognosen von mehr als 0,5 Prozentpunkten aufweisen. Dabei neigen die Prognosen zu einer Überschätzung. Wendepunkte werden nur selten angezeigt. Der Referent hob hervor, dass sich das Bild bei diesen Wachstumsprognosen im gesamten Untersuchungszeitraum nur wenig geändert hat. Trotz der Theorieentwicklung, eines detaillierteren und aktuelleren Datenangebotes sowie der neuen Möglichkeiten, die sich aus der Entwicklung der Rechentechnik ergeben haben, sind offenbar keine erkennbaren Folgen für die Treffsicherheit von Wachstumsprognosen zu verzeichnen. Günstiger sieht es dagegen für die Inflationsprognosen aus. Ferner stellte Herr Prof. Heilemann fest, dass bei den Richtungsfehlern insgesamt die Unterschätzungen der Veränderungsraten überwiegen. Völlig unbefriedigend stellt sich die Situation bei einer separaten Betrachtung der „Krisenzeiten“ dar, da keine der Rezessionen/Stagnationen seit den 1960er Jahren frühzeitig gesehen wurde. Bezüglich der mittelfristigen Prognosen (Untersuchungszeitraum ab 1983) stellte er fest, dass die



Gastreferent – Herr Prof. Heilemann, Universität Leipzig

Ergebnisse hier besser ausfallen, was nicht überrascht, da es sich um stark geglättete Prognosen handelt.

Im zweiten Teil des Vortrags ging der Referent der Frage nach „Warum sind die Prognosen falsch?“ und versuchte, die empirischen Befunde zu erklären. Zum einen verwies er darauf, dass stets eine Reihe von Annahmen getroffen werden muss, die direkt und indirekt das Prognoseergebnis beeinflussen. Zudem können im Prognosezeitraum wirtschaftspolitische Reaktionen auftreten, die nicht in der Prognose enthalten sind. Ferner ist auch ein gewisser Einfluss der Daten auf die Treffsicherheit

1) Die folgenden Ausführungen zum Inhalt des Vortrags stützen sich auf das Manuskript von Herrn Prof. Heilemann, was dem Verfasser vorlag. Es ist geplant, den gesamten Vortrag vom 17. Mai 2011 in einem eigenen Beitrag zu veröffentlichen.



Dialog zwischen dem Gastreferenten, Herrn Prof. Heilemann, Universität Leipzig, und der Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Frau Prof. Schneider-Böttcher

cherheit zu vermuten. Bekanntlich gibt es bei gesamtwirtschaftlichen Daten – sowohl auf der Bundes- als auch auf der Regionalebene – verschiedene Berechnungsstände.²⁾ Als dritte Ursache für Prognosefehler verwies der Referent auf die Methoden, die zum Einsatz kommen. Dabei führte auch der verstärkte Einsatz von ökonometrischen Modellen seit den 1960er Jahren nicht zu einer Überlegenheit der damit erstellten Prognosen gegenüber denen, die auf dem traditionellen sog. „Iterativen VGR-Ansatz“ fußen. Abschließend beleuchtete er noch Fragen des Wettbewerbs auf dem Prognosemarkt.

Im dritten Teil seines Vortrags wurden verschiedene Aspekte erörtert, die zu einer Verbesserung der Genauigkeit von Konjunkturprognosen führen könnten. Aus seiner Sicht wäre zunächst zu klären, wie genau oder treffsicher gesamtwirtschaftliche Prognosen sein müssten. Letztlich erfordern vorliegende Prognoseergebnisse stets ein wirtschaftspolitisches Handeln, was aus politischen Gründen durchaus nicht zu jedem Zeitpunkt angezeigt erscheint. Ferner ist zwar weiter eine Kombination der verschiedenen o. g. Verfahren anzustreben, doch letztlich lässt sich die weitere methodische Entwicklung nur schwer überblicken. Notwendig erscheint auch, den Prozess der Prognoseerstellung stärker als bisher zu beleuchten. Herr Prof. Heilemann schlug dann drei Felder für die weitere Entwicklung vor: die systematische Verbesserung der Analyse der Treffsicherheit, die stärkere Orientierung an den Bedürfnissen der Adressaten und Nutzer bei der Erarbeitung der Prognosen sowie die deutliche Vermittlung der Unsicherheiten, mit denen Prognosen behaftet sind. Die Nutzer müssen lernen, diese Unsicherheiten zu akzeptieren und damit umzugehen.

Zusammenfassend stellte Herr Prof. Heilemann am Ende fest, dass die Treffsicherheit gesamtwirtschaftlicher Prognosen sehr bescheiden ist und dass auch in nächster Zeit keine spektakulären Verbesserungen zu erwarten sind, trotz der oben vorgeschlagenen Entwicklungsoptionen. Hauptursache bleibt die Unschärfe der ökonomischen Hypothesen, die den Prognosen zugrunde liegen. Unabhängig davon muss weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Daten und deren Qualität gelegt werden, die die Basis für die wirtschaftsanalytische und -prognostische Arbeit darstellen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Wetterprognosen, deren Verbesserungen ohne Zweifel eine Folge der Einrichtung von mehr Beobachtungspunkten sind.

Im Nachgang zu dem äußerst spannenden Vortrag entwickelte sich dann – bei einer Tasse Kaffee – eine rege und sehr weit reichen-



Vertiefung der Diskussion – die Teilnehmer im Gespräch



Vertiefung der Diskussion – die Teilnehmer im Gespräch

de Diskussion zwischen dem Referenten und den Teilnehmern. Dabei wurden die Unwägbarkeiten, vor denen die Konjunkturforscher bei der Erstellung gesamtwirtschaftlicher Prognosen stehen, noch einmal deutlich herausgearbeitet und unterstrichen. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass es trotz aller Risiken bei der Prognoseerstellung unabdingbar ist, dass – als Basis dafür – seitens der amtlichen Statistik zeitnah aktuelle konjunkturstatistische Ergebnisse in hoher Qualität bereitgestellt und präsentiert werden, was entsprechende Ressourcen in den Ämtern voraussetzt. Die Durchführung des 6. Kamenzer Dialogs war Teil der verschiedenen Aktivitäten zur stärkeren Kooperation des Statistischen Lan-

desamtes mit Partnern außerhalb der amtlichen Statistik. Für die Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig war vor knapp zwei Jahren mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung der Grundstein gelegt worden. [7]

Dr. Wolf-Dietmar Speich
Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

2) Die unterschiedlichen Berechnungsstände sind Folge der verschiedenen Berechnungsphasen in den Gesamtrechnungen. Nähere Erläuterungen dazu für die Regionalebene finden sich in [5] und [6].

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] 3. Kamenzer Dialog: Wirtschaftsanalyse und -prognose – Ergebnisse, Methodik und statistische Datenbasis. In: Statistik in Sachsen, 2/2009, S. 58 - 60.
- [2] 5. Kamenzer Dialog: Konjunktur – Aktuelle Ergebnisse und Ansätze zur Visualisierung konjunkturstatistischer Daten. In: Statistik in Sachsen, 4/2010, S. 53 - 56.
- [3] Aufschwung setzt sich fort – Europäische Schuldenkrise noch ungelöst. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011. In: ifo Schnelldienst, 8/2011, S. 1ff. bzw. Pressemitteilung des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie „Dynamisches Wachstum stärkt Kaufkraft und Arbeitsmarkt“ vom 14. April 2011. Unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=386598.html>.
- [4] Heilemann, U.: Dèjà Vue: Prognose in der Krise. In: Wirtschaftsdienst 2/2009, S. 9 - 13, hier: S. 9
- [5] Speich, W.-D.: Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt? In: Statistik in Sachsen, 1/2009, S. 7 - 14.
- [6] Erläuterungen und Veröffentlichungstermine für Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttowertschöpfung (BWS). Unter: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/xplan_BIP.asp.
- [7] Pressemitteilung 175/2009 des Statistischen Landesamtes zum Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit der Universität Leipzig vom 28. Juli 2009.

Neues aus Sachsen

Zensus 2011 – erfolgreiche Zwischenbilanz nach einem Monat

Über 80 Prozent der Immobilieneigentümer, denen ein Fragebogen zur Gebäude- und Wohnungszählung zugestellt wurde, haben ihre Angaben zu den Gebäuden und Wohnungen erteilt. Rund 30 Prozent dieser Auskunftsspflichtigen übermittelten dabei die Angaben über das Zensusportal <http://www.zensus2011.de>. In den nächsten Wochen werden weitere Fragebogen versendet. Damit erhalten u. a. weitere Haus- und Wohnungseigentümer einen Fragebogen, für die aktualisierte Anschriften recherchiert wurden oder die in den vergangenen Wochen eine Immobilie gekauft haben. Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen wird Ende Juni 2011 die ersten Erinnerungsschreiben an die noch ausstehenden rund 150 000 Gebäude- und Wohnungseigentümer verschicken.

Auch bei der Haushaltebefragung und der Befragung in Gemeinschaftsunterkünften, für deren Durchführung die 39 örtlichen Erhebungsstellen in Sachsen zuständig sind, können die rund 5 000 ehrenamtlich tätigen Interviewer zügig die Befragungen durchführen. Ein Großteil der Sachsen hat bereitwillig Auskunft erteilt. Dabei wurde das persönliche Interview mit dem Erhebungsbeauftragten bevorzugt.

Von den rund 380 000 zu befragenden sächsischen Bürgern sind bereits nahezu 60 Prozent befragt, darunter haben zehn Prozent den Fragebogen online beantwortet. Lediglich 0,3 Prozent der sächsischen Haushalte haben bis jetzt die Auskunft verweigert.

Die Einwohnermeldeämter der 470 sächsischen Gemeinden sind verpflichtet, innerhalb von vier Wochen nach dem Zensusstichtag 9. Mai 2011, Angaben u. a. zu Name, Familienstand und Geburtsdatum für rund 4,1 Millionen Bürger an das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen zu übermitteln. Diese Datenübermittlung konnte bereits abgeschlossen werden.

Zum Europatag am 9. Mai 2011

26 418 Bürger (11 730 Frauen und 14 688 Männer) aus den 26 Staaten der Europäischen Union lebten Ende 2010 im Freistaat Sachsen. Das waren 1 160 Personen bzw. 4,6 Prozent mehr als zum Jahresende 2009. Der Anteil der EU-Bürger an allen Ausländern in Sachsen lag bei 30,7 Prozent.

Die Mehrheit der in Sachsen lebenden Unionsbürger sind Polen (6 241 bzw. 23,6 Prozent), es folgen Ungarn (3 018 bzw. 11,4 Pro-

zent) und Bürger der Tschechischen Republik (2 620 bzw. 9,9 Prozent). Aus den EU-Beitrittskandidatenländern Island, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und der Türkei kamen 2010 insgesamt 5,7 Prozent (4 933 Personen) aller im Freistaat Sachsen lebenden Bürger mit ausländischem Pass.

Mit 38,9 Jahren lag das Durchschnittsalter der EU-Bürger sieben Jahre unter dem der sächsischen Bevölkerung. EU-Bürger lebten durchschnittlich 13 Jahre in Deutschland. 54,7 Prozent bzw. 14 439 Personen halten sich seit mindestens acht Jahren in Deutschland auf und haben so die notwendige Aufenthaltsdauer für eine Einbürgerung erreicht.

Sachsen gaben im Jahr 2009 mehr Geld für privaten Konsum aus und sparten weniger

Im Jahr 2009 hat jeder Einwohner in Sachsen durchschnittlich 14 495 € für den privaten Konsum ausgegeben, das waren 344 € bzw. 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Außerdem wurden von dem pro Kopf im gesamten Jahr verfügbaren Einkommen 9,6 Prozent bzw. 1 539 € pro Person gespart. Dieser Sparbeitrag verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 106 € oder 6,4 Prozent. Dies war der größte Rückgang des Pro-Kopf-Betrages beim Sparen seit dem Jahr 1998.

Deutschlandweit erreichten die privaten Konsumausgaben 17 234 € je Einwohner, 0,1 Prozent mehr als 2008. Das aktuelle sächsische Ergebnis entsprach damit 84 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus. Für die alten Länder ohne Berlin lag der Pro-Kopf-Wert bei 17 941 € und damit um rund 3 600 € über dem Ergebnis für die fünf neuen Länder. Insgesamt betragen die Konsumausgaben im Jahr 2009 in Sachsen 60,6 Milliarden € in jeweiligen Preisen. Dieser Wert lag um 1,8 Prozent über dem von 2008. Der Anteil Sachsens an den gesamtdeutschen privaten Konsumausgaben betrug 4,3 Prozent.

Im Durchschnitt wurden 2009 in Deutschland 2 159 € je Einwohner gespart, das waren 124 € bzw. 5,4 Prozent weniger als im Jahr 2008. Die in Sachsen pro Kopf gesparten 1 539 € repräsentierten 71 Prozent des gesamtdeutschen Durchschnittswertes. Im Vergleich dazu wurden in den fünf neuen Ländern 2009 durchschnittlich je Einwohner 1 590 € und in den alten Ländern ohne Berlin 2 301 € gespart. Die gesamtdeutsche Sparquote lag bei 11,1 Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Das Sparvolumen in Sachsen betrug 2009 in je-

weiligen Preisen rund 6,4 Milliarden €, womit der sächsische Anteil am Bundeswert bei 3,6 Prozent lag.

2009 verloren Sachsens Kreise 15 700 Arbeitsplätze

Um 0,8 Prozent bzw. 15 700 Personen verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen im Krisenjahr 2009 gegenüber 2008. Mit Ausnahme der Landkreise Zwickau und Nordsachsen sanken in allen Kreisen die Erwerbstätigenzahlen. In diesen beiden Kreisen gab es entgegen dem Trend im Jahr 2009 Arbeitsplatzgewinne um 0,4 bzw. 0,9 Prozent. Hauptursachen dafür waren Zuwächse in den Wirtschaftsbereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie im Baugewerbe bzw. in Nordsachsen im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Besonders hohe Verluste an Erwerbstätigen verzeichneten die Kreise im Direktionsbezirk Chemnitz (8 400 Personen bzw. 1,2 Prozent). Deutliche Rückgänge mussten hier der Vogtlandkreis und der Erzgebirgskreis hinnehmen, in denen insbesondere die Zahl der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe abnahm. Auch die Stadt Chemnitz verbuchte überdurchschnittliche Einbußen, die vor allem den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister betrafen. Im Direktionsbezirk Dresden (6 600 Personen bzw. 0,9 Prozent weniger) waren die Verluste an Erwerbstätigen im Landkreis Bautzen am größten und betrafen hauptsächlich das Verarbeitende Gewerbe. Auch die Stadt Dresden verzeichnete in diesem Bereich hohe Verluste, die allerdings durch Zugänge in anderen Branchen weitgehend ausgeglichen wurden. Mit 0,2 Prozent Arbeitsplatzabbau war der Direktionsbezirk Leipzig wesentlich weniger von der Krise im Jahr 2009 betroffen.

Die Erwerbstätigenzahlen wurden für alle Kreise in Deutschland vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ ermittelt.

Weniger Ehescheidungen in Sachsen

Im Jahr 2010 wurden in Sachsen 7 285 Ehen von den 30 sächsischen Familiengerichten geschieden. Das waren 402 Ehen weniger als im Jahr zuvor. Damit setzt sich der seit 2004 anhaltende Trend des Rückgangs der Ehescheidungen fort. Die Zahl der von der Scheidung betroffenen minderjährigen Kinder sank im Vergleich zu 2009 um 4,5 Prozent auf 4 769. Dies ist auf die Zunahme des Anteils von geschiedenen Ehen ohne Kinder zurückzuführen. Die meisten Ehen wurden

2010 nach einer Ehedauer von fünf bzw. sechs Jahren (376 bzw. 373 Fälle) geschieden. Ein Drittel aller Scheidungen erfolgte nach vier bis zehn Jahren. Mit 1 544 Scheidungen entfielen mehr als ein Fünftel auf Ehepaare, die sich nach der Silberhochzeit trennten. Die durchschnittliche Dauer der 2010 geschiedenen Ehen lag wie in den Vorjahren bei 16 Jahren.

42 Prozent der geschiedenen Frauen und Männer waren im Alter zwischen 40 und 50 Jahren. Die meisten Frauen trennten sich im Alter von 44 Jahren, die meisten Männer im Alter von 46 Jahren. Vier von fünf Ehen wurden nach einjähriger Trennung geschieden. Jeder fünften Scheidung ging eine dreijährige Trennung voraus. Wie jedes Jahr wurde auch 2010 die Mehrzahl der Scheidungsanträge mit 3 938 von den Ehefrauen eingereicht. Bei reichlich einem Drittel (36 Prozent bzw. 2 644) der Scheidungen forderte der Ehemann die Trennung. Jede zehnte Scheidung wurde von beiden Ehepartnern beantragt.

Landwirtschaft in Sachsen

Wie sieht heute die sächsische Landwirtschaft aus? Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 zeigen folgendes Bild: Im Frühjahr 2010 gab es in Sachsen 6 300 landwirtschaftliche Betriebe mit 27 700 festen Arbeitskräften und 8 300 Saisonarbeitskräften, die vor allem während der Erntezeit zusätzlich eingestellt wurden. Sie bewirtschafteten 913 000 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Hauptsächlich waren das 721 000 Hektar Ackerflächen und 187 000 Hektar Dauergrünland. Auf einem Anteil von 27 Prozent der Ackerfläche wurde Weizen angebaut. 17 Prozent wurden für Gerste genutzt. Die Landwirte hielten u. a. 489 000 Rinder, 658 000 Schweine, 102 000 Schafe und rund 8,5 Millionen Stück Geflügel.

Der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe sind wesentlich die Pflege und der Erhalt der sächsischen Kulturlandschaft zu verdanken. Diese Arbeiten werden von der Europäischen Union und dem Freistaat gefördert, denn die Landwirtschaftsflächen machen gut die Hälfte der Bodenfläche Sachsens aus. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind nicht nur traditionelle Produzenten von Grundnahrungsmitteln, sie erzeugen inzwischen auch Basisstoffe für die Industrie und Energie.

Sächsische Weinernte 2010

Im Weinanbaugebiet Sachsen, zu dem neben Flächen in Sachsen auch kleinere Flächen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt gehören, die auf Grund ihrer geografischen Nähe zum Anbaugebiet Sachsen gezählt werden, konnte auch 2010 nur eine geringe Weinerntemenge

erzielt werden. Mit 12 600 Hektolitern wurde zwar gut ein Viertel mehr Wein geerntet als 2009, jedoch entspricht dies nur etwa zwei Dritteln des Durchschnitts der letzten zehn Jahre. Bundesweit verringerte sich die Weinerntemenge gegenüber 2009 um rund 25 Prozent.

Eine wesentliche Ursache für die hohen Verluste waren Schäden durch lang anhaltende und strenge Winterfröste in den vergangenen zwei Jahren. Hinzu kamen hohe Niederschlagsmengen vor allem im August, wodurch es an vielen Trauben zu Fäulnis kam. Betroffenen waren nahezu alle Rebsorten und Weinlagen. Die weiße Rebsorte Traminer sowie die roten Rebsorten Dornfelder und Spätburgunder wurden besonders geschädigt. Hier ist etwa nur halb so viel geerntet worden wie im vergangenen Zehn-Jahres-Durchschnitt. Die Sorte Regent war die einzige Rebsorte, deren Erntemenge über dem Durchschnitt der letzten Jahre lag. Die Qualität des Jahrgangs war insgesamt gut, auch wenn der Wein dieses Mal kein Spitzenjahrgang ist. Lediglich 21,9 Prozent des Weines konnten der höchsten Qualitätsstufe Prädikatswein (z. B. Kabinett, Spätlese, Auslese) zugeordnet werden und 74,9 Prozent dem Qualitätswein. Im Jahr 2009, einem qualitätsmäßig sehr gutem Jahr, war das Verhältnis umgekehrt. Auch das Mostgewicht von durchschnittlich 77 Grad Oechsle lag 2010 unter dem Wert des Vorjahres (89 Grad Oechsle).

Zum Internationalen Tag der Milch am 1. Juni 2011 – Die sächsische „Durchschnittskuh“ liefert rund 23 Kilogramm Milch pro Tag

1,56 Millionen Tonnen Milch lieferten die sächsischen Milchkuh haltenden Betriebe 2010 zur Verarbeitung an Molkereien. Dies entsprach einer Pro-Kopf-Erzeugung von 374 Kilogramm Milch. Die Milch stammte von rund 186 800 Milchkühen, die im Jahresdurchschnitt in Sachsen gehalten wurden. Die sächsische „Durchschnittskuh“ gab im gesamten Jahr 2010 knapp 8 500 Kilogramm Milch – rund 23,3 Kilogramm je Tag.

Zum 1. März 2010 haben in Sachsen insgesamt 1 165 landwirtschaftliche Betriebe Milchkühe gehalten. Fast die Hälfte (47,1 Prozent) der Tiere standen in 98 Großbetrieben mit 500 und mehr Milchkühen. Regional betrachtet, hatten die Milcherzeuger im Landkreis Mittelsachsen die meisten Milchkühe im Bestand (34 000 Tiere), gefolgt vom Erzgebirgskreis (21 700 Tiere) sowie den Landkreisen Bautzen mit 19 600 Tieren und Görlitz mit 19 200 Tieren.

Die dominierende Haltungform ist die Laufstallhaltung, in denen sich die Kühe frei bewegen können. Knapp 93 Prozent aller Milch-

kuhplätze gehörten zu dieser Haltungsform. Rund 15 Prozent der Milchkühe konnten sich ein Teil ihres Futters auf der Weide suchen (2009).

Zum Weltfernmeldetag am 17. Mai – Zahl der Breitbandanschlüsse in Sachsen steigt weiter

Insgesamt 70 Prozent der sächsischen Privathaushalte verfügten 2010 über einen Internetanschluss bzw. -zugang, im Bundesdurchschnitt waren es 77 Prozent. Wie bereits 2009 nutzten die meisten Haushalte einen DSL-Anschluss für ihren Zugang zum Internet. Der Anteil der Haushalte mit DSL-Nutzung stieg gegenüber 2009 um drei Prozentpunkte auf 64 Prozent an. Sachsen lag damit erneut unter dem Bundesdurchschnitt von aktuell 78 Prozent. Die niedersächsischen Haushalte standen bei der Nutzung von DSL-Anschlüssen mit 86 Prozent im Ländervergleich an der Spitze.

59 Prozent aller Privathaushalte im Freistaat verfügten über einen Breitbandanschluss. Gegenüber 2009 ist das ein Plus von 17 Prozent. Dennoch lag Sachsen im Ländervergleich an vorletzter Stelle vor Mecklenburg-Vorpommern (54 Prozent) und elf Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 70 Prozent. Am besten waren die Haushalte in Schleswig-Holstein (75 Prozent) und in Hessen (74 Prozent) ausgestattet. Im Vergleich zu 2009 stieg der Anteil der Haushalte mit Breitbandanschluss in Brandenburg (64 Prozent, 2009: 38 Prozent) am stärksten an. Mit 76 Prozent aller Breitbandanschlüsse blieb DSL in Sachsen, wie auch in allen anderen Bundesländern, nach wie vor die dominierende Art des Internetzugangs (Bundesdurchschnitt: 85 Prozent). Die Nutzung von anderen Breitbandanschlüssen (z. B. Internet über TV-Kabel, Satellit oder Handy) für den Zugang zum Internet nahm bei den sächsischen Privathaushalten deutlich zu und lag 2010 bei 34 Prozent.

Die Daten wurden im Rahmen der jährlichen Haushaltsbefragung zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) 2010 erhoben.

Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	4 168,7	4 149,5	4 168,7	4 165,7	4 162,3	4 151,1	4 149,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 466	1 533	1 065	353	490	696	1 053	327	463
Lebendgeborene	Anzahl	2 842	2 924	3 588	1 902	2 495	3 053	3 550	1 886	2 497
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 197	4 242	5 042	3 838	4 206	4 232	5 192	3 933	4 220
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	6	10	7	5	4	6	1	6
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 356	-1 318	-1 454	-1 936	-1 711	-1 179	-1 642	-2 047	-1 723
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 520	5 620	4 345	4 273	4 123	5 569	4 490	4 739	4 323
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 609	1 681	1 197	1 245	1 246	1 662	1 357	1 428	1 371
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 176	5 916	4 676	5 362	5 871	5 425	4 509	5 391	4 833
darunter in das Ausland	Anzahl	1 716	1 647	1 478	1 661	2 399	1 245	1 290	1 465	1 363
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-656	-296	-331	-1 089	-1 748	144	-19	-652	-510
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	8 862	8 774	7 724	8 109	7 535	9 078	7 401	8 727	7 599
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte³⁾										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁴⁾	1 000	1 390,8	...	1 394,6
Frauen	1 000	691,8	...	698,9
Ausländer	1 000	14,8	...	15,0
Teilzeitbeschäftigte	1 000	273,1	...	279,4
darunter Frauen	1 000	227,4	...	232,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁵⁾										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,6	...	19,8
Produzierendes Gewerbe	1 000	417,4	...	411,1
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	291,8	...	292,4
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	232,8	...	237,2
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	427,3	...	434,1
Arbeitsmarkt³⁾										
Arbeitslose	1 000	277,7	253,1	257,6	287,1	291,5	222,7	236,4	264,7	263,8
Frauen	1 000	128,1	116,5	117,3	124,5	124,8	107,4	109,8	117,5	117,0
Männer	1 000	149,6	136,6	140,2	162,5	166,8	115,3	126,6	147,2	146,8
Ausländer	1 000	9,9	9,6	9,6	10,0	10,0	9,1	9,6	10,1	10,1
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	31,5	26,0	26,0	28,9	30,1	20,9	21,0	23,7	24,1
Arbeitslosenquote⁶⁾										
insgesamt	%	12,9	11,8	12,0	13,3	13,5	10,4	11,1	12,4	12,4
Frauen	%	12,5	11,5	11,5	12,2	12,3	10,7	10,9	11,7	11,6
Männer	%	13,2	12,1	12,4	14,3	14,7	10,3	11,3	13,1	13,1
Ausländer	%	24,5	23,9	23,3	24,2	24,3	22,9	24,0	25,4	25,3
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	12,5	10,8	10,4	11,6	12,1	8,8	8,9	10,0	10,2
Kurzarbeiter	1 000	53,7	...	46,1	60,4	59,8	12,2
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	13,1	15,5	12,4	12,4	12,8	16,0	15,2	15,5	18,2

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	243	239	190	177	186	251	186	207	230
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	235	228	182	171	173	231	181	196	220
umbauter Raum	1 000 m ³	204	223	168	158	184	253	154	209	252
Wohnfläche	1 000 m ²	39	41	30	30	31	49	30	35	45
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	45 161	48 134	35 955	32 105	43 584	53 324	34 999	47 142	54 605
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	110	110	101	118	94	112	115	83	82
umbauter Raum	1 000 m ³	650	588	679	522	371	485	692	566	1 258
Nutzfläche	1 000 m ²	96	85	82	90	62	84	101	81	137
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	72 998	64 176	63 755	63 099	60 390	63 910	118 537	87 744	69 123
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	461	468	574	400	363	615	378	421	726
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 218	2 324	2 313	1 886	1 785	2 922	2 096	2 039	2 295
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	5 471	4 959	5 505	5 327	4 437	5 551	4 919	4 770	4 313
darunter										
Rinder insgesamt	t	918	775	905	827	805	989	847	794	643
darunter Kälber ²⁾	t	21	20	44	13	13	23	39	15	13
Jungrinder	t	9	6	6	4	6	9	7	7	7
Schweine	t	4 514	4 147	4 562	4 478	3 612	4 476	4 035	3 948	3 651
Eierzeugung ³⁾	1 000 St.	74 864	59 740	54 371	43 864	42 765	65 076	71 142	76 618	65 976
Milcherzeugung	1 000 t	133	132	131	134	122	124	129	133	122
darunter Anlieferung an Molkereien	1 000 t	130	130	129	131	120	122	127	131	120
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	1 266	1 222	1 270	1 209	1 207	1 224	1 223	1 247	1 245
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	191,8	189,6	189,3	186,4	186,3	192,9	192,4	194,9	195,5
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 238	26 057	22 271	24 937	24 727	27 764	24 172	27 543	26 489
Bezahlte Entgelte	Mill. €	463,8	484,5	476,4	443,0	434,9	602,8	504,2	489,4	481,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	3 574,2	3 969,1	3 637,4	3 164,3	3 422,4	4 431,1	4 139,4	3 800,9	4 036,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. €	1 251,1	1 375,6	1 149,7	1 106,8	1 113,1	1 558,4	1 239,7	1 371,4	1 445,0
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	1 598,5	1 844,5	1 722,6	1 412,0	1 647,5	2 107,1	2 140,2	1 735,1	1 886,2
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	51,4	55,9	48,3	49,7	50,0	62,8	53,8	54,6	53,7
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	673,3	693,1	716,8	595,8	611,8	702,7	705,8	639,9	651,3
Auslandsumsatz	Mill. €	1 294,4	1 513,7	1 409,5	1 186,6	1 311,7	1 676,3	1 687,7	1 450,3	1 554,1

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Energie- und Wasserversorgung¹⁾										
Betriebe	Anzahl	138	137	137	137	137	136	136	136	136
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	13,9	14,0	13,9	14,0	14,0	14,1	14,1	14,0	14,0
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 851	1 867	1 696	1 881	1 801	1 936	1 732	1 969	1 798
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	47	49	44	45	43	78	45	45	45
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 782	2 833	3 132	3 278	2 927	2 889	3 176	3 195	2 693
Bauhauptgewerbe²⁾										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	54,3	56,1	54,0	51,4	51,7	57,9	56,4	53,6	53,4
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 262	5 352	3 989	2 134	2 470	6 328	2 966	3 421	3 731
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 493	1 557	1 094	563	655	1 836	854	1 047	1 086
gewerblicher Bau	1 000	1 912	1 945	1 421	864	1 062	2 283	1 188	1 343	1 518
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 857	1 851	1 474	707	753	2 209	924	1 031	1 127
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	99,1	102,6	101,9	80,0	73,6	122,2	102,4	83,9	83,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	450,4	455,6	563,5	181,8	188,5	618,3	488,6	203,0	267,4
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	85,6	87,6	81,0	31,6	32,4	117,8	85,5	45,3	50,6
gewerblicher Bau	Mill. €	201,7	210,6	253,2	92,9	103,1	277,2	252,7	95,8	139,5
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	163,1	157,4	229,3	57,3	53,0	223,3	150,4	62,0	77,2
Ausbaugewerbe^{1) 3)}										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	18,5	19,0	18,5	.	.	.	19,1	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 011	6 255	6 022	.	.	.	6 395	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	106,0	112,1	112,2	.	.	.	120,7	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	479,7	490,6	584,9	.	.	.	609,2	.	.
Handel⁴⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2005 = 100	96,8	95,2	95,7	93,5	94,0	96,4	95,9	94,9	94,7
Umsatz (nominal)	2005 = 100	103,7	111,0	107,2	82,5	85,5	123,9	115,4	98,0	101,8
Umsatz (real)	2005 = 100	98,2	100,5	101,6	77,6	80,2	110,2	102,9	85,7	87,2
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2005 = 100	108,8	108,8	110,9	108,0	108,0	110,0	110,4	108,4	108,1
Umsatz (nominal)	2005 = 100	110,6	113,3	137,9	98,3	98,4	118,7	136,4	102,9	100,4
Umsatz (real)	2005 = 100	107,7	109,6	135,2	96,0	95,8	114,5	131,8	99,4	95,9
Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz										
Beschäftigte	2005 = 100	95,8	92,0	93,9	92,8	92,6	92,9	92,3	91,9	91,7
Umsatz (nominal)	2005 = 100	102,3	95,4	89,2	66,5	75,2	104,4	96,3	84,6	89,6
Umsatz (real)	2005 = 100	98,2	91,2	85,6	63,7	72,1	99,6	91,9	80,7	85,4
Gastgewerbe⁴⁾										
Beschäftigte	2005 = 100	121,8	119,0	122,0	116,0	114,7	118,2	118,3	112,9	112,1
Umsatz (nominal)	2005 = 100	120,2	121,8	137,4	96,4	95,7	115,7	130,9	99,4	96,3
Umsatz (real)	2005 = 100	106,0	104,5	120,6	83,0	82,6	99,0	112,0	85,0	82,1

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatsergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Ab Juni 2010 wurde eine jährliche Rotation der befragten Unternehmen eingeführt. Die Ergebnisse aus dem neuen Kreis der befragten Unternehmen liegen rückwirkend bis Januar 2009 vor.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Tourismus¹⁾										
Gästeankünfte	1 000	510	535	517	317	347	473	505	335	363
darunter von Auslandsgästen	1 000	52	60	44	31	30	44	43	33	32
Gästeübernachtungen	1 000	1 355	1 398	1 282	883	1 013	1 128	1 236	906	1 026
darunter von Auslandsgästen	1 000	120	134	101	69	71	99	100	75	73
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	1 696	1 596	1 753	1 324	1 187	1 899	1 437	1 361	1 091
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 188	1 080	1 049	702	662	1 215	719	773	631
Getötete Personen	Anzahl	16	14	13	9	9	13	6	13	7
Verletzte Personen	Anzahl	1 504	1 370	1 351	917	860	1 515	961	987	827
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 821	11 219	10 567	7 705	8 629	11 934	11 211	9 104	9 547
darunter Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 101	9 357	8 967	6 633	7 485	10 067	9 157	7 709	7 962
Lastkraftwagen	Anzahl	966	1 114	1 114	789	655	1 390	1 564	1 005	1 013
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	5,1	6,5	4,4	2,4	1,6	4,7	7,0	4,5	8,7
Güterversand	1 000 t	9,1	13,8	4,6	3,6	1,6	9,8	8,6	4,8	22,2
Außenhandel⁴⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	1 625,1	2 072,8	1 764,4	1 564,8	1 634,6	2 316,7	2 080,5	2 132,6	2 236,8
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	69,9	73,8	77,4	63,5	61,4	78,6	78,2	71,0	77,7
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 538,1	1 934,5	1 664,6	1 445,7	1 514,4	2 166,8	1 952,0	1 977,3	2 070,7
davon										
Rohstoffe	Mill. €	8,4	8,8	6,7	5,4	6,8	9,1	8,0	7,7	11,4
Halbwaren	Mill. €	79,2	83,6	89,4	64,3	66,8	103,2	70,5	59,3	89,8
Fertigwaren	Mill. €	1 450,4	1 842,1	1 568,5	1 376,0	1 440,7	2 054,5	1 873,5	1 910,3	1 969,6
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	179,5	217,2	174,0	158,5	176,2	222,1	220,3	209,3	223,2
Enderzeugnisse	Mill. €	1 270,9	1 624,8	1 394,5	1 217,5	1 264,5	1 832,4	1 653,2	1 701,1	1 746,3
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 063,3	1 270,6	1 075,3	1 003,8	1 080,9	1 502,2	1 280,1	1 195,2	1 285,9
darunter in die EU-Länder	Mill. €	895,7	1 036,5	887,6	852,8	908,1	1 200,4	1 055,3	975,5	1 039,7
Afrika	Mill. €	31,2	42,0	28,9	28,5	43,3	35,3	33,8	56,9	35,4
Amerika	Mill. €	140,8	224,4	161,4	121,9	137,7	224,2	191,6	227,2	254,2
Asien	Mill. €	376,9	508,0	483,7	386,4	346,5	535,2	545,6	620,2	632,6
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	12,9	27,7	15,2	24,2	26,2	19,8	29,3	33,1	28,7

1) Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze (Touristkamping)

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Noch: Außenhandel										
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 133,8	1 390,4	1 389,5	1 038,8	1 089,9	1 691,9	1 467,8	1 525,7	1 578,2
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	78,0	77,8	76,5	66,6	66,6	77,9	83,0	62,3	69,7
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 022,0	1 208,8	1 275,8	883,9	930,1	1 497,8	1 291,5	1 318,8	1 347,8
davon										
Rohstoffe	Mill. €	90,4	91,9	84,9	66,5	55,5	108,6	119,5	79,3	108,9
Halbwaren	Mill. €	75,5	112,0	77,6	103,3	90,6	129,8	109,5	152,0	120,8
Fertigwaren	Mill. €	856,1	1 004,9	1 113,4	714,1	784,1	1 259,4	1 062,5	1 087,5	1 118,1
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	134,2	148,3	128,5	132,2	122,6	148,2	146,2	148,7	165,8
Enderzeugnisse	Mill. €	721,9	856,6	984,9	581,8	661,4	1 111,1	916,3	938,8	952,4
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	865,2	1 027,5	868,0	848,3	896,8	1 070,8	1 119,0	1 063,8	1 198,4
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	714,8	861,9	727,8	692,4	776,3	881,5	929,4	889,2	1 006,8
Afrika	Mill. €	5,0	7,2	2,4	4,5	5,2	25,8	5,2	4,4	7,5
Amerika	Mill. €	118,6	156,9	405,4	57,3	57,9	289,1	81,9	145,5	156,0
Asien	Mill. €	142,3	196,6	110,7	128,2	128,6	303,9	259,7	311,5	213,9
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,7	2,3	3,1	0,5	1,4	2,4	2,0	0,6	2,4
Gewerbeanzeigen¹⁾										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 219	3 183	2 848	3 248	3 049	2 947	2 506	3 112	3 013
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 925	2 888	3 414	3 577	3 019	2 821	3 542	3 337	2 813
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	719	726	735	676	711	796	800	709	612
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	162	143	154	127	157	143	144	98	113
Verbraucher	Anzahl	374	417	378	392	379	495	470	440	314
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	126	114	121	96	116	132	115	110	122
sonstige natürliche Personen ²⁾ , Nachlässe	Anzahl	58	53	82	61	59	26	71	61	63
eröffnete Verfahren	Anzahl	623	643	615	576	605	727	707	617	512
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	94	82	118	98	100	67	92	89	99
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	128	130	113	116	123	93	98	71	76
Handwerk										
Beschäftigte ³⁾	30.9.09 = 100	97,9	97,5	97,0	.	.
Umsatz ⁴⁾	2009 = 100	100	98,7	115,8	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt	Dezember	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Preise										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	108,1	109,4	108,9	108,2	108,5	109,6	110,9	110,3	110,9
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2005 = 100	112,9	114,1	.	.	112,9	115,0	.	.	117,0
Verdienste ²⁾										
Bruttomonatsverdienste ³⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁴⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 672	2 725	2 533	x	x	x	2 574	x	x
männlich	€	2 719	2 776	2 581	x	x	x	2 626	x	x
weiblich	€	2 589	2 631	2 446	x	x	x	2 478	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 432	2 510	2 328	x	x	x	2 381	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 048	3 157	2 716	x	x	x	2 867	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 380	2 477	2 223	x	x	x	2 338	x	x
Energieversorgung	€	(4 345)	4 503	3 860	x	x	x	3 817	x	x
Wasserversorgung ⁵⁾	€	2 420	2 478	2 314	x	x	x	2 355	x	x
Baugewerbe	€	(2 357)	(2 376)	(2 440)	x	x	x	(2 341)	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 844	2 874	2 683	x	x	x	2 707	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 364	2 416	2 211	x	x	x	2 288	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 358	2 390	2 184	x	x	x	2 247	x	x
Gastgewerbe	€	1 581	1 597	1 542	x	x	x	1 560	x	x
Information und Kommunikation	€	3 592	3 631	3 222	x	x	x	3 294	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	€	(3 914)	4 113	3 385	x	x	x	3 535	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	2 989	2 949	2 698	x	x	x	2 692	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	3 378	3 482	3 123	x	x	x	3 245	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 708	1 707	1 652	x	x	x	1 644	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	€	3 103	3 161	2 974	x	x	x	3 038	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 853	3 798	3 664	x	x	x	3 632	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 039	3 127	2 923	x	x	x	2 991	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	(2 928)	(3 077)	(2 840)	x	x	x	(2 969)	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 129)	(2 144)	(2 079)	x	x	x	(2 076)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.
Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:

Juni 2011

Preis dieser Ausgabe:

3,50 €

Bezug:

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de/shop

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2011

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Marktplatz mit Rathaus, ©Stadtverwaltung Kamenz

ISSN 0949-4480